Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage „Die Neue Welt“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Ko., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernsp. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2.25 Mk., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 442.

Nr. 194. **Magdeburg, Mittwoch den 21. August 1912.** **23. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Lobsprüche.

Lobsprüche sind billig. Diese allgemein bekannte Tatsache müssen besonders die Kriegsveteranen, die Soldaten und die Arbeiter an ihrem Leibe verspüren.

Die Kriegsveteranen kommen hier in erster Linie in Betracht. Im Juni dieses Jahres wurden es 41 Jahre, daß die deutschen Truppen, von Jubel und Begeisterung begrüßt, mit Blumen und Lorbeer überschüttet, in ihre Garnisonen zurückkehrten. Wie viele Lobsprüche sind damals und seit dieser Zeit auf sie herabgehagelt! Bei jeder Gelegenheit, namentlich bei den Sedanfesten, ging ein neuer Guß auf sie nieder. Aber mit den Taten, mit dem reellen Dank war es schlecht bestellt. Selbst das unmittelbar nach dem Kriege für sie geschaffene Pensionsgesetz war von einer unglaublichen Schäbigkeit, obwohl von Frankreich 4 Milliarden Mark in Aussicht standen.

Inzwischen sind aus jenen, die in voller Jugendkraft in Frankreich gekämpft haben, alte Leute geworden. Dabei ist zu bedenken, daß die Armen und die Minderbemittelten unter dem Altwerden viel schwerer leiden als die Reichen und Bessersituierten. Der Proletarier muß nicht nur viel härter arbeiten als sie, er kann sich auch nicht entfernt so gut nähren und auch nicht entfernt so hygienisch wohnen als wie der Besitzende. Ihm winkt auch kein Urlaub, in dem er Geist und Körper stärken kann.

So ist denn für viele deutsche Kriegsveteranen die Zeit gekommen, in der ihre Arbeitskraft geschwunden ist. Wer von ihnen keine Pension bezieht und außerdem niemand hat, der ihn erhält oder erhalten mag, dem bleibt für den Rest seines Lebens nur das Armenhaus oder der Bettel oder der Hungertod. Jahrelang hat er gehört und gelesen, welch unendliche Verdienste um das deutsche Volk die Kämpfer von 1870/71 sich erworben haben, Medaillen, vielleicht sogar Orden schmücken seine Brust, und trotzdem dieses jämmerliche Ende! Als das Vaterland von ihm das große Opfer forderte, daß er dafür Leben und Gesundheit riskierte, war er dazu sofort bereit. Jetzt aber, wo er in seinem Alter der Hilfe des Vaterlandes bedarf, ist dieses nicht da.

Auch die deutschen Soldaten werden sehr viel mit Lobsprüchen bedacht. Sie werden als die besten Krieger der Welt gepriesen, wegen ihrer Ausdauer, ihrer Disziplin gerühmt. Dabei wird diesen ausgezeichneten Soldaten nicht die rechtliche Stellung zugebilligt, die sie nach modernen Anschauungen zu beanspruchen haben. Die Bestimmung, daß ein militärischer Untergebener sich über eine ihm diktierte Disziplinarstrafe erst dann beschweren darf, nachdem er sie verbüßt hat, ist gewiß in höchstem Grad unmodern. Mit ihr sollte man eine Armee, die immer als mustergültig angepriesen wird, überhaupt verschonen. Auch der strenge Arrest, den das Militärstrafgesetz bei Gemeinen und Gefreiten für erlaubt erklärt, paßt nicht mehr in unsre Zeit. Dagegen, daß ein Soldat bei Wasser und Brot tagelang in eine verdunkelte Zelle gesperrt wird, empört sich modernes Empfinden. Für Soldaten, die die besten der Welt sind, paßt eine derartige Strafe überhaupt nicht. Sie ist allenfalls in einem Zuchthaus denkbar, aber in die Armee gehört sie nicht.

Auch die Arbeiter kriegen bei besondern Anlässen ihre Lobsprüche ab. Da werden dann die Tüchtigkeit und die Intelligenz der deutschen Arbeiter über den Eichelwenzel gelobt. Wären sie nicht wirklich so tüchtig und intelligent, so könnte die deutsche Industrie nicht so bedeutende Leistungen zu verzeichnen haben. Aber diese tüchtigen, intelligenten Arbeiter sind in Preußen auf dem Gebiete des Landtagswahlrechts praktisch fast entrechtet. Und auf dem Gebiete der Reichstagswahl wird ihnen durch eine ungerechte Wahlkreiseinteilung das Recht ebenfalls nach Kräften geschmälert.

Niemand hat noch die Behauptung gewagt, daß die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter weniger leisten und nicht so intelligent seien als die andern. Trotzdem sind in den Augen der Staatsbehörden und in den Augen aller „Patrioten“ die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter halbe Verbrecher. Weil sie eine Gesellschaftsordnung anstreben, bei der es nicht mehr möglich wäre, daß ein reicher Faulenzer zu seinem Vergnügen an einem einzigen Abend Tausende ausgibt, während 50 Schritte davon arbeitsame Menschen in der bittersten Weise darben müssen; weil sie für alle Menschen ein menschenwürdiges Dasein und Freiheit fordern und das monarchische Prinzip für falsch halten, suchen die „Gutgesinnten“ sie zu schädigen, wo sie nur können. Aber wenn die Erfolge der deutschen Industrie öffentlich und besonders vor dem Ausland herausgestrichen werden sollen, dann sind auf einmal auch die sozialdemokratischen Arbeiter Mordskerle.

Lobsprüche sind eben billig. Ihre Fabrikation erfordert nicht einmal eine besondere geistige Anstrengung. Darum sind sie auch bei besonderen Gelegenheiten so sehr beliebt. Kluge Leute werden aber, wenn sie mit Lobsprüchen bedacht werden, sich immer fragen, ob die sonstige Behandlung, die ihnen zuteil wird, mit diesen Lobsprüchen übereinstimmt.

R. K.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 20. August 1912.

Der Liberalismus und die Preußenwahlen.

Die Fortschrittliche Volkspartei veröffentlicht jetzt in ihren Organen genauere Mitteilungen über die Verhandlungen, die sie in Schleswig-Holstein mit den Nationalliberalen wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei den Landtagswahlen geführt hat, und deren Scheitern bereits gemeldet worden ist. Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß zwischen den Vertrauensmännern beider Parteien lange Verhandlungen geführt worden waren, die zu einem positiven Ergebnis geführt hatten. Am 10. August hat jedoch der nationalliberale Provinzialausschuß ein generelles Abkommen mit dem Fortschritt abgelehnt und beschlossen, „daß den einzelnen Wahlkreisen Selbständigkeit bei der Aufstellung der Kandidaten und der Verständigung mit den andern Parteien zuzusprechen ist“.

Als Vorzeichen für die Entwicklung des allgemeinen Aufmarsches der Parteien zu den nächstjährigen Landtagswahlen ist der Beschluß der schleswig-holsteinischen Nationalliberalen überaus bedeutungsvoll. Drastischer als durch ihn kann die Unfähigkeit des Gesamtliberalismus, etwas Ernstliches zur Bekämpfung der preußischen Zustände zu tun, nicht illustriert werden. Bisher ist es bei den preußischen Wahlen immer noch so gewesen, daß alles, was nicht dem Zentrum gehört, im großen ganzen konservative Domäne war, in der einige Nationalliberale und Fortschrittler als Unterpächter zugelassen wurden. Statt mit den Konservativen zu kämpfen, handelte man mit ihnen, wobei einmal die Nationalliberalen den linken Bruder übers Ohr hauten, das andre Mal sogar die Fortschrittler mit den Junkern gemeinsam den rechten Bruder prellten. Folge davon war, daß ganze Landesteile im Abgeordnetenhaus konservativ vertreten waren, ohne daß die Rechte dort einen auch nur irgendwie beträchtlichen Anhang besaß.

Ein Musterbeispiel für diese Zustände bietet gerade Schleswig-Holstein. Die 17 deutschen Mandate dieser Provinz wurden durch die Wahlen von 1908 so verteilt, daß elf an die Konservativen und Freikonservativen fielen, drei an die Nationalliberalen, drei an die Fortschrittler, an die Sozialdemokratie natürlich keins. Dabei hatten bei den Reichstagswahlen des vorvergangenen Jahres von 291,2 Tausend abgegebenen Stimmen erhalten: Konservative und Reichspartei 26,6 Tausend, Nationalliberale 45,2 Tausend, Fortschritt 92,7 Tausend, Sozialdemokraten 113,4 Tausend. Mit weniger als einem Zehntel der abgegebenen Stimmen errang die Rechte ungefähr zwei Drittel aller Mandate, die Sozialdemokratie, die fünfmal soviel Stimmen als die Rechte aufgebracht hatte, bekam kein Mandat — und der Liberalismus? Mit einer sechsfachen Uebermacht an Stimmen brachte er es den Konservativen und Freikonservativen gegenüber auf sechs Mandate, nicht viel mehr als die Hälfte der konservativen Mandatszahl.

Ein kläglicheres Versagen läßt sich kaum vorstellen. Ein Liberalismus, der wirklich liberal ist, müßte bei den Wahlen sein möglichstes tun, um ein Ergebnis zustande zu bringen, das dem Willen der Wähler entspricht, er müßte also auch der Sozialdemokratie behilflich sein, eine ihrem tatsächlichen Anhang entsprechende Zahl von Sitzen zu erringen. Aber weit entfern, dies zu tun, hat der Liberalismus nicht einmal sich selber durchzusetzen verstanden! Das gilt wie für Schleswig-Holstein für ganz Preußen. Sieht man von der Sozialdemokratie vollständig ab und vergleicht man nur die liberalen Reichstagsstimmen und Landtagsmandate in ihrem Verhältnis zu den konservativen Reichstagsstimmen und Landtagsmandaten, so kommt man zu einem Ergebnis, das für den bürgerlichen Gesamtliberalismus geradezu beschämend ist. Die Liberalen bekamen bei den Reichstagswahlen in Preußen 1907 1655,4 Tausend Stimmen, die Rechte 1559,7 Tausend Stimmen. Dabei kamen die Liberalen im Landtag nur auf 100 Mandate, die Konservativen und Freikonservativen aber auf 211. Bei einem Stimmenvorsprung von 100 000 brachten es die Liberalen noch nicht auf die Hälfte der konservativen Mandate!

Bei den Wahlen von 1912 hat sich das Stimmenverhältnis weiter zuungunsten der Rechten verschoben. Der Nationalliberalismus à la Schleswig-Holstein wird aber schon dafür sorgen, daß sich der bei den Reichstagswahlen zutage getretene „Ruck nach links“ bei den Landtagswahlen nicht bemerkbar macht: nicht für die Sozialdemokratie — aber auch nicht einmal für den Liberalismus!

Gewiß ist die Sozialdemokratie unter dem Dreiklassenwahlsystem noch ärger daran, dafür wendet sie aber auch alle Energie auf, um dieses System zu bekämpfen. Der Liberalismus aber, als bürgerliche Parteigruppierung nicht wie die Sozialdemokratie „außerhalb der Verfassung stehend“, hat sich gleichfalls im preußischen Staate noch nicht die Gleichberechtigung erobert, und er macht auch gar keine ernstlichen Anstrengungen dazu. Die Nationalliberalen, die bei den letzten Wahlen fast abensoviel Stimmen bekamen wie Konservative und Reichspartei, werden schon zufrieden sein, wenn sie bei den nächsten Landtagswahlen wieder 64 Mandate erhalten gegen mehr als dreimal soviel konservative und freikonservative!

So handelt der Liberalismus, wenigstens der des rechten Flügels, in seinem Verhältnis zum Junkertum im Sinne wahrhaft frommer Ergebenheit. Bekommt er einen Streich auf die linke Backe, so reicht er auch noch die rechte hin, und nimmt man ihm den Rock, so gibt er auch das Hemd. Er könnte sich durch offene Stellung gegen die Rechte und entschiedenes Eintreten für das Reichstagswahlrecht in Preußen eine ausschlaggebende Machtposition schaffen, er ziehe es aber vor, bei den Wahlen von den Abfällen der konservativen Tafel zu leben und im Landtag die Rolle einer konservativen Schwanzpartei zu spielen! Und der Wahlrechtsbewegung, die doch mit in seinem eignen Interesse liegt, sofern er noch darauf Anspruch erhebt, als selbständige Partei zu gelten, begegnet er mit Intrigen und Quertreibereien, wie mit der unsinnigen Forderung des Pluralwahlrechts. Selbst das kranke Dreiklassenwahlrecht will er durch Abschaffung der Drittelung der Urwahlbezirke noch kränker kurieren, und wenn es zur namentlichen Abstimmung über das geheime, direkte Wahlverfahren kommt, macht sich ein Drittel der nationalliberalen Fraktion eiligst aus dem Staube.

Das Verhalten der Nationalliberalen von Schleswig-Holstein ist nur ein Steinchen aus diesem anmutigen Mosaikbild. Der Zustand, in dem der „Gesamtliberalismus“ den preußischen Wahlen entgegengeht, ist wahrhaft bemitleidenswert. Er geht in den Kampf, ohne den Sieg zu erhoffen, ja selbst ohne ihn zu wünschen! —

Lob der Miliz.

Die bevorstehende Reise Wilhelms 2. gibt manchem deutschen Militärschriftsteller Gelegenheit, sein Urteil über die Leistungsfähigkeit des von der Sozialdemokratie auch für Deutschland geforderten Milizsystems zu revidieren. So schreibt z. B. Oberst z. D. Brose im „Tag“:

> Die Schweizer sind von altersher ein kriegstüchtiges Volk; das haben sie in zahlreichen Kriegen, auch in fremden Ländern bewiesen. Neben diesen nationalen Eigenschaften sorgt eine auf die Kriegsfertigkeit gerichtete praktische Ausbildung, verbunden mit einer trotz des demokratischen Geistes vortrefflichen Disziplin dafür, daß das schweizerische Heer allen für die Verteidigung des Landes notwendigen Anforderungen entsprechen dürfte. Die Tüchtigkeit des einzelnen, hohes Selbstvertrauen und das Vertrauen aller zu den nationalen Heereseinrichtungen werden dem kleinen Heer eine Stärke geben, um die manche militärische Großmacht es beneiden könnte.

Die Anhänger der stehenden Armee bekämpfen ja bekanntlich das Milizsystem nicht wegen seiner angeblichen geringeren Leistungsfähigkeit, sondern aus ganz andern Gründen. —

Sehnsucht nach Bruhn.

Im Montagsbeiblatt der „Deutschen Tageszeitung“ tritt „ein alter Politiker“ für den Anschluß der freikonservativen und antisemitischen Splitter an die „große“ konservative Partei ein. Den Antisemiten ruft er zu:

> Mögen die Kinder durch die offenstehende Tür in das konservative Vaterhaus zurückkehren. Daß sie ihre eignen Wege gegangen sind, ist an der konservativen Partei nicht spurlos vorübergegangen; in Zukunft können die deutsch-völkischen Ideale aber doch am besten, ja mit Erfolg nur noch innerhalb einer großen rechtsstehenden Partei gepflegt werden.

Von den Reichsparteilern aber weiß er zu sagen:

> Gegen ihre Männer von Gamp bis Liebert ist im allgemeinen nichts einzuwenden. Die Partei als solche war mehr ein Kind der Taktik als das einer abweichenden Ueberzeugung. Wer da glaubte, ihm würde der Sieg leichter, der band das Bestimmungswort „frei“ an die konservative Fahne.

Bei den letzten Reichstagswahlen sind für die Konservativen 1 129 274 Stimmen abgegeben worden, für die Reichs-

partei 270 382, für die Antisemiten, Landwirtbündler und dergleichen 356 235 Stimmen. Zusammen zählt die Rechte 1 855 946 Stimmen, mit denen sie 71 Mandate errang — weit mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Mandatszahl, obgleich ihre Wählerzahl weit unter der Hälfte der sozialdemokratischen zurückbleibt. Ob durch einen engen Zusammenschluß eine weitere Verbesserung der Wahlchancen zu erzielen ist, bleibt fraglich. Jedenfalls aber würde ein Zusammenschluß aller „aufbauenden Deutschen", um einen Ausdruck des „alten Politikers" zu gebrauchen, die Bildung einer einheitlichen Partei der Vornehmheit von Bruhn bis Kreth, aufklärend wirken und könnte darum nur willkommen sein.

Nicht Grubenkontrolle, sondern Zuchthausgesetz.

Das Unglück auf Zeche Lothringen hat aufs neue den Ruf nach besserer Grubenkontrolle geweckt. Das Berliner Organ der Grubengewaltigen bekämpft in einer Zuschrift aus interessierten Kreisen diese Forderung in einer Weise, die den Geist jener Herren deutlich widerspiegelt. Zunächst wird eine Statistik aufgemacht, die beweisen soll, wie sehr die Grubenverwaltungen jetzt schon durch die staatliche Aufsicht überlastet sind, dann wird versichert, daß die Kontrolle recht überflüssig sei, da die Verwaltungen schon in ihrem eignen Interesse Unfälle zu verhindern suchten, und schließlich wird erklärt:

Der ewige Ruf nach dem staatlichen Einschreiten dagegen kann sicherlich nicht dazu beitragen, die Grubenverwaltungen, die bereits so viele und mancherlei freiwillige und soziale Pflichten auf sich genommen haben, den Forderungen der Arbeiter günstiger zu stimmen; auf der einen Seite der Schrei nach immer weiter gehender staatlicher Kontrolle der einzelnen gewerblichen Betriebe, auf der andern Seite die beharrliche Verneinung jeden Schutzes dieser Betriebe gegen Streikterrorismus und andre schöne Dinge. — Das ist ein Vorgehen, auf das sich die Betroffenen mit Recht keinen Vers zu machen vermögen.

Drohung mit der Entziehung sozialer „Wohltaten" und Forderung eines neuen Zuchthausgesetzes, das ist die Antwort der Unternehmer auf den Wunsch der Arbeiter, ihr Leben besser geschützt zu sehen! —

Gegen Prügel- und Henkersknechte.

Vor einiger Zeit hat sich die nationalliberale Frankfurter „Oderzeitung" das Wohlwollen des Herrn Oertel verdient, da sie in einem Artikel für die Wiedereinführung der Prügelstrafe eintrat. Unter den Zurückweisungen, die sich das nationalliberale Blatt dadurch zuzog, wird eine erst jetzt bekannt. Die eben eingetroffene Nummer der ostafrikanischen „Usambarapost" behandelt die Frage von dem Standpunkt ihrer kolonialen Erfahrung und kommt eben von da aus zu einem entschieden ablehnenden Urteil. Sie schreibt:

Wer wie wir oft zugesehen hat, wie Neger geprügelt werden, wird zugeben, daß das Schauspiel nichts weniger als erhebend ist. Um wie viel mehr ist aber solches der Fall bei der Exekution von Weißen! Wer sind die Exekutoren? Hierzulande unter Europäern höchstens sadistisch Veranlagte. Kein wirklicher Europäer züchtigt einen Neger — er überläßt dies einem andern Neger, und zu Hause würde sich zu derartigen Diensten doch nur minderwertiges Gesindel melden, das durch eine krankhafte Psyche ausgezeichnet sein müßte. Ist ja doch in dieser Hinsicht der heimische Scharfrichter eine Persönlichkeit, die in der Analyse des modernen Psychologen keine hervorragende Qualifikation erhalten kann. Zum Geschäft gehört Lust und Liebe, wer also Menschen prügelt und köpft des Geldes wegen aus Berufsinteresse, der ist seiner Zensur wert. Leute, die Peinigungen an Menschen vornehmen, um damit Geld zu verdienen, können eine Freude an ihrem Beruf nur haben, wenn sie aus Rache, Sadismus oder angeborner Roheit handeln. Soll man diese unterstützen?

Die nationalliberalen Kulturträger von Frankfurt an der Oder müssen sich wirklich schämen, sich durch eine „Stimme aus der Wildnis" so abgefertigt zu sehen. —

Unter Polizeiaufsicht.

Die Verwaltung der kaiserlichen Werft stellt die Arbeiter zunächst probeweise ein. In der 4wöchigen Probezeit zieht die Verwaltung durch die Polizei Erkundigungen über die Arbeiter ein, und wenn die Recherchen eines Schutzmanns oder eines andern behördlichen Organs ungünstig für den Eingestellten lauten, dann wird der Mann, ohne gehört zu werden und ohne Gelegenheit zu haben, auf die Beschuldigungen des Rechercheurs zu antworten, einfach entlassen. Wir sind in der Lage, nachstehend die Aktenstücke über einen solchen Fall zu veröffentlichen:

Die Werftverwaltung richtete an den Gemeindevorstand Achtelbur, Kreis Aurich, die übliche Aufforderung, polizeiliche Auskunft über einen bei der Werft eingestellten Arbeiter zu geben. Der Gemeindevorstand antwortete:

Der S . . . ist noch unbestraft, aber ein frecher, widerlicher Mensch. Vor seiner Militärzeit hat er hier sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Um den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern zu stören, ist er wohl zu dumm, sonst würde er es jedenfalls tun.

gez.: Holstein, Gemeindevorstand.

Auf Grund dieses skandalösen „Leumundszeugnisses" ging die Werftverwaltung gegen den Arbeiter vor. Sie übersandte den Uriasbrief dem Oberwerftdirektor Konteradmiral v. Eckermann mit folgenden Bemerkungen:

Nach anliegender polizeilicher Mitteilung hat S . . . für die sozialdemokratische Partei agitiert. Es wird daher vorgeschlagen, ihn gemäß § 1 e der Arbeitsordnung unter Innehaltung der 14tägigen Kündigungsfrist zu entlassen, zumal auch die sonstige Auskunft über ihn ungünstig ist. gez.: Zöllner.

Der Oberwerftdirektor war indessen milde gestimmt und konnte sich nicht ohne weiteres dazu verstehen, den von dem Gemeindevorsteher in Achtelbur so gehässig charakterisierten Arbeiter auf die Straße zu setzen. Er richtete an das Arbeiteramt der Werftverwaltung zunächst die weitere Frage:

Wie sind seine Vorgesetzten mit S . . . zufrieden? Das Verteilen von Flugblättern liegt lange Zeit zurück. An sich kann man das wohl nicht unter allen Umständen als Agitation auffassen.

gez.: Eckermann.

Darauf ging von der Bauabteilung Helgoland, bei der S . . . in Arbeit stand, die nachstehende Auskunft ein:

S . . . ist ein tüchtiger und ruhiger Arbeiter, der sich bisher vor seinen Mitarbeitern nur auszeichnete. Die Bauabteilung Helgoland hat daher keinen Grund, ihn zu entlassen.

gez.: Eckert.

Gestützt auf dieses Zeugnis der unmittelbaren Vorgesetzten des verdächtigten Arbeiters entschied dann der Oberwerftdirektor, daß S . . . in Arbeit bleiben könne. Wenn nicht zufällig mehrere Stellen sich für den Arbeiter verwandt hätten, wäre er wahrscheinlich ohne Gnade auf die Straße geflogen, behaftet mit den geheimen polizeilichen Verdächtigungen. —

Südwest.

Entfachten die Diamantfunde in Südwestafrika einst die Kolonialbegeisterung, so schwand mit der Abnahme der Diamantförderung nicht nur die Begeisterung, sondern es entstand an ihrer Stelle in den betreffenden Patriotenkreisen Kolonialverdrossenheit, die nun von Tag zu Tag zunimmt. Von den Kolonialpatrioten wird so wenig wie möglich über die koloniale Entwicklung gesprochen, die Herrschaften wollen nicht an die Versprechungen erinnert werden, die sie dem Volke gemacht, aber nicht eingelöst haben.

Für den Umschlag der Stimmung in kolonialen Kreisen ist auch der Geschäftsbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, der jetzt veröffentlicht wird, charakteristisch. Von der Gesellschaft wird für das Jahr 1911/12 eine Dividende von 35 Prozent zur Verteilung gebracht, eine Dividende, die an sich gewiß recht hoch ist, deren Bewertung aber in dem Vergleich mit den Gewinnziffern des Vorjahrs zu andern Resultaten führt. Wie sich die Erträgnisse des Unternehmens seit 1907 gestaltet haben, zeigt folgende Zusammenstellung:

	Ueberschuß:		Dividende:	
1907/08	609 410	Mark	20	Prozent
1908/09	707 079	„	25	„
1909/10	1 679 619	„	64	„
1910/11	1 309 939	„	50	„
1911/12	950 749	„	35	„

Durch die geringeren Einnahmen aus Förderabgaben auf Diamanten ist das Bergwerkskonto, das im Vorjahr 1 105 355 Mark betrug, auf 734 771 Mark im Jahre 1911/12 zurückgegangen. Ferner sanken die Einnahmen aus Beteiligungen, die im Vorjahr 136 058 Mark ergaben, auf 66 749 Mark. Im wesentlichen ist die Abnahme dieser Einnahmen darauf zurückzuführen, daß die Deutsche Diamant-Gesellschaft m. b. H., ein Tochterunternehmen der Deutschen Kolonialgesellschaft, das im Vorjahr 5½ Prozent Dividende erbracht hatte, diesmal dividendenlos geblieben ist.

Von der Aenderung des Diamantenzolls — statt vom Bruttowerte der Diamanten werden die Ausfuhrabgaben nun in Abstufungen nach dem Netto-Ertrag zur Erhebung kommen — erwartet die Gesellschaft nicht nur die Wiederaufnahme als unrentabel eingestellter Betriebe; sie nimmt an, daß nun auch größere Strecken ärmerer Felder dem Abbau zugeführt werden können. Zugleich warnt die Gesellschaft aber davor, bereits im neuen Jahre mit einer Zunahme der Einnahmen aus dem Bergwerkskonto zu rechnen, da verschiedene Förderer den Abbau erst dann aufnehmen können, wenn genügend Arbeiter und Maschinen beschafft sind.

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage in Südwest bringt der Bericht eine Darstellung, die von dem früheren Optimismus weit entfernt ist. Das Handelsgeschäft hat einen Rückgang erfahren. Manche kaufmännische Firmen sahen sich zur Einstellung der Geschäfte veranlaßt. Unter der Farmerbevölkerung herrscht große Geldknappheit. Die Kreditverhältnisse sind unbefriedigend und der Zinsfuß ist durchweg sehr hoch. Das Grundstücksgeschäft in Swakopmund und Lüderitzbucht ruht fast ganz. Auch im laufenden Jahre sind nur geringe Einnahmen aus dem Landbesitz zu erwarten.

Wie sich die Erwartungen gewandelt haben, die an die Diamantfunde in Südwestafrika einst geknüpft wurden, spiegelt sich in der Kursbewegung der Aktien der Deutschen Kolonialgesellschaft deutlich wider. Der Kurs für die Aktien stellte sich im März 1908 auf 175 Prozent, im Dezember 1909 auf 410 Prozent, im Frühling des Jahres 1909 auf 1080 Prozent, im gleichen Jahre wurde der Höchstkurs mit 2100 Prozent erreicht. Februar 1910 sah einen Kurs von 1700 Prozent, im Sommer 1910 war der Kurs auf 1425 Prozent gewichen, gegenwärtig stellt er sich auf 525 bis 550 Prozent. So entschwimmen die kolonialen Felle den betrübten Lohgerbern. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Leitung des Granitwerks Steinerne Renne mutet den Steinmetzen zu, 30 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Steinmetzen legten aus diesem Grunde die Arbeit nieder. Die Kollegen allerorts werden ersucht, Arbeitsangebote unbedingt abzulehnen. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Aufnahmen dieser Zeilen gebeten. —

Streik in der Kartonnagen-Industrie in Annaberg, Buchholz und Zehma. Am 17. August legten in der Mehrzahl der Betriebe die Kartonnagen-Arbeiter genannter Orte die Arbeit nieder, weil die Fabrikanten trotz mehrmaliger Verhandlungen den Akkordarbeitern keine zufriedenstellenden Zugeständnisse machten. Die Fabrikanten wollen wie im Jahre 1907 auf die schlecht bezahlten Muster eine entsprechende Erhöhung eintreten lassen. Die Akkordarbeiter haben aber 1907 mit diesem Versprechen so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie diesmal darauf nicht eingehen wollen, sie verlangen eine prozentuale Erhöhung der Löhne oder Garantielöhne. Einige Betriebe haben Filialen in Oberwiesenthal, auf die sich der Streik ausdehnen wird, weil dort den Arbeitern zugemutete Streikarbeit von diesen abgelehnt werden wird. Zuzug von Kartonnage-Arbeitern ist fernzuhalten. —

Lohnbewegung der Mainflößer. Die im Transportarbeiterverband organisierten Mainflößer stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 4 Mark pro Woche, Reglung der Arbeitszeit auf den Stapelplätzen und auf der Fahrt, Herabminderung der festgesetzten Fahrtdauer um 1 Tag sowie die Innehaltung der strompolizeilichen Vorschriften während der Fahrt. Von den Frachtflößereien ist zu erwarten, daß sie zu Verhandlungen geneigt sind. Inwieweit die Regieflößereien denselben guten Willen haben werden, bleibt abzuwarten. —

Die Ruhrbergarbeiter und „Lothringen". In zehn Versammlungen, die am Sonntag in Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Lünen, Hörde, Kastrop, Obermarxloh, Recklinghausen und Buschhausen stattfanden, nahmen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, wie wir schon kurz meldeten, Stellung zu dem neuen Massenunglück. Die Versammlungen waren insgesamt von 15 000 Bergarbeitern besucht. Verhalten der Grubenverwaltung wurde einer strengen Kritik u zogen. Gegenüber der Berichtigung der Grubenverwaltung, die „Vorwärts" und außerdem in allen kapitalfrommen Blättern Ruhrgebiets erschienen ist, wurde in der Bochumer Versammlung Löffler ausgeführt: In der Berichtigung der Grubenverwal wird bestritten, daß der Einfahrer Brinks dem Sicherheitsm gegenüber über seine Eintragungen Vorhaltungen gemacht hat. gestellt aber ist worden, daß der Einfahrer Brinks dem Si heitsmann gegenüber geäußert hat: „Na, Sie haben aber w viel eingetragen, sie schreiben ja eher drei Fahrbücher voll wie andern zusammen eins." Die Behauptung der Grubenverwalt daß der Sicherheitsmann sich nie über Verlegungen beschwert kann nicht stimmen. Der Sicherheitsmann hat sich im Januar wegen seiner öftern Verlegung beschwerdeführend an den Betriebsfü Lins gewandt. Dieser äußerte sich: „Es liegt in meiner Befug Leute zu verlegen, so oft und viel ich will." Nach dieser Antwort sich allerdings der Sicherheitsmann nicht beschwert, weil ja solche schwerde doch zwecklos gewesen wäre. Weiter sei festgestellt, daß Sicherheitsmann vorgefundene Wetter als eine dringende Gefahr Fahrbuch bezeichnet hat. Zu dieser Eintragung hat der Betriebsfü Lins dann bemerkt, eine dringende Gefahr sei ganz ausgeschlossen.

In der zweiten Berichtigung der Zechenverwaltung wird erk daß die amtliche Feststellung ergeben habe, daß das Unglück durch Schlagwetterexplosion im vierten Abteilungsquerschlag der dritten S entstanden ist. Auf das bestimmteste erklärte Löffler in der Boch Versammlung, daß der Explosionsherd nicht an dieser, sondern an e andern Stelle zu suchen sei. Wenn die Grubenverwaltung dann weite ihrer zweiten Berichtigung erklärt, daß die Gewalt der Explosion die starken Verbrennungen der Verunglückten erkennen ließen, daß Ausdehnung der Explosion ebenfalls auf Schlagwetter zurückzufü sei und nicht auf vorhandenen Kohlenstaub, so sei damit die Sch frage gelöst. Damit sei durch die Grubenverwaltung selbst zugege daß in dem ganzen Explosionsgebiet Schlagwetter in Me vorhanden gewesen sein müssen. Die in der Bochumer Versamml gemachten Ausführungen riefen unter den Bergarbeitern große rüstung wach.

In allen Versammlungen wurden die Forderungen nach größe Bergarbeiterschutz und nach verbesserter Grubenkontrolle in einer solution zum Ausdruck gebracht. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. August 191

— **Keine Vermehrung der Stadtverordneten.** Der Su burger Bürgerverein hatte an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, Zahl der Sudenburger Stadtverordneten zu vermehren, da die völkerungszahl der Sudenburg um ein wesentliches gestiegen sei. auf ist nun vom Magistrat folgender ablehnender Bescheid ergang

Die Zahl der Wähler für die Stadtverordneten-Wahlen i den einzelnen Wahlbezirken allerdings nicht die gleiche. Das i erster Linie auf die zahlreichen, durch Verträge und Gesetze gerege Eingemeindungen zurückzuführen, bei der jeder frühern Gemei auch der kleinsten, eine Vertretung in der Stadtverordneten- sammlung zuzubilligen war. Ungleichheiten ließen sich dabei nicht meiden. Ihrer Beseitigung stehen sehr große Schwierigkeiten entge Ohne auf sie näher einzugehen, wollen wir nur darauf hinweisen, bei einer Neureglung von dem Wahlbezirk mit der geringsten Wähler auszugehen sein würde; eine überschlägliche Berechnung ergibt, alsdann statt 81 105 Stadtverordnete zu wählen sein würden. Bei Verschiebungen in der Bevölkerung der einzelnen Stadtteile wi aber eine fortwährenden Neureglung erforderlich werden. Geg über solchen Schwierigkeiten muß die Frage der Notwendigkeit e Neuordnung um so sorgfältiger geprüft werden. Wir haben bis nicht beobachtet, daß einzelne Stadtteile, und insbesondere der Sta teil Sudenburg, durch die vorhandenen Ungleichheiten in der der von ihnen zu wählenden Stadtverordneten benachteiligt wor wäre. Solange aber eine derartige Schädigung nicht nachgewi oder wahrscheinlich gemacht werden kann, wird man einer Neuregl nicht näher zu treten haben. gez.: Klinghard

Das Verlangen, einseitig die Stadtverordneten eines Stadtt zu vermehren, kann auch unsre Zustimmung nicht finden. Denn dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Und Wachstum bliebe z. B. die Wilhelmstadt hinter der Sudenburg si nicht zurück. Aber daß eine andre Einteilung der Stadtverordnet Wahlbezirke und dementsprechend vielleicht eine Verteilung der Mand nach der Bevölkerungszahl vorgenommen wird, daran sollten alle Bür ein Interesse zeigen. Sie müßten sich — und das gilt auch die Sudenburger — dem sozialdemokratischen Verlangen anschließ das die ganze Stadt einheitlich in Kommunalwah bezirke eingeteilt sehen will, wie andre Großstädte sie langem haben. Der heutige Wahlmodus bedeutet nichts weiter eine dauernde Entrechtung der Arbeiterwähler, die von jeder Vertretu in Altstadt-Wilhelmstadt so gut wie ausgeschlossen sind und denen n durch die neuen Eingemeindungsverträge durch ein kompliziertes Wa verfahren neue Schwierigkeiten bereitet hat. —

— **Arbeiterjugend.** Am Mittwoch findet für Neue Ne stadt im „Weißen Hirsch" ein Unterhaltungsabend statt. — Sudenburger Jugendgenossen treffen sich am Mittwoch um 8 am Eiskellerplatz zu einem Spaziergang nach den Seilerwiese Gleichzeitig wird auf das Tanzkränzchen am Sonntag in Biede aufmerksam gemacht. Abmarsch morgens 7 Uhr vom Eiskellerplatz. Am Mittwoch findet ein Vortragsabend für den Bezirk Altsta statt. Anfang 8½ Uhr. —

— **Rücksichtslose Maßnahmen gegen Arbeiter** hat Firma A. Eggert, Furagehandlung, Alte Neustadt, Hohepfortestra vorgenommen. Darüber wird uns aus dem Bureau des Transpo arbeiterverbandes geschrieben: Die Arbeiter dieser Firma, die entge in allen andern Geschäften 11 Stunden statt 10 arbeiten müssen, ließ durch die Organisationsleitung der Firma den Wunsch unterbreite diese Arbeitszeit für Arbeiter auf 10 Stunden pro Tag zu bemess Die Kutscher waren nach wie vor bereit von früh 4½ Uhr bis Uhr abends zu arbeiten, nur wünschten beide Kategorien, daß Ueberstunden nach dieser Zeit mit 50 Pfg. bezahlt werden sollten. Di bescheidenen Wünsche haben Herrn Eggert so in Harnisch gebracht, d er am Sonnabend abend vier Arbeiter sofort entließ und zwei Arbeite kündigte. Von der Organisationsleitung über diese brutalen Ma nahmen befragt, verweigerte er jede Auskunft. Herr Eggert, der jeder Gelegenheit seine liberale Gesinnung betont, wird sich wohl sel sagen, daß die Antwort auf diesen Streich nicht ausbleib wird. —

— **Von der Armaturenfabrik vormals C. L. Strub** Wie verlautet, sind die Bestrebungen, das Werk durch eine Sanieru über Wasser zu halten, von Erfolg gekrönt gewesen. Wie die Ve waltung der bürgerlichen Presse bekanntgibt, sind bereits so v Vorzugsaktien gezeichnet worden, daß die Reorganisation des Unte nehmens als sichergestellt erscheint. Das „Hangen und Bangen schwebender Pein" seitens der Angestellten und Arbeiter ist also vorde hand beseitigt. —

— **Ein Diebstahl im Luisengarten.** Der Dachdecker Herman Ruhland von hier, schlich sich am 30. Mai d. J. abends im Luise garten aus dem Gebüsch an eine Bank heran, auf der ein junge Mädchen mit dem Liebhaber saß, und stahl eine Handtasche, in der si der Hausschlüssel sowie ein Portemonnaie mit 35 Pfennig befande Das Geld will er verausgabt und die Sachen weggeworfen habe Der Angeklagte wurde wegen Rückfalldiebstahls zu neun Monate Gefängnis verurteilt. —

— **Kauft gelbe Aktien!** Dem gelben Blättchen in Salbke scheint es schlecht zu gehen. Herr Oberingenieur Winkler nämlich, der Regisseur des Werkvereins auf dem Krupp-Grusonwerk, suchte in der am Freitag abend im Arbeiter-Speisesaal abgehaltenen Versammlung seine „Mitarbeiter" für die wunderbare Idee zu begeistern, durch Zahlung von 10 Mark Aktionär der „Tageszeitung" für die werktätige Bevölkerung zu werden. Im ersten Jahre soll es noch keine Zinsen geben, aber im zweiten Jahre soll das Aktienkapital verzinst werden — wenn die Sache klappt. Herr Winkler sagte, er würde sich freuen, wenn 200 Mitglieder des gelben Vereins sich an dem neuen Unternehmen beteiligen würden. Ob er so viele Leute finden wird, die Geld im Ueberfluß haben? Wir wagen das zu bezweifeln, denn sogar die Gelbsten der Gelben werden sich verwundert fragen: „Warum werden denn nicht die Herren Winkler, Sorge, Pfeifer und wie sie sonst noch alle heißen, die doch angeblich ein so großes Interesse an der modernen, nationalen Arbeiterbewegung haben, warum werden diese Herren nicht Aktionär, wenn die Sache aussichtsreich ist?" Ja, Bauer, das ist etwas andres.

Den gelben Drahtziehern geht es wahrscheinlich genau so wie den Hurrapatrioten. Wenn der Patriotismus Geld kostet, dann ist's vorbei damit, dann muß das Volk zahlen. Jetzt wäre doch für alle „Förderer der nationalen Arbeiterbewegung" die beste Gelegenheit, zu zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit ihrer Begeisterung. Mögen sie doch einmal jetzt gelbe Aktien erwerben, und zwar in einer Höhe, die im richtigen Verhältnis zu dem Einkommen z. B. eines Herrn Sorge und eines Arbeiters steht, also etwa 90 000 zu 1500 Mark. Da müßte Herr Sorge wenigstens mit 600 Mark anspringen. Herr Winkler hat aber in der obengenannten Versammlung nichts davon verraten, daß er oder einer der andern Drahtzieher schon „Aktionär" des gelben Blättchens geworden ist. Dazu sind die sauer erworbenen Groschen der Arbeiter gut genug, und das zu einer Zeit, wo in Anbetracht der Teurung die meisten Arbeiter es sich versagen müssen, mittags ein sichtbares Stück Fleisch auf den Tisch zu bringen. Bisher ist die „Tageszeitung" von den Arbeitgebern ausgehalten worden, mögen sie auch weiterhin für ihr Patenkind sorgen. Anscheinend wollen aber die bisherigen mildtätigen Geber nicht mehr zahlen und nun sollen letzten Endes die Arbeiter den Kohl bezahlen. Nun, die Gelben müssen ja wissen, zu welchen Zwecken sie ihre Groschen aufwenden wollen und können. —

— **Schnittmuster** von den Modellen unsers heutigen Modeberichts sind von der Moden-Redaktion, Berlin W 15, Kaiserallee 215, gegen vorherige Einsendung von 35 Pfg. für jedes Muster zu beziehen.

— **Der Schutzmann als Zeuge** genießt vor den preußischen Gerichten eine besondere Hochschätzung, trotzdem Angehörigen der Polizei schon des öftern hahnebüchene Irrtümer nachgewiesen worden sind. Wie bedenklich es sein kann, wenn ein Richter ein Urteil lediglich auf die Aussage eines Schutzmanns hin fällt, zeigt wieder einmal folgender Vorgang: Eines Tages war in der Katharinenkirche zu Magdeburg eine Trauung und wie üblich sammelte sich vor der Kirchentür eine große Menge, meist aus Frauen und Kindern bestehend, an. Dadurch wurde der Verkehr gestört und der diensthabende Schutzmann Trankmeister wies die Leute weg und wer nicht folgte, erhielt eine Anzeige. Trotz der wiederholten Aufforderung des Beamten soll eine Frau Richardt nicht gegangen sein, und zwar in einer so hartnäckigen Weise, daß der Schutzmann sie deshalb habe zur Wache führen müssen, um ihre Personalien festzustellen. Hinterher erhielt die Frau ein Strafmandat, weil sie den Weisungen des Schutzmanns nicht nachgekommen sei. Sie erhob Widerspruch und wendete ein: „Ich habe mich keinesfalls strafbar gemacht, denn ich kam vom Markt und ging ruhig, ohne auch nur einen Augenblick stehenzubleiben an der Katharinenkirche vorüber, dabei sah ich, daß der Schutzmann mit einer ältern Frau einen Wortwechsel hatte und sie vom Trottoir stieß. Dies ärgerte mich und ich sagte: „Das ist doch unerhört!" Als der Schutzmann das hörte, ließ er von der ältern Frau ab, faßte mich und führte mich, ohne nach meinen Personalien zu fragen, zum Polizeibureau, als wenn ich wer weiß was begangen hätte." — Demgegenüber erklärte der als Zeuge eidlich gehörte Schutzmann mit der größten Bestimmtheit, er habe mit gar keiner andern Frau zu der Zeit etwas vorgehabt, alle Leute seien nach seiner Aufforderung gegangen, nur die Beschuldigte nicht, die sei hartnäckig stehengeblieben, habe trotz wiederholten Befragens ihre Personalien nicht angegeben, deshalb hätte er sie mit zur Wache nehmen müssen. Auf Befragen versicherte der Schutzmann wiederholt mit größter Sicherheit er habe mit keiner andern Frau etwas vorgehabt als mit der Beschuldigten. Nun trat aber die ältere Dame als Zeugin auf und bestätigte die Angaben der Frau R. Punkt für Punkt, vor allem, daß sie es gewesen sei, die der Schutzmann angefaßt und rauh behandelt habe, und daß die Beschuldigte nur vorübergegangen sei. Doch nicht nur diese Zeugin, auch noch einige andre bestätigten die Angaben der Frau R. Es erfolgte deshalb Freisprechung. Wenn der Zufall nicht die Zeuginnen hätte bekanntwerden lassen, was wäre dann wohl auf Grund der Schutzmannsaussage passiert? Alle menschlichen Beobachtungen sind dem Irrtum unterworfen. Dadurch, daß viele Gerichte dem Schutzmann von vornherein mehr zu glauben geneigt sind als Zivilpersonen, werden aber die Schutzleute oft veranlaßt, bestimmter auszusagen, als ihrem eignen Ansehen entspricht. —

— **Falsche Anschuldigung.** Die Aufseher Karl Franke, Heinrich Ehrenberg und Karl Busse zu Aken sollen am 24. März d. J. abends durch ein Fenster in die Schankwirtschaft von Brüning jun. gestiegen sein und aus einer Kammer gemeinschaftlich 320 Mark sowie Genußmittel im Werte von 17,05 Mark gestohlen haben. Am 25. März soll Franke auch den Bestohlenen mit Totschießen bedroht haben. Die Ferienstrafkammer stellte aus der Verhandlung fest, daß die Angeklagten völlig unschuldig seien und die ganze Sache erfunden sei, um Geld von der Versicherungsgesellschaft zu erschwindeln. Es erfolgte daher Freisprechung. —

× **Ermittelter Dieb.** Der Dieb, der am Sonntag aus einem verschlossenen Keller in der Moltkestraße eine Rolle Sohlenleder gestohlen hat, ist in der Person des Schuhmachers Otto L. von hier ermittelt worden. Er ist auch der Dieb, der bereits am 10. September v. J. und am 7. Juli d. J. aus dem betreffenden Keller mittels Einbruchs Leder gestohlen hat. —

× **Ein Heiratsschwindler gemeingefährlichster Art** wurde am 3. d. M. in Leipzig in der Person des stellenlosen verheirateten Handlungsgehilfen Emil Jacob, am 26. Oktober 1866 zu Somich geboren, festgenommen. J., der schon länger als 10 Jahre den Heiratsschwindel in großem Umfang betrieben und aus dem unsauberen Gewerbe seinen und seiner Familie Unterhalt bestritten hat, soll auch in Magdeburg innerhalb der letzten 10 Jahre dergleichen Betrügereien ausgeführt haben. Seine Korrespondenz hat er von Leipzig aus geführt. Er hat sich unter anderm auch als Opernsänger ausgegeben. Die hiesige Kriminalpolizei ersucht, daß sich diejenigen Frauen und Mädchen melden, mit denen der Festgenommene in Verbindung getreten ist, selbst wenn sie nicht geschädigt sind. —

× **Gestohlen** wurden hier in der Zeit vom 10. bis 17. d. M. aus einem Zimmer in der Viktoriastraße ein Savoye-Mehrladekarabiner (6 Millimeter); am 17. nachmittags gegen 7½ Uhr vor dem Hause Am Weinhof Nr. 17 ein Fahrrad „Excelsior" (Fabriknummer 444387) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen am Vorder- und gelben am Hinterrad, Freilauf mit Rücktrittbremse und nach oben gebogener Lenkstange; am 19. morgens gegen 6 Uhr vor dem Hause Sternstraße Nr. 25 ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und nach unten gebogener Lenkstange; vormittags gegen 10½ Uhr aus dem Flur des Hauses Alemannstraße Nr. 3 ein Fahrrad „Excelsior" (Fabriknummer 194023) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen und nach oben gebogener Lenkstange. —

— **Nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte** sind von den versicherten Angestellten und ihren Arbeitgebern Vertrauensmänner zu wählen. Diese Vertrauensmänner wählen Beisitzer für den Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse, die Schiedsgerichte und das Oberschiedsgericht und können von der Reichsversicherungsanstalt oder den Rentenausschüssen bei Erledigung ihrer Geschäfte zur Mitwirkung in Anspruch genommen werden. Sie sind also die Vertreter der Beteiligten bei der Ausführung und Handhabung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Die Wahlen der Vertrauensmänner werden voraussichtlich im Herbste d. J. stattfinden. Die Arbeitgeber bedürfen als Ausweis bei der Wahl einer vom Magistrat ausgestellten Bescheinigung über die Zahl der von ihnen regelmäßig beschäftigten versicherten Angestellten. Der Magistrat fordert deshalb die Arbeitgeber, die versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen, auf, Anträge auf Ausstellung des Ausweises einzureichen. In den Anträgen müssen die versicherungspflichtigen Angestellten nach Name und Wohnung einzeln angegeben sein. Die Anträge sind zu richten an die Ausgabestelle für Versicherungskarten. Diese Ausgabestellen sind: das Invalidenversicherungs-Bureau im Sparkassengebäude — Bei der Hauptwache 4-6, I — für die Altstadt einschließlich Wilhelmstadt und Friedrichstadt, im Rathaus Buckau für den Stadtteil Buckau, im Rathaus Sudenburg für die Stadtteile Sudenburg und Lemsdorf, im Rathaus Neustadt für die Stadtteile Neustadt und Rothensee, im Rathaus Cracau für die Stadtteile Cracau und Prester, im Rathaus Fermersleben für den Stadtteil Fermersleben, im Rathaus Salbke für die Stadtteile Salbke und Westerhüsen. Zuständig ist diejenige Ausgabestelle, in deren Bezirk die versicherungspflichtige Beschäftigung stattfindet. Ueber die Wahlberechtigung der Angestellten werden noch andre Bekanntmachungen erlassen. —

× **Unglücksfälle.** Gestern nachmittag gegen 3¾ Uhr stieg die 69 Jahre alte Witwe Henriette F. aus Büden vor dem Stadttheater von einem noch in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 5. Sie kam zu Fall und zog sich eine erhebliche Kopfverletzung zu. Sie wurde von einem Schutzmann nach der altstädtischen Krankenanstalt geschafft, wo sie Aufnahme fand. — An demselben Tage, nachmittags gegen 6 Uhr, wurde der Chausseewärter Albert Schindler, in der Lübecker Straße wohnhaft, in der genannten Straße vor dem Grundstück Nr. 51 von einem Fuhrwerk überfahren und erlitt einen Unterschenkelbruch. Er wurde mittels Sanitätswagens in die altstädtische Krankenanstalt geschafft. Die Schuld soll den Verletzten selbst treffen.

× **Betrüger.** Am 16. d. M., vormittags gegen 9¾ Uhr, ist in ein hiesiges Geschäft ein angeblicher Ingenieur, der Moltkestraße 13 wohnen wollte, gekommen, hat sich Aktentaschen vorlegen lassen und eine solche im Werte von 11 Mark gekauft. Als er bezahlen wollte, gab er an, sein Portemonnaie vergessen zu haben und am Nachmittag bezahlen zu wollen. Da er einen vornehmen Eindruck machte, ist ihm die Tasche mitgegeben worden, jedoch hat sich der Herr Ingenieur nicht wieder sehen lassen und ist in dem Hause, wo er wohnen wollte, nicht bekannt. — In einem hiesigen Fahrradgeschäft hat sich am 17. d. M. ein angeblicher Regierungsbaumeister ein Fahrrad „Bristol" mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und Freilauf mit Rücktrittbremse auf einen Tag geliehen, ist aber bis heute nicht zurückgekehrt. —

— **Von der Feuerwehr.** Am Montag nachmittag wurden die Löschzüge 1 und 3 mehrere Male zum Feuer gerufen. Um 1¾ Uhr rückte Löschzug 3 nach Wasserkunststraße 110. Der dort befindliche Feuermelder war von einem 6jährigen Schüler in unnützer Weise gezogen worden. — Gegen 2 Uhr rückte Löschzug 1 auf eine Feuermeldung vom Böttcherplatz nach Pionierstraße 20. In der 3. Etage waren Bett, Gardinen und Kleidungsstücke durch Spielen mit Streichhölzern in Brand geraten. Die Gefahr wurde schnell beseitigt. — Während dieser Zeit rückte der Löschzug 3 (Neustadt) nach Nachtweide 40/41. In der Papierfabrik von Bestehorn war im Maschinenhaus eine Schalttafel und die dahinter befindliche Holzwand in Brand geraten. Mit dem kleinen Löschgerät wurde die Gefahr beseitigt. —

Konzerte, Theater, Sport rc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Viktoria-Theater. Wir weisen nochmals auf den Beginn der Gastspiele des Charakterkomikers vom Lustspielhaus in Berlin Herrn Franz Arnold hin. Am Donnerstag wird in Form einer Doppelvorstellung das bekannte Blumenthal-Kadelburgsche Lustspiel „Im weißen Rößl" sowie dessen Fortsetzung „Als ich wiederkam" gegeben. Am Freitag geht der auch hier in Magdeburg bei seinen früheren Aufführungen mit so großem Beifall aufgeführte Schwank „Meyers" von Fritz Friedmann-Friederich in Szene, in welchem Stücke Herr Arnold die Rolle des Onkel Moritz spielt. Mit Ende dieses Monats verlieren sämtliche noch außenstehende Dutzendkarten sowie Abonnementskarten ihre Gültigkeit. Die Direktion bittet das Publikum, auf diese Bekanntmachung ganz besonders zu achten, und bis spätestens 31. d. M. die betreffenden Billette zu verwenden.

* Zentraltheater. Von Donnerstag bis Sonntag abend werden in Abänderung des Spielplans noch vier letzte Aufführungen der Operette „Die Dame in Rot" stattfinden. Es ist sehr wohl anzunehmen, daß auch diese vier Vorstellungen ebenso wie die vorhergegangenen 25 vor vollen Häusern sich abspielen werden. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. August 1912.

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Arnold. Beisitzer der Arbeitgeber: Kaufmann Thiele und Direktor Menke; Beisitzer der Arbeitnehmer: Zimmerer Roack und Böttcher Jsenice.

Unbezahlte Sonntagsarbeit. Der Arbeiter R. klagte gegen den Fuhrherrn Krausbaar auf Zahlung von 8 Mark Restlohn. Der Kläger war bei dem Beklagten gegen 21 Mark Wochenlohn beschäftigt gewesen. Nach Angabe des Beklagten war der Kläger verpflichtet, für den Lohn auch Sonntags zu arbeiten, während der Kläger behauptete, vereinbart zu haben, daß er Sonntags nur eine Stunde Grünfutter zu mähen hätte. Da er aber während der Heuernte an zwei aufeinander folgenden Sonntagen den ganzen Tag hat tätig sein müssen, verlangte er dafür Extrabezahlung in obiger Höhe. Auf Zureden des Vorsitzenden zahlte der Beklagte vergleichsweise noch 4 Mark an den Kläger, womit dieser einverstanden war und seine Mehrforderung fallen ließ. —

„Abarbeiten". Der Arbeiter Sch. hatte vom Fuhrwerksbesitzer Heine noch 22 Mark Restlohn zu bekommen. Das Geld sowie ein neuer Anzug sind dem Arbeiter von Heine vorenthalten worden, weil Sch. vor 2 Jahren 86 Mark dem H. unterschlagen hatte und sich jetzt verpflichtete, „die alte Schuld abzuarbeiten". Sch. bestritt eine derartige Verpflichtung übernommen zu haben, da er für die Unterschlagung seinerzeit Strafe erhalten hat. Er klagte deshalb auf Zahlung des Lohnes und Herausgabe des Anzugs. Nachdem ein Zeuge bekätigte, daß der Kläger sich tatsächlich verpflichtet habe, die alte Schuld abzuarbeiten, verzichtete der Kläger auf das Geld, verlangte aber die Herausgabe des Anzugs, wozu sich der Beklagte schließlich auch bereit erklärte.

Eine unberechtigte Klage. Der Arbeiter H. klagte gegen den Kaufmann Dichenfzig hier auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 21 Mark für 1 Woche wegen kündigungsloser Entlassung und auf Ausstellung einer Arbeitsbescheinigung. Diese auszustellen, erklärte sich der Beklagte bereit, im übrigen aber beantragte er Abweisung. Er behauptete und bewies durch Zeugen, daß laut Vereinbarung jegliche Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Außerdem habe der Kläger durch wiederholte Trunkenheit im Dienste Grund zu sofortiger Entlassung gegeben. Der Kläger, der infolge hochgradiger Erregung zeitweise von der Verhandlung ausgeschlossen wurde, konnte die Beschuldigung nicht widerlegen, meinte aber, daß der Beklagte, der Millionär sei, ihm, dem armen Manne, wohl den Betrag zahlen könnte. Zur Zurücknahme der Klage vermochte er sich nicht zu entschließen und darauf wurde sie auf seine Kosten abgewiesen. —

Letzte Nachrichten.

Der chinesische Reformator ermordet.

Hd. London, 20. August. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Der in San Franzisko lebende Sohn und die Tochter des chinesischen Reformators Sunjatsen erhielten die Nachricht, daß ihr Vater von Soldaten ermordet worden sei. Man ist der Meinung, daß die Tat auf Veranlassung Juanschikais ausgeführt wurde. —

Wb. San Franzisko, 20. August. Im hiesigen Chinesenviertel wurde gestern durch Maueranschläge die angebliche Ermordung von Dr. Sunjatsen bekanntgegeben. Die Nachricht findet im chinesischen Konsulat und bei den chinesischen Zeitungen keinen Glauben. Auch bei den hier lebenden Töchtern Sunjatsens ist keine Bestätigung der Meldung eingegangen. —

* London, 20. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Nach einer stürmischen Sitzung hat die Nationalversammlung mit 52 gegen 11 Stimmen beschlossen, an den Präsidenten Juanschikai eine Petition zu richten, er solle nähere Aufklärung über den Tatbestand geben, auf Grund dessen zwei Offiziere unter der Beschuldigung, sie hätten zu einer neuen Revolution aufzureizen versucht, verhaftet und ohne Urteil erschossen worden sind. Die Petition verlangt in drei Tagen Antwort. Wenn die Antwort unbefriedigend ausfällt, will die Nationalversammlung Juanschikai auffordern, persönlich Erklärungen abzugeben; wenn auch diese Antwort unbefriedigend bleibt, will das Haus Juanschikai oder der gesamten Regierung ein Tadelsvotum aussprechen. Die Hinrichtung der Offiziere hat in der ganzen Provinz Hupe große Erregung hervorgerufen. —

Hd. Berlin, 20. August. (Eig. Drahtb. d. „Volksst.".) Der von der Kriminalpolizei wegen der Nauener Messerstecherei verdächtigte Geisteskranke Harnau hat sich heute selbst gestellt. Er erklärte, daß er der gesuchte Geisteskranke sei. Für die Messeraffäre kommt jedoch Harnau nicht in Betracht. —

* **Bernburg, 20. August. Gestern verunglückte bei Peißen ein Automobil aus Zeitz in Sachsen. Außer dem Bürgermeister Kelp und dessen Frau wurden auch der Fabrikant Näther aus Zeitz und dessen Ehefrau schwer verletzt. Näther erlitt einen schweren Schädelbruch; die Frau hat den Arm und das Schlüsselbein gebrochen. Der Chauffeur ist in der Nacht seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück geschah durch Auffahren an einen Erntewagen. —**

Hd. Oldenburg, 20. August. (Eig. Drahtb. der „Volksst.".) Die im Krankenhause des kleinen Ortes Essen untergebrachte Tochter eines Gastwirts warf in einem Anfall von Geistesgestörtheit ihr 6 Monate altes Kind aus dem Fenster und sprang ihm nach. Beide waren sofort tot. —

Wb. Hamburg, 20. August. Das Zeppelin-Luftschiff „Hansa" ist heute früh 6 Uhr 35 Minuten zu einer Fernfahrt nach der Insel Rügen aufgestiegen. —

Hd. Zürich, 20. August. Auf der Station Wasserauen der Säntisbahn kam gestern ein Wagen ins Rollen, der schließlich auf der Station Gringel in Appenzell auf zwei mit Schulkindern besetzte Wagen auffuhr. Bei dem Anprall wurden zwölf Personen zum Teil erheblich verletzt. —

Hd. Neapel, 20. August. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Gestern abend ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem vier Personen getötet und 29 schwer verletzt wurden. —

* Rom, 20. August. Am Montag nachmittag brach in Rom ein Generalstreik aus, an dem über 30 000 Personen teilnahmen. Die Ursache des Streikes war, daß erschwerende Bestimmungen über die Armenaufnahme in den Spitälern getroffen worden waren. Der Streik dauerte von 4 bis 6 Uhr. Es wurde beschlossen, eine lebhafte Agitation gegen die Neuordnung über die Aufnahme der Armen einzuleiten. —

Wb. Santos, 20. August. Unter den hiesigen Dockarbeitern ist der Generalstreik ausgebrochen. 30 im Hafen liegende Schiffe werden hiervon in Mitleidenschaft gezogen. Man befürchtet allgemein Unruhen. —

Wb. Saragossa, 20. August. Die Zahl der Ausständigen beträgt 6000 Mann. Zurzeit herrscht vollkommene Ruhe. —

Wb. Malaga, 20. August. Die hiesigen Dockarbeiter, die sich zum größten Teil im Ausstand befinden, haben beschlossen, die Arbeit bis zur Proklamierung des Generalstreiks wieder aufzunehmen, um zu vermeiden, daß die Interessen des Hafens geschädigt werden. —

Vereins-Kalender.

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Uebungsstunde bei A. Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. 303

Bund der Arbeiter-Musikvereine Deutschlands, 1. Bezirk. Uebungsstunden finden statt: Dienstag: Konzertina-Verein Mytheria-Magdeburg, Braunehirschstraße 3; Lyra Lemsdorf, Frensels Restaurant; Vorwärts Burg, Restaurant zum goldenen Stiefel, Inh.: Masuhr. Mittwoch: Fidelio Diesdorf, Hölzges Restaurant; Freundschaft Neue Neustadt bei Griethe, Luisenstraße 23; Einigkeit Barleben im Gewerkschaftshaus. Donnerstag: Gut Ton Zerbst, Wegeberg 6. Freitag: Fidelio Buckau bei Köhlitz, Grusonstraße; Konkordia Alte Neustadt, Restaurant zur Krone, Moldenstraße; Lyra Salbke, Restaurant Alb. Gerecke. Sonnabend: Konkordia Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle"; Harmonie Biederitz im „Lindenhof". 1391

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Verein Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt (Luisenpark) Mittwoch; Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Sudenburg (Zerbster Bierhalle) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt (Koppehl, Fabrikenstraße) Freitag; Abt. Alte Neustadt (Krone) Mittwoch; Abt. Altstadt (Friedrichslust) Freitag; Abt. Rothensee (Kumbiers Lokal) Donnerstag; Abt. Meitzendorf (beim Mitglied Heinrich Wilke) Dienstag; Abt. Dahlenwarsleben (Gasthof zur Darre) jeden Mittwoch. 302

Am Sonnabend den 24. August, abends pünktlich 8½ Uhr, Generalversammlung in der „Krone". 1397

Abt. Altstadt. Mittwoch Abendtour. Abfahrt um 8 Uhr von Thiering, Tischlerkrugstraße 28. 1399

Abt. Alte Neustadt. Am Mittwoch den 21. August Abendtour. Abfahrt 7½ Uhr von der „Krone". 1396

Arbeiter-Radfahrerverein Magdeburg. Sonntag den 25. d. M., vormittags 7 Uhr, Abfahrt zur Bezirkstour nach Kolbitz vom Nikolaiplatz.

Arbeiter-Radfahrerverein, Abt. Sudenburg. Sonntag den 25. August Tour nach Grünewalde. Abfahrt 6½ Uhr vom „Eiskeller".

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Sonntag den 25. August Tour nach Möckern. Abfahrt morgens 7 Uhr vom „Weißen Hirsch", Friedrichplatz. 1393

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Freitag Uebungsstunde im „Weißen Hirsch". 301

Groß-Ottersleben, Klein-Ottersleben und Benneckenbeck. Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und der Vorstände der Sozialdemokratischen Verein Donnerstag, 22. d. M., abds. 8½ Uhr, bei der Wwe. Strumpf.

Groß-Ottersleben. Mandolinenklub Mandolinette. Jeden Mittwoch abend ½9 Uhr Uebungsstunde bei der Witwe Strumpf.

Lemsdorf. Gesangverein Vorwärts. Mittwoch abend 8½ Uhr Uebungsstunde. Donnerstag Punkt 8 Uhr Generalprobe. 1409

Aschersleben. Arbeiter-Sängerbund. Am Dienstag den 20. August, pünktlich 8½ Uhr, Singestunde bei O. Wilcke, Wassertor. 290

Wettervorhersage.

Mittwoch den 21. August: Wolkig, mäßig warm, keine oder geringe Niederschläge. —

partei 270 382, für die Antisemiten, Landwirtbündler und dergleichen 356 235 Stimmen. Zusammen zählt die Rechte 1 855 946 Stimmen, mit denen sie 71 Mandate errang — weit mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Mandatszahl, obgleich ihre Wählerzahl weit unter der Hälfte der sozialdemokratischen zurückbleibt. Ob durch einen engen Zusammenschluß eine weitere Verbesserung der Wahlchancen zu erzielen ist, bleibt fraglich. Jedenfalls aber würde ein Zusammenschluß aller „aufbauenden Deutschen", um einen Ausdruck des „alten Politikers" zu gebrauchen, die Bildung einer einheitlichen Partei der Vornehmheit von Bruhn bis Kreth, aufklärend wirken und könnte darum nur willkommen sein.

Nicht Grubenkontrolle, sondern Zuchthausgesetz.

Das Unglück auf Zeche Lothringen hat aufs neue den Ruf nach besserer Grubenkontrolle geweckt. Das Berliner Organ der Grubengewaltigen bekämpft in einer Zuschrift aus interessierten Kreisen diese Forderung in einer Weise, die den Geist jener Herren deutlich widerspiegelt. Zunächst wird eine Statistik aufgemacht, die beweisen soll, wie sehr die Grubenverwaltungen jetzt schon durch die staatliche Aufsicht überlastet sind, dann wird versichert, daß die Kontrolle recht überflüssig sei, da die Verwaltungen schon in ihrem eignen Interesse Unfälle zu verhindern suchten, und schließlich wird erklärt:

> Der ewige Ruf nach dem staatlichen Einschreiten dagegen kann sicherlich nicht dazu beitragen, die Grubenverwaltungen, die bereits so viele und mancherlei freiwillige und soziale Pflichten auf sich genommen haben, den Forderungen der Arbeiter günstiger zu stimmen; auf der einen Seite der Schrei nach immer weiter gehender staatlicher Kontrolle der einzelnen gewerblichen Betriebe, auf der andern Seite die beharrliche Verneinung jeden Schutzes dieser Betriebe gegen Streikterrorismus und andre schöne Dinge. — Das ist ein Vorgehen, auf das sich die Betroffenen mit Recht keinen Vers zu machen vermögen.

Drohung mit der Entziehung sozialer „Wohltaten" und Forderung eines neuen Zuchthausgesetzes, das ist die Antwort der Unternehmer auf den Wunsch der Arbeiter, ihr Leben besser geschützt zu sehen! —

Gegen Prügel- und Henkersknechte.

Vor einiger Zeit hat sich die nationalliberale Frankfurter „Oderzeitung" das Wohlwollen des Herrn Oertel verdient, da sie in einem Artikel für die Wiedereinführung der Prügelstrafe eintrat. Unter den Zurückweisungen, die sich das nationalliberale Blatt dadurch zuzog, wird eine erst jetzt bekannt. Die eben eingetroffene Nummer der ostafrikanischen „Usambarapost" behandelt die Frage von dem Standpunkt ihrer kolonialen Erfahrung und kommt eben von da aus zu einem entschieden ablehnenden Urteil. Sie schreibt:

> Wer wie wir oft zugesehen hat, wie Neger geprügelt werden, wird zugeben, daß das Schauspiel nichts weniger als erhebend ist. Um wie viel mehr ist aber solches der Fall bei der Exekution von Weißen! Wer sind die Exekutoren? Hierzulande unter Europäern höchstens sadistisch Veranlagte. Kein wirklicher Europäer züchtigt einen Neger — er überläßt dies einem andern Neger, und zu Hause würde sich zu derartigen Diensten doch nur minderwertiges Gesindel melden, das durch eine krankhafte Psyche ausgezeichnet sein müßte. Ist ja doch in dieser Hinsicht der heimische Scharfrichter eine Persönlichkeit, die in der Analyse des modernen Psychologen keine hervorragende Qualifikation erhalten kann. Zum Geschäft gehört Lust und Liebe, wer also Menschen prügelt und köpft des Geldes wegen aus Berufsinteresse, der ist seiner Zensur wert. Leute, die Peinigungen an Menschen vornehmen, um damit Geld zu verdienen, können eine Freude an ihrem Beruf nur haben, wenn sie aus Rache, Sadismus oder angeborner Roheit handeln. Soll man diese unterstützen?

Die nationalliberalen Kulturträger von Frankfurt an der Oder müssen sich wirklich schämen, sich durch eine „Stimme aus der Wildnis" so abgefertigt zu sehen. —

Unter Polizeiaufsicht.

Die Verwaltung der kaiserlichen Werft stellt die Arbeiter zunächst probeweise ein. In der 4wöchigen Probezeit zieht die Verwaltung durch die Polizei Erkundigungen über die Arbeiter ein, und wenn die Recherchen eines Schutzmanns oder eines andern behördlichen Organs ungünstig für den Eingestellten lauten, dann wird der Mann, ohne gehört zu werden und ohne Gelegenheit zu haben, auf die Beschuldigungen des Rechercheurs zu antworten, einfach entlassen. Wir sind in der Lage, nachstehend die Aktenstücke über einen solchen Fall zu veröffentlichen:

Die Werftverwaltung richtete an den Gemeindevorstand Achtelbur, Kreis Aurich, die übliche Aufforderung, polizeiliche Auskunft über einen bei der Werft eingestellten Arbeiter zu geben. Der Gemeindevorstand antwortete:

> pp. S . . . ist noch unbescholten, aber ein frecher, widerlicher Mensch. Vor seiner Militärzeit hat er hier sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Um den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern zu stören, ist er noch zu dumm, sonst würde er es jedenfalls tun.
>
> gez.: Holtkein, Gemeindevorstand.

Auf Grund dieses skandalösen „Leumundszeugnisses" ging die Werftverwaltung gegen den Arbeiter vor. Sie übersandte den Urlaubsbrief dem Oberwerftdirektor Konteradmiral v. Eckermann mit folgenden Bemerkungen:

> Nach anliegender polizeilicher Mitteilung hat S... für die sozialdemokratische Partei agitiert. Es wird daher vorgeschlagen, ihn gemäß § 1 e der Arbeitsordnung unter Innehaltung der 14tägigen Kündigungsfrist zu entlassen, zumal auch die sonstige Auskunft über ihn ungünstig ist. gez.: Zöllner.

Der Oberwerftdirektor war indessen milde gestimmt und konnte sich nicht ohne weiteres dazu verstehen, den von dem Gemeindevorsteher in Achtelbur so gehässig charakterisierten Arbeiter auf die Straße zu setzen. Er richtete an das Arbeiteramt der Werftverwaltung zunächst die weitere Frage:

> Wie sind seine Vorgesetzten mit S . . . zufrieden? Das Verteilen von Flugblättern liegt lange Zeit zurück. Auf sich kann man das wohl nicht unter allen Umständen als Agitation auffassen. gez.: Eckermann.

Darauf ging von der Bauabteilung Helgoland, bei der S . . . in Arbeit stand, die nachstehende Auskunft ein:

> S... ist ein tüchtiger und ruhiger Arbeiter, der sich bisher vor seinen Mitarbeitern nur auszeichnete. Die Bauabteilung Helgoland hat daher keinen Grund, ihn zu entlassen.
>
> gez.: Eckert.

Gestützt auf dieses Zeugnis der unmittelbaren Vorgesetzten des verdächtigten Arbeiters entschied dann der Oberwerftdirektor, daß S . . . in Arbeit bleiben könne. Wenn nicht zufällig mehrere Stellen sich für den Arbeiter verwandt hätten, wäre er wahrscheinlich ohne Gnade auf die Straße geflogen, behaftet mit den geheimen polizeilichen Verdächtigungen. —

Südwest.

Entfachten die Diamantfunde in Südwestafrika einst die Kolonialbegeisterung, so schwand mit der Abnahme der Diamantförderung nicht nur die Begeisterung, sondern es entstand an ihrer Stelle in den betreffenden Patriotenkreisen Kolonialverdrossenheit, die nun von Tag zu Tag zunimmt. Von den Kolonialpatrioten wird so wenig wie möglich über die koloniale Entwicklung gesprochen, die Herrschaften wollen nicht an die Versprechungen erinnert werden, die sie dem Volke gemacht, aber nicht eingelöst haben.

Für den Umschlag der Stimmung in kolonialen Kreisen ist auch der Geschäftsbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, der jetzt veröffentlicht wird, charakteristisch. Von der Gesellschaft wird für das Jahr 1911/12 eine Dividende von 35 Prozent zur Verteilung gebracht, eine Dividende, die an sich gewiß recht hoch ist, deren Bewertung aber in dem Vergleich mit den Gewinnziffern des Vorjahrs zu andern Resultaten führt. Wie sich die Erträgnisse des Unternehmens seit 1907 gestaltet haben, zeigt folgende Zusammenstellung:

	Ueberschuß:	Dividende:
1907/08	609 410 Mark	20 Prozent
1908/09	707 079 „	25 „
1909/10	1 679 619 „	64 „
1910/11	1 309 939 „	50 „
1911/12	950 749 „	35 „

Durch die geringeren Einnahmen aus Förderabgaben auf Diamanten ist das Bergwerkskonto, das im Vorjahr 1 105 355 Mark betrug, auf 734 771 Mark im Jahre 1911/12 zurückgegangen. Ferner sanken die Einnahmen aus Beteiligungen, die im Vorjahr 136 058 Mark ergaben, auf 66 749 Mark. Im wesentlichen ist die Abnahme dieser Einnahmen darauf zurückzuführen, daß die Deutsche Diamant-Gesellschaft m. b. H., ein Tochterunternehmen der Deutschen Kolonialgesellschaft, das im Vorjahr 5½ Prozent Dividende erbracht hatte, diesmal dividendenlos geblieben ist.

Von der Aenderung des Diamantenzolls — statt vom Bruttowerte der Diamanten werden die Ausfuhrabgaben nun in Abstufungen nach dem Netto-Ertrag zur Erhebung kommen — erwartet die Gesellschaft nicht nur die Wiederaufnahme als unrentabel eingestellter Betriebe; sie nimmt an, daß nun auch größere Strecken ärmerer Felder dem Abbau zugeführt werden können. Zugleich warnt die Gesellschaft aber davor, bereits im neuen Jahre mit einer Zunahme der Einnahmen aus dem Bergwerkskonto zu rechnen, da verschiedene Förderer den Abbau erst dann aufnehmen können, wenn genügend Arbeiter und Maschinen beschafft sind.

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage in Südwest bringt der Bericht eine Darstellung, die von dem früheren Optimismus weit entfernt ist. Das Handelsgeschäft hat einen Rückgang erfahren. Manche kaufmännische Firmen sahen sich zur Einstellung der Geschäfte veranlaßt. Unter der Farmerbevölkerung herrscht große Geldknappheit. Die Kreditverhältnisse sind unbefriedigend und der Zinsfuß ist durchweg sehr hoch. Das Grundstücksgeschäft in Swakopmund und Lüderitzbucht ruht fast ganz. Auch im laufenden Jahre sind nur geringe Einnahmen aus dem Landbesitz zu erwarten.

Wie sich die Erwartungen gewandelt haben, die an die Diamantfunde in Südwestafrika einst geknüpft wurden, spiegelt sich in der Kursbewegung der Aktien der Deutschen Kolonialgesellschaft deutlich wider. Der Kurs für die Aktien stellte sich im März 1908 auf 175 Prozent, im Dezember 1909 auf 410 Prozent, im Frühling des Jahres 1909 auf 1080 Prozent, im gleichen Jahre wurde der Höchstkurs mit 2100 Prozent erreicht. Februar 1910 sah einen Kurs von 1700 Prozent, im Sommer 1910 war der Kurs auf 1425 Prozent gewichen, gegenwärtig stellt er sich auf 525 bis 550 Prozent. So entschwimmen die kolonialen Felle den betrübten Lohgerbern. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Leitung des Granitwerks Steinerne Renne mutet den Steinmetzen zu, 30 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Steinmetzen legten aus diesem Grunde die Arbeit nieder. Die Kollegen allerorts werden ersucht, Arbeitsangebote unbedingt abzulehnen. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Aufnahmen dieser Zeilen gebeten. —

Streik in der Kartonnagen-Industrie in Annaberg, Buchholz und Sehma. Am 17. August legten in der Mehrzahl der Betriebe die Kartonnagen-Arbeiter genannter Orte die Arbeit nieder, weil die Fabrikanten trotz mehrmaliger Verhandlungen den Akkordarbeitern keine zufriedenstellenden Zugeständnisse machten. Die Fabrikanten wollen wie im Jahre 1907 auf die schlecht bezahlten Muster eine entsprechende Erhöhung eintreten lassen. Die Akkordarbeiter haben aber 1907 mit diesem Versprechen so schlechte Erfahrungen gemacht, daß sie diesmal darauf nicht eingehen wollen, sie verlangen eine prozentuale Erhöhung der Löhne oder Garantielöhne. Einige Betriebe haben Filialen im Oberwiesenthal, auf die sich der Streik ausdehnen wird, weil dort den Arbeitern zugemutete Streikarbeit von diesen abgelehnt werden wird. Zuzug von Kartonnage-Arbeitern ist fernzuhalten. —

Lohnbewegung der Mainflößer. Die im Transportarbeiterverband organisierten Mainflößer stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 4 Mark pro Woche, Regelung der Arbeitszeit auf den Stapelplätzen und auf der Fahrt, Herabminderung der festgesetzten Fahrtdauer um 1 Tag sowie die Innehaltung der strompolizeilichen Vorschriften während der Fahrt. Von den Frachtflößereien ist zu erwarten, daß sie zu Verhandlungen geneigt sind. Inwieweit die Regiebetriebe denselben guten Willen haben werden, bleibt abzuwarten. —

Die Ruhrbergarbeiter und „Lothringen". In zehn Versammlungen, die am Sonntag in Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Lünen, Hörde, Kastrop, Obermarsch, Recklinghausen und Buschhausen stattfanden, nahmen die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, wie wir schon kurz meldeten, Stellung zu dem neuen Massenunglück. Die Versammlungen waren insgesamt von 15 000 Bergarbeitern besucht. Das Verhalten der Grubenverwaltung wurde einer streugen Kritik unterzogen. Gegenüber der Berichtigung der Grubenverwaltung, die im „Vorwärts" und außerdem in allen kapitalfrommen Blättern des Ruhrgebiets erschienen ist, wurde in der Bochumer Versammlung von Löffler ausgeführt: In der Berichtigung der Grubenverwaltung wird bestritten, daß der Einfahrer Brinks dem Sicherheitsmann gegenüber über seine Eintragungen Vorhaltungen gemacht hat. Festgestellt aber ist worden, daß der Einfahrer Brinks dem Sicherheitsmann gegenüber geäußert hat: „Na, Sie haben aber wieder viel eingetragen, sie schreiben ja eher drei Fahrbücher voll wie alle andern zusammen eins." Die Behauptung der Grubenverwaltung, daß der Sicherheitsmann sich nie über Verlegungen beschwert habe, kann nicht stimmen. Der Sicherheitsmann hat sich im Januar 1911 wegen seiner öftern Verlegung beschwerdeführend an den Betriebsführer Lins gewandt. Dieser äußerte sich: „Es liegt in meiner Befugnis, Leute zu verlegen, so oft und viel ich will." Nach dieser Antwort hat sich allerdings der Sicherheitsmann nicht beschwert, weil ja solche Beschwerde doch zwecklos gewesen wäre. Weiter sei festgestellt, daß der Sicherheitsmann vorgefundene Wetter als eine dringende Gefahr im Fahrbuch bezeichnet hat. Zu dieser Eintragung hat der Betriebsführer Lins dann bemerkt, eine dringende Gefahr sei ganz ausgeschlossen.

In der zweiten Berichtigung der Zechenverwaltung wird erklärt, daß die amtliche Feststellung ergeben habe, daß das Unglück durch eine Schlagwetterexplosion im vierten Abteilungsquerschlag der dritten Sohle entstanden ist. Auf das bestimmteste erklärte Löffler in der Bochumer Versammlung, daß der Explosionsherd nicht an dieser, sondern an einer andern Stelle zu suchen sei. Wenn die Grubenverwaltung dann weiter in ihrer zweiten Berichtigung erklärt, daß die Gewalt der Explosion und die starken Verbrennungen der Verunglückten erkennen ließen, daß die Ausdehnung der Explosion ebenfalls auf Schlagwetter zurückzuführen sei und nicht auf vorhandenen Kohlenstaub, so sei damit die Schuldfrage gelöst. Damit sei durch die Grubenverwaltung selbst zugegeben, daß in dem ganzen Explosionsgebiet Schlagwetter in Mengen vorhanden gewesen sein müssen. Die in der Bochumer Versammlung gemachten Ausführungen riefen unter den Bergarbeitern große Entrüstung wach.

In allen Versammlungen wurden die Forderungen nach größerem Bergarbeiterschutz und nach verbesserter Grubenkontrolle in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. August 1912.

— **Keine Vermehrung der Stadtverordneten.** Der Sudenburger Bürgerverein hatte an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Zahl der Sudenburger Stadtverordneten zu vermehren, da die Bevölkerungszahl der Sudenburg um ein wesentliches gestiegen sei. Darauf ist nun vom Magistrat folgender ablehnender Bescheid ergangen:

> Die Zahl der Wähler für die Stadtverordneten-Wahlen ist in den einzelnen Wahlbezirken allerdings nicht die gleiche. Das ist in erster Linie auf die zahlreichen, durch Verträge und Gesetze geregelten Eingemeindungen zurückzuführen, bei der jeder frühern Gemeinde auch der kleinsten, eine Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung zuzubilligen war. Ungleichheiten ließen sich dabei nicht vermeiden. Ihrer Beseitigung stehen sehr große Schwierigkeiten entgegen. Ohne auf sie näher einzugehen, wollen wir nur darauf hinweisen, daß bei einer Neureglung von dem Wahlbezirk mit der geringsten Wählerzahl auszugehen sein würde; eine überschlägliche Berechnung ergibt, daß alsdann statt 81 105 Stadtverordnete zu wählen sein würden. Bei den Verschiebungen in der Bevölkerung der einzelnen Stadtteile wäre aber eine fortwährenden Neureglung erforderlich werden. Gegen über solchen Schwierigkeiten muß die Frage der Notwendigkeit einer Neuordnung um so sorgfältiger geprüft werden. Wir haben bisher nicht beobachtet, daß einzelne Stadtteile, und insbesondere der Stadtteil Sudenburg, durch die vorhandenen Ungleichheiten in der Zahl der von ihnen zu wählenden Stadtverordneten benachteiligt worden wäre. Solange aber eine derartige Schädigung nicht nachgewiesen oder wahrscheinlich gemacht werden kann, wird man einer Neureglung nicht näher zu treten haben. gez.: Klinghardt.

Das Verlangen, einseitig die Stadtverordneten eines Stadtteils zu vermehren, kann auch unsre Zustimmung nicht finden. Denn was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Und Wachstum bliebe z. B. die Wilhelmstadt hinter der Sudenburg sicher nicht zurück. Aber daß eine andre Einteilung der Stadtverordneten-Wahlbezirke und dementsprechend vielleicht eine Verteilung der Mandate nach der Bevölkerungszahl vorgenommen wird, daran sollten alle Bürger ein Interesse zeigen. Sie müßten sich — und das gilt auch für die Sudenburger — dem sozialdemokratischen Verlangen anschließen, das die ganze Stadt einheitlich in Kommunalwahlbezirke eingeteilt sehen will, wie andre Großstädte sie längst haben. Der heutige Wahlmodus bedeutet nichts weiter als eine dauernde Entrechtung der Arbeiterwähler, die von jeder Vertretung in Altstadt-Wilhelmstadt so gut wie ausgeschlossen sind und denen nun durch die neuen Eingemeindungsverträge durch ein kompliziertes Wahlverfahren neue Schwierigkeiten bereitet hat. —

— **Arbeiterjugend.** Am Mittwoch findet für Neue Neustadt im „Weißen Hirsch" ein Unterhaltungsabend statt. — Sudenburger Jugendgenossen treffen sich am Mittwoch um 8 Uhr am Eiskellerplatz zu einem Spaziergang nach den Seelerwiesen. Gleichzeitig wird auf das Tanzkränzchen am Sonntag in Biederitz aufmerksam gemacht. Abmarsch morgens 7 Uhr vom Eiskellerplatz. Am Mittwoch findet ein Vortragsabend für den Bezirk Altstadt statt. Anfang 8½ Uhr. —

— **Rücksichtslose Maßnahmen gegen Arbeiter** hat die Firma A. Eggert, Furagehandlung, Alte Neustadt, Hohepfortestraße, vorgenommen. Darüber wird uns aus dem Bureau des Transportarbeiterverbandes geschrieben: Die Arbeiter dieser Firma, die entgegen in allen andern Geschäften 11 Stunden statt 10 arbeiten müssen, hatten durch die Organisationsleitung der Firma den Wunsch unterbreiten, diese Arbeitszeit für Arbeiter auf 10 Stunden pro Tag zu bemessen. Die Kutscher waren nach wie vor bereit von früh 4½ Uhr bis 8 Uhr abends zu arbeiten, nur wünschten beide Kategorien, daß die Ueberstunden nach dieser Zeit mit 50 Pfg. bezahlt werden sollten. Diese bescheidenen Wünsche haben Herrn Eggert so in Harnisch gebracht, daß er am Sonnabend abend vier Arbeiter sofort entließ und zwei Arbeiter kündigte. Von der Organisationsleitung über diese brutalen Maßnahmen befragt, verweigerte er jede Auskunft. Herr Eggert, der bei jeder Gelegenheit seine liberale Gesinnung betont, wird sich wohl so sagen, daß die Antwort auf diesen Streich nicht ausbleiben wird. —

— **Von der Armaturenfabrik vormals C. L. Strube.** Wie verlautet, sind die Bestrebungen, das Werk durch eine Sanierung über Wasser zu halten, von Erfolg gekrönt gewesen. Wie die Verwaltung der bürgerlichen Presse bekanntgibt, sind bereits so viele Vorzugsaktien gezeichnet worden, daß die Reorganisation des Unternehmens als sichergestellt erscheint. Das „Hangen und Bangen schwebender Pein" seitens der Angestellten und Arbeiter ist also vorläufig beseitigt. —

— **Ein Diebstahl im Luisengarten.** Der Dachdecker Hermann Ruhland von hier, schlich sich am 30. Mai d. J. abends im Luisengarten aus dem Gebüsch an eine Bank heran, auf der ein junges Mädchen mit dem Liebhaber saß, und stahl eine Handtasche, in der der Hausschlüssel sowie ein Portemonnaie mit 35 Pfennig besaß. Das Geld will er verausgabt und die Sachen weggeworfen haben. Der Angeklagte wurde wegen Rückfalldiebstahls zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. —

— **Kauft gelbe Aktien!** Dem gelben Blättchen in Salbke scheint es schlecht zu gehen. Herr Oberingenieur Winkler nämlich, der Regisseur des Werkvereins auf dem Krupp-Grusonwerk, suchte in der am Freitag abend im Arbeiter-Speisesaal abgehaltenen Versammlung seine „Mitarbeiter" für die wunderbare Idee zu begeistern, durch Zahlung von 10 Mark Aktionär der „Tageszeitung" für die werktätige Bevölkerung zu werden. Im ersten Jahre soll es noch keine Zinsen geben, aber im zweiten Jahre soll das Aktienkapital verzinst werden — wenn die Sache klappt. Herr Winkler sagte, er würde sich freuen, wenn 200 Mitglieder des gelben Vereins sich an dem neuen Unternehmen beteiligen würden. Ob er so viele Leute finden wird, die Geld im Ueberfluß haben? Wir wagen das zu bezweifeln, denn sogar die Gelbsten der Gelben werden sich verwundert fragen: „Warum werden denn nicht die Herren Winkler, Sorge, Pfeifer und wie sie sonst noch alle heißen, die doch angeblich ein so großes Interesse an der modernen, nationalen Arbeiterbewegung haben, warum werden diese Herren nicht Aktionär, wenn die Sache aussichtsreich ist?" Ja, Bauer, das ist etwas andres.

Den gelben Drahtziehern geht es wahrscheinlich genau so wie den Hurrapatrioten. Wenn der Patriotismus Geld kostet, dann ist's vorbei damit, dann muß das Volk zahlen. Jetzt wäre doch für alle „Förderer der nationalen Arbeiterbewegung" die beste Gelegenheit, zu zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit ihrer Begeisterung. Mögen sie doch einmal jetzt gelbe Aktien erwerben, und zwar in einer Höhe, die im richtigen Verhältnis zu dem Einkommen z. B. eines Herrn Sorge und eines Arbeiters steht, also etwa 90 000 zu 1500 Mark. Da müßte Herr Sorge wenigstens mit 600 Mark anspringen. Herr Winkler hat aber in der obengenannten Versammlung nichts davon verraten, daß er oder einer der andern Drahtzieher schon „Aktionär" des gelben Blättchens geworden ist. Dazu sind die sauer erworbenen Groschen der Arbeiter gut genug, und das zu einer Zeit, wo in Anbetracht der Teurung die meisten Arbeiter es sich versagen müssen, mittags ein sichtbares Stück Fleisch auf den Tisch zu bringen. Bisher ist die „Tageszeitung" von den Arbeitgebern ausgehalten worden, mögen sie auch weiterhin für ihr Patenkind sorgen. Anscheinend wollen aber die bisherigen mildtätigen Geber nicht mehr zahlen und nun sollen letzten Endes die Arbeiter den Kohl bezahlen. Nun, die Gelben müssen ja wissen, zu welchen Zwecken sie ihre Groschen aufwenden wollen und können. —

— **Schnittmuster** von den Modellen unsers heutigen Modeberichts sind von der Moden-Redaktion, Berlin W 15, Kaiserallee 215, gegen vorherige Einsendung von 35 Pfg. für jedes Muster zu beziehen.

— **Der Schutzmann als Zeuge** genießt vor den preußischen Gerichten eine besondere Hochschätzung, trotzdem Angehörigen der Polizei schon des öftern hahnebüchene Irrtümer nachgewiesen worden sind. Wie bedenklich es sein kann, wenn ein Richter ein Urteil lediglich auf die Aussage eines Schutzmanns hin fällt, zeigt wieder einmal folgender Vorgang: Eines Tages war in der Katharinenkirche zu Magdeburg eine Trauung und wie üblich sammelte sich vor der Kirchentür eine große Menge, meist aus Frauen und Kindern bestehend, an. Dadurch wurde der Verkehr gestört und der diensthabende Schutzmann Trankmeister wies die Leute weg und wer nicht folgte, erhielt eine Anzeige. Trotz der wiederholten Aufforderung des Beamten soll eine Frau Richardt nicht gegangen sein, und zwar in einer so hartnäckigen Weise, daß der Schutzmann sie deshalb habe zur Wache führen müssen, um ihre Personalien festzustellen. Hinterher erhielt die Frau ein Strafmandat, weil sie den Weisungen des Schutzmanns nicht nachgekommen sei. Sie erhob Widerspruch und wendete ein: „Ich habe mich keinesfalls strafbar gemacht, denn ich kam vom Markt und ging ruhig, ohne auch nur einen Augenblick stehenzubleiben an der Katharinenkirche vorüber, dabei sah ich, daß der Schutzmann mit einer ältern Frau einen Wortwechsel hatte und sie vom Trottoir stieß. Dies ärgerte mich und ich sagte: „Das ist doch unerhört!" Als der Schutzmann das hörte, ließ er von der ältern Frau ab, faßte mich und führte mich, ohne nach meinen Personalien zu fragen, zum Polizeibureau, als wenn ich wer weiß was begangen hätte." — Demgegenüber erklärte der als Zeuge eidlich gehörte Schutzmann mit der größten Bestimmtheit, er habe mit gar keiner andern Frau zu der Zeit etwas vorgehabt, alle Leute seien nach seiner Aufforderung gegangen, nur die Beschuldigte nicht, die sei hartnäckig stehengeblieben, habe trotz wiederholten Befragens ihre Personalien nicht angegeben, deshalb hätte er sie mit zur Wache nehmen müssen. Auf Befragen versicherte der Schutzmann wiederholt mit größter Sicherheit er habe mit keiner andern Frau etwas vorgehabt als mit der Beschuldigten. Nun trat aber die ältere Dame als Zeugin auf und bestätigte die Angaben der Frau R. Punkt für Punkt, vor allem, daß sie es gewesen sei, die der Schutzmann angefaßt und rauh behandelt habe, und daß die Beschuldigte nur vorübergegangen sei. Doch nicht nur diese Zeugin, auch noch einige andre bestätigten die Angaben der Frau R. Es erfolgte deshalb Freisprechung. Wenn der Zufall nicht die Zeuginnen hätte bekanntwerden lassen, was wäre dann wohl auf Grund der Schutzmannsaussage passiert? Alle menschlichen Beobachtungen sind dem Irrtum unterworfen. Dadurch, daß viele Gerichte dem Schutzmann von vornherein mehr zu glauben geneigt sind als Zivilpersonen, werden aber die Schutzleute oft veranlaßt, bestimmter auszusagen, als ihrem eignen Ansehen entspricht. —

— **Falsche Anschuldigung.** Die Aufsehrer Karl Franke, Heinrich Ehrenberg und Karl Busse zu Aken sollen am 24. März d. J. abends durch ein Fenster in die Schankwirtschaft von Brüning jun. gestiegen sein und aus einer Kammer gemeinschaftlich 320 Mark sowie Genußmittel im Werte von 17,05 Mark gestohlen haben. Am 25. März soll Franke auch den Bestohlenen mit Totschießen bedroht haben. Die Ferienstrafkammer stellte aus der Verhandlung fest, daß die Angeklagten völlig unschuldig seien und die ganze Sache erfunden sei, um Geld von der Versicherungsgesellschaft zu erschwindeln. Es erfolgte daher Freisprechung. —

× **Ermittelter Dieb.** Der Dieb, der am Sonntag aus einem verschlossenen Keller in der Moltkestraße eine Rolle Sohlenleder gestohlen hat, ist in der Person des Schuhmachers Otto L. von hier ermittelt worden. Er ist auch der Dieb, der bereits am 10. September v. J. und am 7. Juli d. J. aus dem betreffenden Keller mittels Einbruchs Leder gestohlen hat. —

× **Ein Heiratsschwindler gemeingefährlichster Art** wurde am 3. d. M. in Leipzig in der Person des stellenlosen verheirateten Handlungsgehilfen Emil Jacob, am 26. Oktober 1866 zu Somich geboren, festgenommen. J., der schon länger als 10 Jahre den Heiratsschwindel in großem Umfang betrieben und aus dem unsauberen Gewerbe seinen und seiner Familie Unterhalt bestritten hat, soll auch in Magdeburg innerhalb der letzten 10 Jahre dergleichen Betrügereien ausgeführt haben. Seine Korrespondenz hat er von Leipzig aus geführt. Er hat sich unter anderm auch als Opernsänger ausgegeben. Die hiesige Kriminalpolizei ersucht, daß sich diejenigen Frauen und Mädchen melden, mit denen der Festgenommene in Verbindung getreten ist, selbst wenn sie nicht geschädigt sind. —

× **Gestohlen** wurden hier in der Zeit vom 10. bis 17. d. M. aus einem Zimmer in der Viktoriastraße ein Savoye-Mehrladekarabiner (6 Millimeter); am 17. nachmittags gegen 7½ Uhr vor dem Hause Am Weinhof Nr. 17 ein Fahrrad „Excelsior" (Fabriknummer 444387) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen am Vorder- und gelben am Hinterrad, Freilauf mit Rücktrittbremse und nach oben gebogener Lenkstange; am 19. morgens gegen 6 Uhr vor dem Hause Sternstraße Nr. 25 ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und nach unten gebogener Lenkstange; vormittags gegen 10½ Uhr aus dem Flur des Hauses Alemannstraße Nr. 3 ein Fahrrad „Excelsior" (Fabriknummer 194023) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen und nach oben gebogener Lenkstange. —

— **Nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte** sind von den versicherten Angestellten und ihren Arbeitgebern Vertrauensmänner zu wählen. Diese Vertrauensmänner wählen Beisitzer für den Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse, die Schiedsgerichte und das Oberschiedsgericht und können von der Reichsversicherungsanstalt oder den Rentenausschüssen bei Erledigung ihrer Geschäfte zur Mitwirkung in Anspruch genommen werden. Sie sind also die Vertreter der Beteiligten bei der Ausführung und Handhabung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Die Wahlen der Vertrauensmänner werden voraussichtlich im Herbste d. J. stattfinden. Die Arbeitgeber bedürfen als Ausweis bei der Wahl einer vom Magistrat ausgestellten Bescheinigung über die Zahl der von ihnen regelmäßig beschäftigten versicherten Angestellten. Der Magistrat fordert deshalb die Arbeitgeber, die versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen, auf, Anträge auf Ausstellung des Ausweises einzureichen. In den Anträgen müssen die versicherungspflichtigen Angestellten nach Name und Wohnung einzeln angegeben sein. Die Anträge sind zu richten an die Ausgabestelle für Versicherungskarten. Diese Ausgabestellen sind: das Invalidenversicherungs-Bureau im Sparkassengebäude — Bei der Hauptwache 4-6, I — für die Altstadt einschließlich Wilhelmstadt und Friedrichstadt, im Rathaus Buckau für den Stadtteil Buckau, im Rathaus Sudenburg für die Stadtteile Sudenburg und Lemsdorf, im Rathaus Neustadt für die Stadtteile Neustadt und Rothensee, im Rathaus Cracau für die Stadtteile Cracau und Prester, im Rathaus Fermersleben für den Stadtteil Fermersleben, im Rathaus Salbke für die Stadtteile Salbke und Westerhüsen. Zuständig ist diejenige Ausgabestelle, in deren Bezirk die versicherungspflichtige Beschäftigung stattfindet. Ueber die Wahlberechtigung der Angestellten werden noch andre Bekanntmachungen erlassen. —

× **Unglücksfälle.** Gestern nachmittag gegen 3¾ Uhr stieg die 69 Jahre alte Witwe Henriette F. aus Büden vor dem Stadttheater von einem noch in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 5. Sie kam zu Fall und zog sich eine erhebliche Kopfverletzung zu. Sie wurde von einem Schutzmann nach der altstädtischen Krankenanstalt geschafft, wo sie Aufnahme fand. — An demselben Tage, nachmittags gegen 6 Uhr, wurde der Chausseewärter Albert Schindler, in der Lübecker Straße wohnhaft, in der genannten Straße vor dem Grundstück Nr. 51 von einem Fuhrwerk überfahren und erlitt einen Unterschenkelbruch. Er wurde mittels Sanitätswagens in die altstädtische Krankenanstalt geschafft. Die Schuld soll den Verletzten selbst treffen.

× **Betrüger.** Am 16. d. M., vormittags gegen 9¾ Uhr, ist in ein hiesiges Geschäft ein angeblicher Ingenieur, der Moltkestraße 13 wohnen wollte, gekommen, hat sich Aktentaschen vorlegen lassen und eine solche im Werte von 11 Mark gekauft. Als er bezahlen wollte, gab er an, sein Portemonnaie vergessen zu haben und am Nachmittag bezahlen zu wollen. Da er einen vornehmen Eindruck machte, ist ihm die Tasche mitgegeben worden, jedoch hat sich der Herr Ingenieur nicht wieder sehen lassen und ist in dem Hause, wo er wohnen wollte, nicht bekannt. — In einem hiesigen Fahrradgeschäft hat sich am 17. d. M. ein angeblicher Regierungsbaumeister ein Fahrrad „Bristol" mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und Freilauf mit Rücktrittbremse auf einen Tag geliehen, ist aber bis heute nicht zurückgekehrt. —

— **Von der Feuerwehr.** Am Montag nachmittag wurden die Löschzüge 1 und 3 mehrere Male zum Feuer gerufen. Um 1¾ Uhr rückte Löschzug 3 nach Wasserkunststraße 110. Der dort befindliche Feuermelder war von einem 6jährigen Schüler in unnützer Weise gezogen worden. — Gegen 2 Uhr rückte Löschzug 1 auf eine Feuermeldung vom Böttcherplatz nach Pionierstraße 20. In der 3. Etage waren Bett, Gardinen und Kleidungsstücke durch Spielen mit Streichhölzern in Brand geraten. Die Gefahr wurde schnell beseitigt. — Während dieser Zeit rückte der Löschzug 3 (Neustadt) nach Nachtweide 40/41. In der Papierfabrik von Bestehorn war im Maschinenhaus eine Schalttafel und die dahinter befindliche Holzwand in Brand geraten. Mit dem kleinen Löschgerät wurde die Gefahr beseitigt. —

Konzerte, Theater, Sport rc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Viktoria-Theater. Wir weisen nochmals auf den Beginn der Gastspiele des Charakterkomikers vom Lustspielhaus in Berlin Herrn Franz Arnold hin. Am Donnerstag wird in Form einer Doppelvorstellung das bekannte Blumenthal-Kadelburgsche Lustspiel „Im weißen Rößl" sowie dessen Fortsetzung „Als ich wiederkam" gegeben. Am Freitag geht der auch hier in Magdeburg bei seinen früheren Aufführungen mit so großem Beifall aufgeführte Schwank „Meyers" von Fritz Friedmann-Friederich in Szene, in welchem Stücke Herr Arnold die Rolle des Onkel Moritz spielt. Mit Ende dieses Monats verlieren sämtliche noch außenstehende Dutzendkarten sowie Abonnementskarten ihre Gültigkeit. Die Direktion bittet das Publikum, auf diese Bekanntmachung ganz besonders zu achten, und bis spätestens 31. d. M. die betreffenden Billette zu verwenden.

* Zentraltheater. Von Donnerstag bis Sonntag abend werden in Abänderung des Spielplans noch vier letzte Aufführungen der Operette „Die Dame in Rot" stattfinden. Es ist sehr wohl anzunehmen, daß auch diese vier Vorstellungen ebenso wie die vorhergegangenen 25 vor vollen Häusern sich abspielen werden. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. August 1912.

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Arnold. Beisitzer der Arbeitgeber: Kaufmann Thiele und Direktor Menke: Beisitzer der Arbeitnehmer: Zimmerer Roack und Böttcher Isenice.

Unbezahlte Sonntagsarbeit. Der Arbeiter R. klagte gegen den Fuhrherrn Kraushaar auf Zahlung von 8 Mark Restlohn. Der Kläger war bei dem Beklagten gegen 21 Mark Wochenlohn beschäftigt gewesen. Nach Angabe des Beklagten war der Kläger verpflichtet, für den Lohn auch Sonntags zu arbeiten, während der Kläger behauptete, vereinbart zu haben, daß er Sonntags nur eine Stunde Grünfutter zu mähen hätte. Da er aber während der Heuernte an zwei aufeinander folgenden Sonntagen den ganzen Tag hat tätig sein müssen, verlangte er dafür Extrabezahlung in obiger Höhe. Auf Zureden des Vorsitzenden zahlte der Beklagte vergleichsweise noch 4 Mark an den Kläger, womit dieser einverstanden war und seine Mehrforderung fallen ließ. —

„Abarbeiten". Der Arbeiter Sch. hatte vom Fuhrwerksbesitzer Heine noch 22 Mark Restlohn zu bekommen. Das Geld sowie ein neuer Anzug sind dem Arbeiter von Heine vorenthalten worden, weil Sch. vor 2 Jahren 86 Mark dem H. unterschlagen hatte und sich jetzt verpflichtete, „die alte Schuld abzuarbeiten". Sch. bestritt eine derartige Verpflichtung übernommen zu haben, da er für die Unterschlagung seinerzeit Strafe erhalten hat. Er klagte deshalb auf Zahlung des Lohnes und Herausgabe des Anzugs. Nachdem ein Zeuge bestätigte, daß der Kläger sich tatsächlich verpflichtet habe, die alte Schuld abzuarbeiten, verzichtete der Kläger auf das Geld, verlangte aber die Herausgabe des Anzugs, wozu sich der Beklagte schließlich auch bereit erklärte.

Eine unberechtigte Klage. Der Arbeiter H. klagte gegen den Kaufmann Dichenszig hier auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 21 Mark für 1 Woche wegen kündigungsloser Entlassung und auf Ausstellung einer Arbeitsbescheinigung. Diese auszustellen, erklärte sich der Beklagte bereit, im übrigen aber beantragte er Abweisung. Er behauptete und bewies durch Zeugen, daß laut Vereinbarung jegliche Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Außerdem habe der Kläger durch wiederholte Trunkenheit im Dienste Grund zu sofortiger Entlassung gegeben. Der Kläger, der infolge hochgradiger Erregung zeitweise von der Verhandlung ausgeschlossen wurde, konnte die Beschuldigung nicht widerlegen, meinte aber, daß der Beklagte, der Millionär sei, ihm, dem armen Manne, wohl den Betrag zahlen könnte. Zur Zurücknahme der Klage vermochte er sich nicht zu entschließen und darauf wurde sie auf seine Kosten abgewiesen. —

Letzte Nachrichten.

Der chinesische Reformator ermordet.

Hd. London, 20. August. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Der in San Franzisko lebende Sohn und die Tochter des chinesischen Reformators Sunjatsen erhielten die Nachricht, daß ihr Vater von Soldaten ermordet worden sei. Man ist der Meinung, daß die Tat auf Veranlassung Juanschikais ausgeführt wurde. —

Wb. San Franzisko, 20. August. Im hiesigen Chinesenviertel wurde gestern durch Maueranschläge die angebliche Ermordung von Dr. Sunjatsen bekanntgegeben. Die Nachricht findet im chinesischen Konsulat und bei den chinesischen Zeitungen keinen Glauben. Auch bei den hier lebenden Töchtern Sunjatsens ist keine Bestätigung der Meldung eingegangen. —

* London, 20. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Nach einer stürmischen Sitzung hat die Nationalversammlung mit 52 gegen 11 Stimmen beschlossen, an den Präsidenten Juanschikai eine Petition zu richten, er solle nähere Aufklärung über den Tatbestand geben, auf Grund dessen zwei Offiziere unter der Beschuldigung, sie hätten zu einer neuen Revolution aufzureizen versucht, verhaftet und ohne Urteil erschossen worden sind. Die Petition verlangt in drei Tagen Antwort. Wenn die Antwort unbefriedigend ausfällt, will die Nationalversammlung Juanschikai auffordern, persönlich Erklärungen abzugeben; wenn auch diese Antwort unbefriedigend bleibt, will das Haus Juanschikai oder der gesamten Regierung ein Tadelsvotum aussprechen. Die Hinrichtung der Offiziere hat in der ganzen Provinz Hupe große Erregung hervorgerufen. —

Hd. Berlin, 20. August. (Eig. Drahtb. d. „Volksst.".) Der von der Kriminalpolizei wegen der Nauener Messerstecherei verdächtigte Geisteskranke Harnau hat sich heute selbst gestellt. Er erklärte, daß er der gesuchte Geisteskranke sei. Für die Messeraffäre kommt jedoch Harnau nicht in Betracht. —

* **Bernburg, 20. August. Gestern verunglückte bei Peißen ein Automobil aus Zeitz in Sachsen. Außer dem Bürgermeister Kelp und dessen Frau wurden auch der Fabrikant Räther aus Zeitz und dessen Ehefrau schwer verletzt. Räther erlitt einen schweren Schädelbruch; die Frau hat den Arm und das Schlüsselbein gebrochen. Der Chauffeur ist in der Nacht seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück geschah durch Auffahren an einen Erntewagen. —**

Hd. Oldenburg, 20. August. (Eig. Drahtb. der „Volksst.".) Die im Krankenhause des kleinen Ortes Essen untergebrachte Tochter eines Gastwirts warf in einem Anfall von Geistesgestörtheit ihr 6 Monate altes Kind aus dem Fenster und sprang ihm nach. Beide waren sofort tot. —

Wb. Hamburg, 20. August. Das Zeppelin-Luftschiff „Hansa" ist heute früh 6 Uhr 35 Minuten zu einer Fernfahrt nach der Insel Rügen aufgestiegen. —

Hd. Zürich, 20. August. Auf der Station Wasserauen der Säntisbahn kam gestern ein Wagen ins Rollen, der schließlich auf der Station Gringel in Appenzell auf zwei mit Schulkindern besetzte Wagen auffuhr. Bei dem Anprall wurden zwölf Personen zum Teil erheblich verletzt. —

Hd. Neapel, 20. August. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Gestern abend ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem vier Personen getötet und 29 schwer verletzt wurden. —

* Rom, 20. August. Am Montag nachmittag brach in Rom ein Generalstreik aus, an dem über 30 000 Personen teilnahmen. Die Ursache des Streikes war, daß erschwerende Bestimmungen über die Armenaufnahme in den Spitälern getroffen worden waren. Der Streik dauerte von 4 bis 6 Uhr. Es wurde beschlossen, eine lebhafte Agitation gegen die Neuordnung über die Aufnahme der Armen einzuleiten. —

Wb. Santos, 20. August. Unter den hiesigen Dockarbeitern ist der Generalstreik ausgebrochen. 30 im Hafen liegende Schiffe werden hiervon in Mitleidenschaft gezogen. Man befürchtet allgemein Unruhen. —

Wb. Saragossa, 20. August. Die Zahl der Ausständigen beträgt 6000 Mann. Zurzeit herrscht vollkommene Ruhe. —

Wb. Malaga, 20. August. Die hiesigen Dockarbeiter, die sich zum größten Teil im Ausstand befinden, haben beschlossen, die Arbeit bis zur Proklamierung des Generalstreiks wieder aufzunehmen, um zu vermeiden, daß die Interessen des Hafens geschädigt werden. —

Vereins-Kalender.

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Uebungsstunde bei A. Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. 303

Bund der Arbeiter-Musikvereine Deutschlands, 1. Bezirk. Uebungsstunden finden statt: Dienstag: Konzertina-Verein Mytheria, Magdeburg, Braunehirschstraße 8; Lyra Lemsdorf, Frensels Restaurant; Vorwärts Burg, Restaurant zum goldenen Stiefel, Inh.: Masuhr. Mittwoch: Fidelio Diesdorf, Hölzges Restaurant; Freundschaft Neue Neustadt bei Griethe, Luisenstraße 23; Einigkeit Barleben im Gewerkschaftshaus. Donnerstag: Gut Ton Zerbst, Wegeberg 6. Freitag: Fidelio Buckau bei Köhlitz, Grusonstraße; Konkordia Alte Neustadt, Restaurant zur Krone, Moldenstraße; Lyra Salbke, Restaurant Alb. Gerecke. Sonnabend: Konkordia Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle"; Harmonie Biederitz im „Lindenhof". 1391

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Verein Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt (Luisenpark) Mittwoch; Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Sudenburg (Zerbster Bierhalle) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt (Koppehl, Fabrikenstraße) Freitag; Abt. Alte Neustadt (Krone) Mittwoch; Abt. Altstadt (Friedrichsluft) Freitag; Abt. Rothensee (Kumbiers Lokal) Donnerstag; Abt. Meitzendorf (beim Mitglied Heinrich Wilke) Dienstag; Abt. Dahlenwarsleben (Gasthof zur Darre) jeden Mittwoch. 302

Am Sonnabend den 24. August, abends pünktlich 8½ Uhr, Generalversammlung in der „Krone". 1397

Abt. Altstadt. Mittwoch Abendtour. Abfahrt um 8 Uhr von Thiering, Tischlerkrugstraße 28. 1399

Abt. Alte Neustadt. Am Mittwoch den 21. August Abendtour. Abfahrt 7½ Uhr von der „Krone". 1396

Arbeiter-Radfahrerverein Magdeburg. Sonntag den 25. d. M., vormittags 7 Uhr, Abfahrt zur Bezirkstour nach Kolbitz vom Nikolaiplatz.

Arbeiter-Radfahrerverein, Abt. Sudenburg. Sonntag den 25. August Tour nach Grünewalde. Abfahrt 6½ Uhr vom „Eiskeller".

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Sonntag den 25. August Tour nach Möckern. Abfahrt morgens 7 Uhr vom „Weißen Hirsch", Friedrichplatz. 1393

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Jeden Freitag Uebungsstunde im „Weißen Hirsch". 301

Groß-Ottersleben, Klein-Ottersleben und Beneckenbeck. Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und der Vorstände der Sozialdemokratischen Verein Donnerstag, 22. d. M., abds. 8½ Uhr, bei der Wwe. Strumpf.

Groß-Ottersleben. Mandolinenklub Mandolinette. Jeden Mittwoch abend ½9 Uhr Uebungsstunde bei der Witwe Strumpf.

Lemsdorf. Gesangverein Vorwärts. Mittwoch abend 8½ Uhr Uebungsstunde. Donnerstag Punkt 8 Uhr Generalprobe. 1409

Aschersleben. Arbeiter-Sängerbund. Am Dienstag den 20. August, pünktlich 8½ Uhr, Singestunde bei O. Wilcke, Wassertor. 290

Wettervorhersage.

Mittwoch den 21. August: Wolkig, mäßig warm, keine oder geringe Niederschläge. —

1 Schnitt Bier dazu 1 Kognak (Verschnitt) zus. für 10 Pfg. ▫ „Vier Jahreszeiten“ Ecke Kaiser- und Große Münzstraße
3334

Zahn-Praxis.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich die Zahn-Praxis meines verstorbenen Mannes Dentist **M. Seidel jun.** weiterführe. Ich richte an das zahnleidende Publikum die ergebene Bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen. Ich werde die Zahn-Praxis wie bisher unverändert fortsetzen. Morgens 8—9 Uhr werden Zähne kostenlos gezogen. Rat und Untersuchung ohne Verbindlichkeit. Ich bitte hiervon zahlreichen Gebrauch zu machen, die Zahnleidenden werden in jeder Hinsicht zu ihrer vollsten Zufriedenheit bedient werden. 3374

Sprechzeit von 8 bis 1 Uhr, 2½ bis 7 Uhr.

Praxis-Leiter: **P. Matz, Dentist.**

Hochachtungsvoll

Frau B. Seidel, Zahnatelier
Wilhelmstraße 19, II.

Sudenburg **Geschäftsübernahme!** Sudenburg

Allen meinen Freunden, Bekannten sowie werten Gästen die ergebene Mitteilung, daß ich mein

Restaurant „Jägerheim“, Lutherstr. 24

nach ca. 8jähriger Bewirtschaftung an Herrn **Ernst Wolkenhaar** abgetreten habe. Ich danke herzlich für das mir geschenkte Wohlwollen und bitte dasselbe auf meinen Nachfolger zu übertragen. Hochachtungsvoll

Albert Buchlow.

Bezugnehmend auf obige Anzeige, teile ich den geehrten Einwohnern von M.-Sudenburg u. Umg. mit, daß ich das

Restaurant „Jägerheim“, Lutherstr. 24

käuflich übernommen habe. Ich werde mir die größte Mühe geben, um meine werten Gäste in jeder Beziehung zufriedenzustellen, und bitte mein junges Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll

Ernst Wolkenhaar
Restaurant „Jägerheim“, Lutherstr. 24.

Geräumiges Vereinszimmer zu Versammlungen und Abhaltung von Hochzeitsfeierlichkeiten. **Doppelte Kegelbahn** noch für einige Abende in der Woche frei. 3378

Möbel auf Kredit

kaufen Sie streng reell und gut in meinem weitaus größten und bekanntestem Kredithaus am Platze

Für nur 10.00 Mk. Anzahlung	Für nur 15.00 Mk. Anzahlung
1 Bettstelle	1 Bettstelle
1 Matratze	1 Matratze
1 Keilkissen	1 Kleiderschrank
1 Kleiderschrank	1 Tisch
1 Tisch	4 Stühle
2 Stühle	1 Spiegel
Wöchentl. Rate 1.00 Mk.	1 Küchenschrank
	1 Küchentisch
	1 Küchenstuhl

S. Osswald
Waren-Kreditgeschäft
Magdeburg, Alte Ulrichstraße 14

Ab Strombrücke. Ab Strombrücke.

Ab 20. August cr.

Vorm.	Nachm.				Vorm.	Nachm.
7.20	2.45	ab	Magdeburg	an	11.15	8.00
8.10	3.35	ab	Loftau	an	10.00	6.45
8.20	3.45	ab	Hohenwarthe	an	9.45	6.30
8.50	4.15	an	Niegripp	ab	9.00	5.45

Alle bisher gültig gewesenen Fahrzeiten kommen vom genannten Tage an in Wegfall.

An den Sonntagen werden noch Dampfer eingelegt, deren Fahrzeiten durch besondere Annonce einen Tag vorher bekanntgemacht werden.

3355 **Heinrich Schröder.**

Colosseum

Vom 21. bis 23. August

Die Rache ist mein

die Lebensgeschichte einer [illegible], großes Drama in 3 Akten.

Das Kronprinzenrennen zu Magdeburg hochinteressante, lebende Aufnahmen — u. a. m.

Einen außergewöhnlich

günstigen Butter-Einkauf

biete ich wieder einmal den verehrl. Magdeburger Hausfrauen.

Dienstag, 20. August, bis inkl. Sonntag, 25. August

gewähre ich auf meine bisherigen Butterpreise einen doppelten Rabatt, ☛ also 10 Prozent ☚

Die Preise stellen sich demnach wie folgt:

A. H. Völkers gesetzlich geschützte Elite-Buttermarke „Magdeburger Schnabelweide“

Pfund **1.60** mit 10% Rabatt = netto **1.44**

Dieses hocharomatische, köstliche Butterprodukt, woran sich Tausende Familien delektieren, möchte ich ganz besonders empfehlen.

Feinste frische Molkereibutter Pfund 1.55 mit 10% Rabatt = netto **1.40**

Feine Molkereibutter für Koch- und Bratzwecke . . Pfund 1.45 mit 10% Rabatt = netto **1.31**

Der gute Ruf, der A. H. Völkers gesetzlich geschützter Elite-Butter-Marke „Magdeburger Schnabelweide“ vorangeht, läßt mich hoffen, daß auch diejenigen Familien, denen obige Marke bisher nur dem Namen nach bekannt ist, die Ausnahmetage zu einem Probeeinkauf benutzen werden.

A. H. Völker

Fernspr. 1406 **Butterhandlungen** Fernspr. 1406
Jakobstr. 5 — Jakobstr. 21 — Gustav-Adolf-Str. 39
Grünearmstraße 9/10 — Breiteweg 252 3372
Buckau, Schönebecker Straße 109a
Sudenburg, Halberstädter Straße 41
Wilhelmstadt, Butterhandlung Alpenrose, Annastr. 22

Damenbinden Dtzd. **60** ₰
Wundwatte, 250 Gramm 50 ₰ an
Doppelgummi-Bettstoff m 2.50
Irrigator, komplett, von 1.00 an
Zinndruckspritze von 2.00 an
Aluminiumspr. m. 2 Rohr 2.50
Gummispritz. f. alle Zwecke 3.50
Fieberthermomet. 75 ₰ u. 1.00
Badethermometer in Holz 30 ₰
☛ Lebenswecker 4.50 ☚
Das richtige Oel dazu 2.25
sowie Leibbinden, Luftkissen, Suspensorien, Bruchbänder, Gummistrümpfe, Stechbecken, sämtl. Badeartikel, Seifen, Odol, Zahnbürsten usw., überhaupt alle Artikel zur 3251
Kranken- u. Gesundheitspflege
Wöchnerinnen u. Säuglinge.
Auf Wunsch Herren- oder Damenbedienung. 5% Rabatt.
Versand auch nach auswärts.
Rud. Brüning, Magdeburg-B.
Schönebeck. St. 21, [illegible]

Leih-Haus

Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
(Gegr. 1881) 3176
Höchst-Beleihung jeder Wertsache. Strengste Verschwiegenheit.

Verkaufe
1 Posten Zigarren
10 Pf. zu 7 Pf.
8 Pf. zu 6 Pf.
7 Pf. zu 5 Pf.
reelle Ware, auch in Kisten von 100 Stück. Gefl. Angebote unter L 3376 an die Expedition dieses Blattes erbeten. 3376

Möbel 2176
[illegible]
Steinborn, [illegible] Str. 21, I.

1. Kunst-Stopferei Oskar Staake,
Herren- und Damen-Garderobe, Teppiche usw. **Breiteweg 116.**

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Fernspr. 2841 **Gr. Münzstraße 3.** Fernspr. 2841

Unentgeltliche Auskunft an alle Personen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Außer der Auskunftszeit und am Sonnabend nachmittag und Sonntags ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen.

Waschen Sie schon mit Kluges Seifensalmiak? 3219

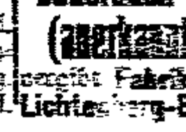
Wurstwaren eig. Schlachtung empfiehlt
R. Höflich, Gr. Mühlenstr. 13.

Ein Posten Kinderwagen
Gelegenheitskauf, 30 Proz. billiger
Straßburger Str. 4, pt.

Möbeltransporte
mit modernen gepolsterten Verschlußmöbelwagen aller Längen innerhalb der Stadt, per Achse über Land sowie ohne Umladung nach allen Plätzen übernimmt bei billigster Berechnung 3218
Ernst Franke, Freie Straße 2/4, fr. Langguths Fabr.

Damenuhr mit Kette preiswert zu verkaufen.
Martin Broska bei Heinemann, Friseur, Moldenstraße 54.

Kaufe bis Mittwoch
Kanarienhähne und -weibchen
bezahle für Hähne pro Stück 3.00 Mk.
J. Tischler, Annastr. 25.


Mittwoch 3256
Frische Wurst
A. Weber Nachf.
R. Dedlow, Schwarzestr. 9.

Dauernden Nebenverdienst (anerkannt reelle Sache) 0108
vergibt Fabrik Gärtheim, Neu-Lichtenberg-Berlin, [illegible] 72.

Tillys Berge.

☛ Heute ☚ 3322
Großes Freikonzert.

Vom 21. bis 23. August

Schlager

Auf dem Kriegspfad

großes aufregendes amerik. Indianer-Drama.

Ferner:

2 weitere packende Dramen!

Tüchtige
Schwarzblech-Klempner
für verzinkte Haushaltartikel gesucht. Stundenlohn 50—60 Pf.
Wilh. J. Uerlichs junior
Düren (Rheinland). 4410

Jungen tüchtigen **Zigarrenmacher** sucht sofort 2189
Herm. Thiele, Olvenstedt.

Lemsdorf, Reinstedter Str. 25
2 Stub., Kam., Küche z. 1. Oktober

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.

Mittwoch: Salzkartoffeln mit Heringsklops.
Donnerstag: Linsen mit Schweinefleisch.
Freitag: Schellfisch mit Mostrichsauce und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Rippenspeck.
Frauen-Speisesaal parterre.

Neuhaldensleben.

C. V. N.

Kleine Marken einwechseln! 3377

Sonntag den 1. September

Markenabnahme.

Stephanshallen

— Dir. Rich. Froherz. —
Abends 8 Uhr 3160
Varieté-Vorstellung.
Streng dezentes Programm für Familien-Publikum.
☛ Vorzeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Burg-Palast-Theater

Spielplan:

Wochenbericht des Palast-Theaters, aktuell. — U. a.:
Der Brand der Hildebrandtschen Mühle in Magdeburg.
Das große englische Flottenmanöver.
Der berühmte Heidelberger Wasserkorso auf dem Neckar.
U. a. m.
Die List der Verliebten, komisches Intermezzo.
Tonspiel: **Cowboy-Tanz.**
Familie Lustig auf dem Wasser, großartige Burleske.
Die beiden Büßer, ergreifendes und spannendes Drama.

In letzter Stunde!
Rührendes Liebesdrama aus den vornehmen Gesellschaftskreisen in 2 Akten.

Diverse Einlagen.

Zu diesem seriösen Programm ladet freundlichst ein
3288 **Die Direktion.**

Lichtspiel-Haus Salbke

Nur Dienstag und Mittwoch
Um fremde Schuld
großes Sittendrama in drei Abteilungen.
Außerdem **7 große Schlager.**
Freitag neues Programm.
Donnerstag geschlossen.

Viktoria-Theater

Direktion: **Hans Knapp.**

Mittwoch den 21. August
Zum unbedingt letztenmal, da andrer Dispositionen wegen eine weitere Aufführung unmöglich.
Die Damen des Regiments, Schwank in 3 Akten von Horst und Lippschitz.

Donnerstag den 22. August
Erstes Gastspiel des bekannten und beliebten Charakterkomikers Herrn **Franz Arnold** vom Lustspielhaus in Berlin.
Doppelvorstellung:
Im weißen Rößl.
Hierauf: **Als ich wiederkam.**
Von Blumenthal und Kadelburg.

Freitag, letztes Gastspiel **Franz Arnold.**
Meyers.
Schwank in 3 Akten v. Friederich.

Burg Donnerstag, 22. August Burg
Frische Wurst.
Carl Jesse, Holzstraße.

ZENTRAL-THEATER

Donnerstag
Freitag
Sonnabend
Sonntag

Letzte 4 Tage:

Die Dame in Rot.

Der unverminderte sensationelle Erfolg, welchen dieses Meisterwerk nach wie vor erzielt hat, ist für die Direktion Veranlassung gewesen, an Stelle der angekündigten Operette für die letzten Tage der Saison „Die Dame in Rot“ auf dem Spielplan zu belassen.

Von der Reise zurück
Dr. Thesing
Jakobstrasse 18.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Nachruf.

Am Sonntag den 18. d. M. starb unser Mitglied, der Milchhändler 3121

Karl Heinemann

im Alter von 41 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Neustädter Friedhofs aus statt.

Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Chauffeure
Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.

Am Sonntag den 18. August verstarb plötzlich und unerwartet in Ausübung seines Berufs unser Kollege, der Chauffeur

Karl Reinicke

infolge eines Unfalls im Alter von 28 Jahren. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 21. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sudenburger Friedhofs aus statt.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 194. Magdeburg, Mittwoch den 21. August 1912. 23. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

Gesundheitspflege in Kleinstädten und Landgemeinden.

II. (Schluß.)

Die leidige Bedürfnisfrage! Daß diese, wo es gilt, Bäder zu schaffen, ohne weiteres bejaht werden muß, ja daß sie in den kleinern Städten und Gemeinden noch mehr zu bejahen ist als in den größern, liegt klar auf der Hand. Abgesehen davon, daß jedem gesunden Menschen, wie schon erwähnt, wöchentlich mindestens ein Bad zukommen muß, ganz gleich, ob er sich schmutzig oder rein dünkt, ob er eine reinliche oder schmutzige Beschäftigung verrichtet, kommt bei den Bewohnern mittlerer und kleinerer Orte noch als erschwerend hinzu, daß sie außerhalb ihrer Beschäftigung viel mehr dem Schmutz und dem Staub ausgesetzt sind als die Bewohner größerer Städte. Man denke sich bloß die riesige Staubentwicklung in den kleinern Orten während des Sommers. Die Straßen, meist ungepflastert oder nur beschottert, werden meist nicht besprengt, und es mag noch so trocken sein. Der Regen hat die Staublöschung zu besorgen, ist der Staub in Schlamm oder Schmutz umgewandelt, so liegt er oft lange, bevor er beseitigt wird, und wird inzwischen zu wiederholten Malen zu Staub umgewandelt. Der leiseste Windhauch wirbelt ihn auf und jagt ihn davon, jung und alt belästigend, sofern sie gegen derartige Einwirkungen überhaupt noch nicht abgestumpft sind und das Lästige der Staubentwicklung noch verspüren. Die Bewohner einer größern Stadt, deren Straßen ausreichend besprengt werden, kennen solche Uebelstände nicht, Kleidung, Schuhwerk und Weißwäsche halten sich viel länger sauber, und auch der Körper ist der Einwirkung des Staubes nicht so stark ausgesetzt.

Die Menschen sind demnach auf dem Lande viel leichter gefährlichen Krankheiten ausgesetzt als in den größern Städten, die auf Reinlichkeit halten und öffentliche Gesundheitspflege betreiben. Die Krankheitsziffern, die auf dem Lande, in den mittlern und kleinern Städten oft noch höher sind als in den Großstädten, haben neben der schlechten Ernährung und den elenden Wohnungsverhältnissen ihre Hauptursache mit in der ungenügenden Gesundheitspflege seitens der Gemeinden. Wie kann es auch anders sein, wenn in so vielen Gemeinden nicht einmal Badegelegenheit vorhanden ist, um sich von dem reichlichen Schmutz zu säubern und die Haut elastisch und widerstandsfähig zu machen. Würde den Gesundheitsverhältnissen auf dem Lande die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet wie in den Großstädten, es käme in der Tat schauerliches Material zutage. Vor allem dort, wo sich Industrie angesiedelt hat, ist das Gesundheitsverhältnis sehr schlecht, da es den Arbeitern gar nicht möglich ist, dem Körper so viel Bewegung in guter Luft zu verschaffen, daß alle Gifte ausgeschieden werden.

Die Forderung nach öffentlicher Gesundheitspflege muß also auch in den Landgemeinden und Kleinstädten mit allem Nachdruck erhoben werden. Sie ist hier notwendiger als in den Großstädten. Obenan muß bei dieser Forderung das Verlangen nach öffentlichen Badeanstalten gestellt werden, die mit dem Gesundheitswesen eng zusammenhängen. Dabei muß vor allem der Kinder gedacht werden. Bei dem allgemeinen Tiefstand des Volksschulwesens ist in nächster Zeit gar nicht daran zu denken, daß die Kleinstädte und Landgemeinden Schulbäder errichten, wo sie doch selbst für die Allgemeinheit das Bedürfnis für öffentliche Badeanstalten nicht anerkennen. So sind also schon im Interesse der jungen Generation Volksbäder dringend vonnöten, die freilich ganz besonders der Jugend unentgeltlich offenstehen müßten, damit sie unter Anleitung eines Lehrers oder sonst einer geeigneten Person wöchentlich mindestens einmal ihre Körper erfrischen könnte.

Das tut dringend not. Wie oft müssen die Kinder auf dem Lande zu zweit oder zu dritt in einem Bette schlafen, das nur selten frisch bezogen wird. Aller Schmutz wird in dieser Lagerstätte abgelagert. Die Eltern, meist durch Arbeit in Anspruch genommen, können sich der Pflege nicht hingeben oder sind nicht genügend bemittelt dazu. Daher auch das grause Elend unter den Kindern auf dem Lande. Bäder für sie wären schon ein wahrer Segen und würden allein ihrer Gesundheit äußerst fördernd und dienlich sein.

Bisher wurde in den meisten Landgemeinden der Gesundheitspflege nur wenig Beachtung geschenkt. Man hielt allgemein an der veralteten Anschauung fest, daß es sich auf dem Lande besser und gesünder leben ließe. Die Gesundheits- und Sterblichkeitsziffern sprechen aber oft genug das Gegenteil aus. Sie besagen uns mit aller Deutlichkeit, daß auf dem Lande, in den Gemeinden und Kleinstädten, sehr vieles im argen liegt, daß es ebensoviel, oft genug sogar noch mehr, zu verbessern gibt als in den Großstädten.

Die wichtigsten Gegenwartsforderungen sind: Größere Aufmerksamkeit der Gesundheitspflege gegenüber, Schaffung von Kanalisation in allen größern Gemeinden, regelmäßige Reinigung und Besprengung der Straßen, öffentliche Badeanstalten und Freibäder, wo es auch nur möglich ist.

Sind diese Forderungen in die Tat umgesetzt, dann wird wirklich die Zeit gekommen sein, wo es sich auf dem Lande besser und gesünder leben läßt. Gegenwärtig kann davon nicht immer die Rede sein. —

Der Sozialdemokratische Verein für den Kreis Wanzleben

stellt seinen Mitgliedern in den nächsten Ortsgruppenversammlungen den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1911/12 zu. Der Bericht konstatiert zunächst die Tatsache, daß die Reichstagswahl nicht nur das Mandat brachte, sondern daß der Wahlsieg so glänzend ausfiel, daß die Sozialdemokratie mit 52,6 Prozent der eingeschriebenen Wähler an der Spitze aller Wahlkreise der ganzen Provinz Sachsen steht. Die eingeschriebene Wählerzahl betrug 21 054, 19 422 gültige Stimmen wurden abgegeben, davon stimmten 11 090 für die Sozialdemokratie. In recht übersichtlicher Weise bringt der Bericht eine tabellarische Zusammenstellung über die Ergebnisse der Reichstagswahlen seit dem Jahre 1890. Beim Studium dieser Zahlen zeigt sich so recht deutlich, wie fortgesetzte unermüdliche Agitation zu immer größern Fortschritten führt. Unermüdlich ist auch im letzten Wahlkampf gearbeitet worden, 388 872 Exemplare der verschiedensten Drucksachen sind an die Wähler verabfolgt worden. Im Durchschnitt entfallen also auf jeden Reichstagswähler 18 Exemplare.

Auch die Versammlungstätigkeit, unter die auch der Besuch gegnerischer Versammlungen fällt, ist eine recht rege gewesen. In Schnee und Eis unter freiem Himmel oder im luftigen Zelte haben auch da, wo der Partei kein Lokal zur Verfügung stand, die Redner der Partei ihres Amtes gewaltet. Der Bericht konstatiert die Tatsache, daß der Wahlkampf des Jahres 1907 die Mittel zur Führung des Kampfes deckte, daß aber im letzten Wahlkampf die Kreiskasse einen Zuschuß von 3240 Mark beisteuern mußte.

Angesichts der gewaltigen Anstrengungen, die die Außenarbeit erforderte, ist denn auch nicht nur das finanzielle Ergebnis ein unbefriedigendes geblieben, auch die Mitgliederzahl sowie der Abonnentenstand der „Volksstimme" ist hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben. Beträgt doch die Zunahme an Mitgliedern nur 172, die an Abonnenten 536. Dringend weist der Bericht darauf hin, daß die Generalversammlung Mittel und Wege finden muß, um die hier zutage getretenen Lücken auszufüllen.

Die stattgefundenen Gemeinderatswahlen waren ebenfalls von Erfolg gekrönt. In zehn Orten sind 21 Genossen in den Gemeindevertretungen tätig. Diese Zahl ist zurückgegangen, weil ja die Orte Fermersleben, Salbke und Westerhüsen und Lemsdorf, in denen wir bisher die Mandate der 3. Klasse beherrschten und zum Teil auch schon in die zweite eingedrungen waren, Magdeburg angegliedert wurden. Hier finden die Wahlen, die uns auch zweifellos Mandate bringen werden, erst im November statt.

Daß die Verwaltungstätigkeit eine sehr umfangreiche gewesen ist, zeigt der Bericht ebenfalls. Besonders interessant ist hier, daß die Rechtsauskunft, die nach einem Beschluß des Vorstandes und der Kontrollkommission eingestellt werden sollte, nur von 561 auf 497 Fälle zurückgegangen ist. Die Genossen aus den Hinterdörfern des Kreises halten an der alten Gewohnheit, sich an den Genossen Klotsch zu wenden, fest. Eine Abweisung lag nicht im Interesse der Organisation.

Recht interessant sind auch die Mitteilungen über die Jugendbewegung. Sind es zunächst nur 261 Jugendliche, die auf die „Arbeiter-Jugend" abonniert haben, so steht doch zu hoffen, daß es auch auf diesem Gebiet vorwärts gehen wird.

Alles in allem spiegelt der Bericht eine recht intensive Tätigkeit wider. Wenn auch nicht in allen Fällen der Erfolg ein zufriedenstellender gewesen ist, kann doch wieder konstatiert werden, daß es vorwärts gegangen ist. —

Althaldensleben, 20. August. (Erstes Arbeiterfest.) Am Sonntag veranstaltete das Gewerkschaftskartell im Petersschen Lokal ein Gewerkschaftsfest, welches mit einem Umzug durch die festlich geschmückten Straßen des Dorfes eingeleitet wurde. An dem Umzug nahmen zirka 1000 Personen teil. Der Besuch war ein äußerst guter; Garten und Saal sowie die übrigen Räume des Petersschen Lokals waren dicht besetzt. Die Festrede hielt Genosse Baumann (Magdeburg). Am frühen Morgen mußten auf Veranlassung des Amtsvorstehers aus einigen Girlanden kleine rote und äußerst staatsgefährliche Papierschleifen entfernt werden. Die Althaldensleber Staatserhaltenden konnten danach wieder ruhig schlafen.

Aschersleben, 20. August. (Die öffentliche Versammlung) am Sonntag vormittag im „Bellevue" war gut besucht. Genosse Adolf Hoffmann (Berlin) legte seinem Vortrag den Text des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" zugrunde. Er verwies auf den Dichter Hoffmann von Fallersleben, welcher vor 71 Jahren, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, das Lied erstehen ließ. Niemals habe der Dichter der Tendenz damit Ausdruck geben wollen, die dem Liede von Radauantisemiten und dem übrigen patriotischen Klüngel untergelegt wird. Redner ging auf die Vorkommnisse der letzten Tage im Ruhrgebiet ein. Die Tätigkeit der Sicherheitsmänner erleide durch die Grubenverwaltungen große Beeinträchtigungen. Hier habe es zu geschehen, daß zu „Schutz und Trutz", wie es in dem Liede heißt, die Bergarbeiter zusammenhalten müssen, wollen sie Leben und Gesundheit sichern. Forderungen der Arbeiter nach genügendem Schutze haben durch die geringe Zahl der Arbeitervertreter im Landtag keinen Widerhall gefunden, so daß von einem Schutze nicht gesprochen werden kann. Die in Charlottenburg bestehende Ausstellung über Arbeiterschutz enthalte zwar die geeigneten Vorrichtungen, aber mit der Einführung hapert es. Möge nach so schweren Katastrophen die Privatwohltätigkeit eingreifen, niemals könne mit solchen Mitteln durchgreifend gewirkt werden. Neben der Forderung des durchgreifenden Schutzes für Leben und Gesundheit muß für menschenwürdige Lebenshaltung gleichfalls Sorge getragen werden. Die Aufhebung des Schutzzolls auf die notwendigsten Lebensmittel und die Einführung der hier mangelnden Schlachttiere muß mit Nachdruck gefordert werden. Geschieht in dieser Beziehung von der Regierung und den Machthabern in der Gesetzgebung etwas, daß die arbeitende Bevölkerung entlastet wird und frei atmen kann, so wird jeder Arbeiter im Sinne des Dichters sagen: „Deutschland, Deutschland über alles." Großer Beifall folgte den Ausführungen. Greiner und Rößler sprachen in der Diskussion über die persönliche und politische Bevormundung der Arbeiter durch die Kaliwerksleitung. Echt christlich sei es zu bezeichnen, wenn Arbeiter ihrer Ueberzeugung gemäß sich betätigen und dafür mit der Hungerpeitsche gezüchtigt werden. Die Versammlung brachte den so betroffenen Arbeitern des Kaliwerks ihre Sympathie zum Ausdruck. In einem Schlußwort forderte Genosse Greiner zum Anschluß an die politische Organisation, auch zum Abonnement der „Volksstimme" auf. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. —

— (Im „Anzeiger") leistet sich ein Herr Maaß aus Aschersleben eine kritische Beurteilung der Sozialdemokratie. Er schreibt: „Selbst ist der Mann. Wahrhaft groß ist der Mann, der das Rechte mit festem Entschluß ergreift, den lockenden Versprechungen widersteht, die schwersten Lasten geduldig trägt, in den Stürmen des Lebens unerschrocken bleibt und mit unerschütterlichem Vertrauen auf Gott baut." Wer diese Grundsätze verfolge, erreiche ein höheres Ziel als es die Sozialdemokratie mit ihrem Zukunftsstaat bieten könne. Der Verfasser dieser „bedeutsamen" Worte ist von Beruf Lehrer, und ist dank seiner idealen Grundsätze als solcher pensioniert worden. Denen, die unter seiner Lehrtätigkeit gestanden haben, dürfte durch die Pensionierung in ihrer geistigen Entwicklung kein Nachteil entstehen. —

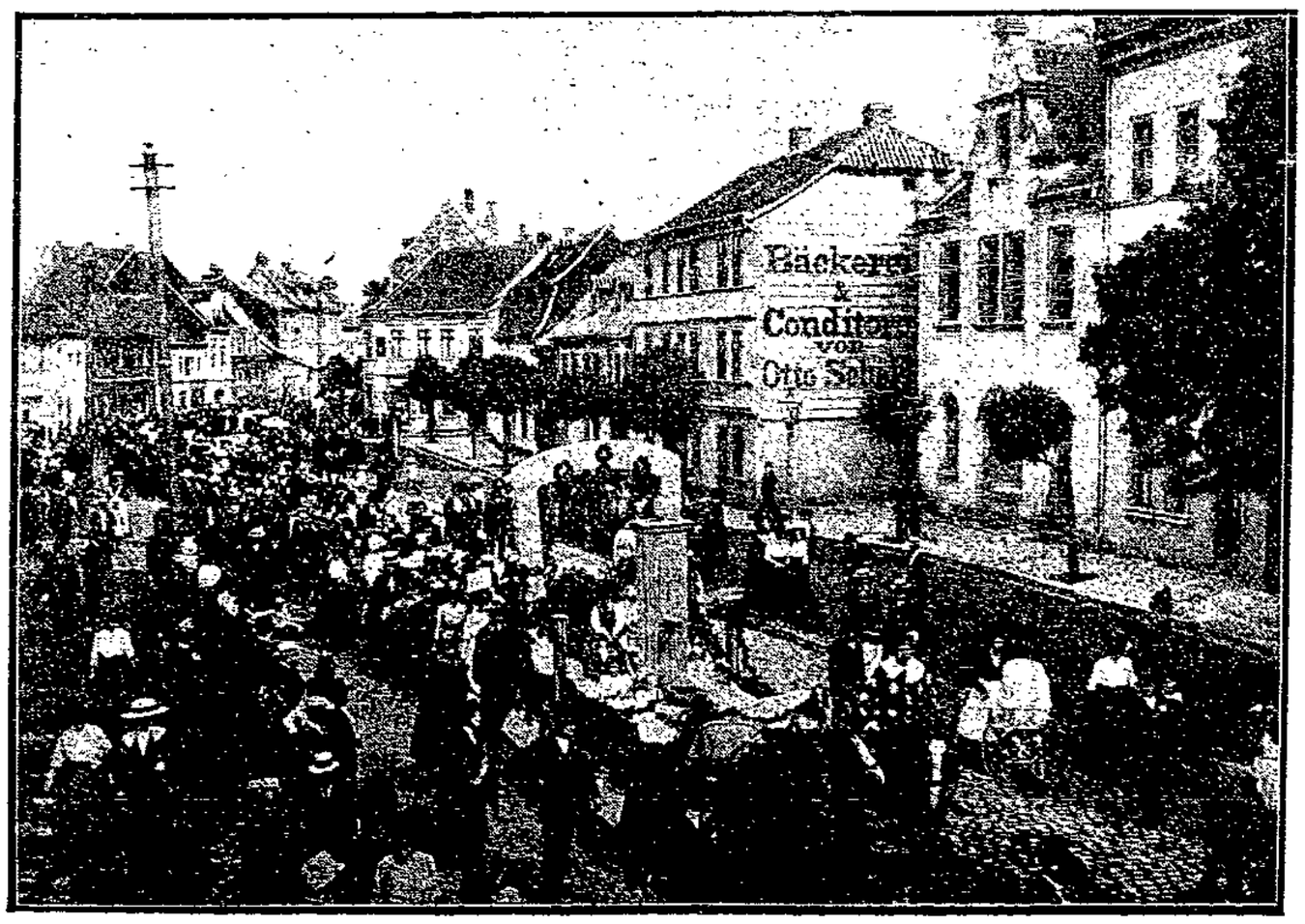
— (Die Wählerliste) zur Stadtverordnetenwahl für die 3. Abteilung liegt bei Greiner, Staßfurter Höhe 5, zur Einsicht aus. Bei schriftlicher Aufstellung von Wählerlisten wolle man den Steuersatz, zu welchem der einzelne veranlagt ist, mit anführen. Es erleichtert das die Einsichtnahme ganz bedeutend.

Frohse, 20. August. (Ueber die Anlage der elektrischen Bahn von Magdeburg nach Schönebeck) wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung in Frohse mitgeteilt, daß Stadtrat Wandel (Schönebeck) Einspruch erhoben hat gegen den Bau der Bahn, wenn sie an der Staatsbahn entlang geführt werden sollte, wie beabsichtigt wurde. Bei diesem Projekt würde die Bahn um Frohse herumgeführt werden müssen und in die Frohser Wilhelmstraße einmünden, hierbei müßten Gleise und Weichen der Staatsbahn gekreuzt werden. Dies würde aber zu Unzuträglichkeiten aller Art führen. Falls diesem Einspruch stattgegeben wird, so besteht die Möglichkeit, daß die Bahn durch Frohse hindurch geführt werden wird. Diese Möglichkeit würde von den Anwohnern mit Freuden begrüßt werden und die Benutzung der Bahn erhöhen. —

Gardelegen, 20. August. (Sittlichkeitsvergehen.) Seit längerer Zeit machte sich der annähernd 70 Jahre alte Arbeiter L. Wenkel unsittlicher Handlungen an Kindern schuldig. Mit Bonbons machte er sich Mädchen im Alter von 6 bis 8 Jahren gefügig. Sein schändliches Treiben kam dieser Tage zu Wissen der Polizei. Als man ihn verhaften wollte, war er verschwunden. Er gab an, wenn die Polizei schon um sein Treiben wüßte, wäre es besser, er nehme sich das Leben. Seit Sonntag ist er verschwunden. Wenkel ist Veteran vom Feldzug 1870/71 und Invalidenrentner. —

Genthin, 20. August. (Das Gewerkschaftsfest) fand bei herrlichstem Wetter am Sonntag statt. Ueber 300 Personen haben sich am Festzug beteiligt, der aber nicht ins Lokal ging, sondern sich am Marktplatz auflöste, da unsre berühmten schmalen Straßen zu gefährlich sind. Interessiert sah die Bürgerschaft den stattlichen Zug,

Vom Harzgau-Sängerbundesfest in Aschersleben: Die Spitze des Festzugs.



Vom Harzgau-Sängerbundesfest in Aschersleben: Wagen aus dem Festzug: „Am Brunnen vor dem Tore."

aber kein Zeichen verriet, daß sie empört war darüber, wie man uns in der Ablehnung der bisher geplanten Festzüge glauben machen wollte. Im Clementschen Lokal entwickelte sich ein lebhaftes Treiben; jubelnden Beifall löste die Festrede des Genossen Undeutsch aus. Alle Teilnehmer werden befriedigt sein. —

Halberstadt, 21. August. (Verkehrshindernis.) Weil die Huystraße kanalisiert wird, bleibt für den Verkehr nach dem Knatterberg nur ein schmaler Streifen. Als ein Fuhrwerk des Herrn Riegler die Stelle passierte, scheute eins der Pferde und stürzte in die Ausschachtung. In kurzer Zeit sammelte sich eine Reihe Fuhrwerke an, die nicht durch konnten, bis das Pferd mittels Winden herausgezogen war.

— (Unfall auf dem Flugplatz.) Durch die Schuld der Zuschauer ereignete sich bei den Probeflügen ein Unfall. Ein Doppeldecker, den ein Flugschüler lenkte, kam von der Startlinie ab. Der Führer wurde irregeführt durch die Zuschauer, die zum Teil vor der Hürde standen, und fuhr, trotzdem er den Apparat noch im letzten Augenblick herumriß, in die Hürde, wobei das rechte Tragdeck brach. Eine Dame konnte dem mit voller Tourenzahl laufenden Flugzeug nicht mehr ausweichen, hatte aber die Geistesgegenwart, sich rasch zur Erde zu werfen, wodurch ein größerer Unfall verhütet wurde. Das Publikum wird ersucht, nicht über die Baumreihe hinauszugehen, zumal jetzt, wo die Flugschüler allein Flüge machen und selbstverständlich die Sicherheit im Lenken des Flugzeugs noch nicht besitzen. —

Neuhaldensleben, 20. August. (Durchgegangen) ist am Sonnabend gegen Abend das Pferd des Herrn Fiering hier. Das Tier raste mit der Wagendeichsel die Süplinger Straße hinein und geriet hier auf den Fußweg, wo gerade die Botenfrau Wenz aus Bodendorf an ihrem Handwagen beschäftigt war. Frau Wenz wurde von der Deichsel gegen das Knie getroffen und erlitt derartige Verletzungen, daß Sanitätsrat Dr. Otto herbeigerufen werden mußte. Auch das Pferd hatte sich durch die auf der Erde schleifende Deichsel Verletzungen an den Beinen zugezogen, so daß es sich als notwendig erwies, einen Tierarzt zu Rate zu ziehen. Ein hiesiges Gespann brachte Frau Wenz nach ihrer Wohnung in Bodendorf zurück. —

Staßfurt, 20. August. (Der Streik bei Sauerbrey) hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Am Montag sind ihm auch die Former und sonstigen Gießereiarbeiter sowie die Tischler beigetreten, so daß der Betrieb nur noch mit den Meistern, Lehrlingen und einigen, die nicht anders können, aufrechterhalten wird. Die Aussichten für die Streikenden sind sehr günstig, da die Fabrik mit Arbeiten überhäuft ist. Die „Staßf. Ztg." weiß immer noch nichts von dem Streike. —

— (Das Gewerkschaftsfest) war wider alle Voraussicht vom schönsten Wetter begünstigt. Aus der nächsten Umgegend haben sich eine beträchtliche Anzahl Kollegen beteiligt, und so zählte der Umzug 1200 bis 1400 Teilnehmer. Das Erstaunen war groß in Staßfurt — so etwas hatte man noch nicht gesehen. Die Räumlichkeiten des „Fürstenhofs" erwiesen sich als viel zu klein und in starken Trupps zog man nach dem „Hofjäger" ab, von dem bereits bekannt war, daß dort am Mittwoch nach jahrelanger Pause wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, zu der unser Reichstagsabgeordneter Genosse Albrecht als Redner gewonnen ist. Genosse Albrecht hielt auch auf dem Gewerkschaftsfest eine packende und wirkungsvolle Festrede, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Auch die sonstigen Festesdarbietungen haben lebhafte Befriedigung hervorgerufen. —

Tangermünde, 20. August. (Wie Mattstedt Arbeitswillige bekam.) Am Freitag den 16. d. M. wurden hier zwei zugereiste fremde Tischler von der Polizei nach der Wache gebracht. Wenn auch der eine Tischler darüber nicht sehr verwundert war, weil er sich nicht recht durch Papiere ausweisen konnte, so doch der andre, der alles in Ordnung hatte. Doch bald erschien ihm die Sache in einem andern Lichte. Denn wie durch Zufall kam der Tischlermeister Mattstedt bald nachher in das Wachtlokal und bot den beiden Arbeit an, die sie denn auch annahmen. Nun ist es aber merkwürdig, daß gerade Herr Mattstedt zu dieser Zeit zufällig etwas im Wachtlokal zu besorgen hat. Wie auch in der „Volksstimme" bekanntgegeben wurde, streiken seit längerer Zeit die Gesellen des Herrn Mattstedt, weil sie Rausreißerdienste für eine bestreikte Firma von außerhalb leisten sollten. Die Polizei legt in dieser Sache einen besondern Eifer an den Tag. Schon frühmorgens, lange vor Beginn der Arbeitszeit, kann man häufig ein besonders eifriges Mitglied unsrer Polizei auf Posten sehen, die die Beamten für gewöhnlich nicht einzunehmen pflegen. Diese Fürsorge für das Unternehmertum kollidiert aber mit den Interessen der streikenden Tischler, die der Polizei eben so hoch stehen sollen wie die Interessen der Unternehmer. Viel Freude hat Herr Mattstedt nicht an den beiden Fremden gehabt, denn schon am Sonnabend den 17. August wurden sie ihm wieder abtrünnig. Sie erklärten, daß es ihnen doch nicht passe, Streikbrecher zu spielen. Auch passe ihnen die Werkstätte nicht, weil das Werkzeug so mangelhaft sei. —

— (Unfall.) Am Freitag nachmittag erlitt der Maurer Wilhelm Schulz, Friedrichstraße 47, auf dem Bau des Klempnermeisters Seiler in der Lindenstraße dadurch einen Unfall, daß er vom Gerüst stürzte. Er zog sich eine schwere Verstauchung des linken Armes zu. Außerdem erlitt Schulz erhebliche Verletzungen am rechten Arm und am Kopfe. —

Welsleben, 20. August. (Straßenbeleuchtung.) Es wird nun für die Behörde Zeit, für etwas Straßenbeleuchtung zu sorgen. Oder wartet man erst, bis Leute in ein Wasserloch oder über Steinberge fallen, oder gegen Ackerwagen, die vor Schmiede- und Stellmacherwerkstätten stehen, rennen? Trotzdem schon oftmals darauf hingewiesen wurde, werden keine Anstalten gemacht, hier Abhilfe zu schaffen. —

Wernigerode, 20. August. (Billige Sonderfahrt.) Am Sonntag den 25. d. M. findet eine billige Sonderfahrt von Wernigerode nach Nordhausen und dem Kyffhäuser statt. Der Fahrpreis 3. Klasse für Hin- und Rückfahrt beträgt nach Nordhausen 2,60 Mark, nach Berga-Kelbra 3,40 Mark. Ab Wernigerode 6 Uhr 15 Minuten vormittags. Rückfahrt ab Berga-Kelbra 5 Uhr 20 Minuten, Nordhausen 6 Uhr 10 Minuten nachmittags. —

— (Submissionsblüten.) Bei den abgegebenen Offerten über die Erd- und Mauerarbeiten für die neu zu errichtende Knaben-Mittelschule beträgt die niedrigste Forderung 100 576 Mark, die höchste 119 800 Mark, so daß eine Preisdifferenz von 19 223 Mark besteht. —

19. deutscher Ortskrankenkassentag.

C. B. Köln, 19. August.

Zur Versammlung waren mehrere Vertreter der Versicherungsbehörden erschienen, und zwar Regierungsrat Dr. Happe für das Reichsamt des Innern und das Reichsversicherungsamt, Oberregierungsrat Dr. Marenhold für das Oberversicherungsamt der Rheinprovinz, Landesrat Dr. Schellmann (Düsseldorf) für die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Regierungspräsident Dr. Musack (Köln) und der Bürgermeister der Stadt Köln Dr. Fuchs. Auch die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hatten Vertreter entsandt.

Der Ortskrankenkassentag wurde zunächst von dem Sprecher der Ortskrankenkasse Köln, Prucks, begrüßt. Der Redner führte den überaus starken Besuch der Versammlung auf das bevorstehende Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zurück und fuhr fort: Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat sich niemals mit den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen der Krankenversicherung begnügt, seinen Anregungen ist es zu danken, daß die deutschen Krankenkassen Hervorragendes in der Ausdehnung der Krankenfürsorge, in der Krankheitsvorbeugung, in der Bekämpfung der Volksseuchen, in der Fürsorge für Genesende und in der Wohnungsreform geleistet haben. Diese Leistungen widerlegen den aus Unwissenheit oder Böswilligkeit immer wieder gemachten Vorwurf, daß die deutschen Ortskrankenkassen zugunsten einer bestimmten politischen Richtung mißbraucht werden. Ist es doch der Hauptverband der deutschen Ortskrankenkassen gewesen, der lange vor der gesetzlichen Einführung der Verhältniswahl bei den Krankenkassenwahlen für dieses Wahlsystem eingetreten ist. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Vorstandes antwortet hierauf der Vorsitzende des Hauptverbandes, Landtagsabgeordneter Fräßdorf (Dresden): Es gibt keine Organisation in Deutschland, deren Mitgliederzahl sich messen könnte mit den 5 Millionen Versicherten, die hinter uns stehen. Demnächst tritt das neue Recht in Kraft. Wir wissen heute noch nicht, ob und wie weit sich die

einzelnen Kassen zusammenschließen

werden, wir wissen auch nicht, ob die heutige Form der Ortskrankenkassen auch unter der Reichsversicherungsordnung weiter bestehen wird. Aber werde es, wie es will, in den Krankenkassen werden Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Beamte immer nur im Interesse der Krankenversicherung selbst wirken. (Lebhafter Beifall.) Abg. Fräßdorf wendet sich nun zur Besprechung des Aerztekonflikts. Die Kassen erwarten von uns Richtlinien, an die sie sich halten können, um die Kassen vor unberechtigten Angriffen zu schützen. Der Aerzteverband ist sogar dazu übergegangen, seinen Mitgliedern zu sagen, daß sie gegebenenfalls die kassenärztliche Hilfe verweigern sollen. Wir müssen prüfen, welche Wege beschritten werden müssen, um derartige Versuche scheitern zu lassen. Wir müssen Waffen suchen, um die Kassen zu schützen vor dem, was ihnen die Aerzte androhen. Wir wollen aber auch prüfen, ob und inwieweit die Forderungen der Aerzte berechtigt sind.

Wir kündigen den Aerzten nicht den Krieg an,

wir haben uns immer nur in Verteidigungsstellung befunden, aber in dieser Verteidigungsstellung wollen wir stark und einig sein. (Lebhafter Beifall.)

Nichts ist falscher als der Vorwurf, daß wir uns im Verbande der Ortskrankenkassen mit politischen Angelegenheiten beschäftigen. In letzter Zeit ist sogar empfohlen worden, einen besondern Verband der auf nationalem Boden stehenden Ortskrankenkassen zu gründen. (Lachen.) Auf diese Weise will man Politik in die Kassen und Kassenverhältnisse erst hineintragen. (Sehr richtig!) Wir aber wissen, daß wir uns, wenn unser Verband segensreich wirken soll, aller Politik fernzuhalten haben. Wir haben uns denn auch nie mit Parteipolitik beschäftigt, sondern nur mit Sozialpolitik. (Lebhafter Beifall.) Wir freuen uns des

harmonischen Zusammenarbeitens

von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Beamten und werden nicht dulden, daß mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung Gegensätze in unsre Reihen hineingetragen werden, die nicht hineingehören. (Lebhafter Beifall.) Wir werden nach wie vor im Interesse der Versicherten zusammen arbeiten! (Stürmischer Beifall.)

Nun sprachen die Regierungsvertreter, von denen Oberregierungsrat Dr. Marenhold wünschte, daß die Verhandlungen zur Vertiefung der in der Reichsgesetzgebung über die Krankenversicherung niedergelegten sozialen Gedanken beitragen mögen, im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und des Reiches selbst! Regierungsrat Dr. Happe meinte, daß das Reichsversicherungsamt auch in Zukunft nicht vom grünen Tisch aus, sondern in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Ortskrankenkassen entscheiden werde, und Bürgermeister Dr. Fuchs (Köln) bedauerte zwar die Schärfe, mit der gerade in Köln auf dem Gebiet der Krankenkassen gekämpft worden sei, zollte aber den Krankenkassen aufrichtige Anerkennung für ihre anregende und erfolgreiche soziale Arbeit, die z. B. erst die Frage der Arbeitslosenversicherung in Fluß gebracht habe. (Beifall.)

Nun wurde der umfangreiche Geschäftsbericht der geschäftsführenden Kasse Dresden erstattet. Der gedruckte Bericht stellt ein Buch von 244 Seiten dar. Ein sehr großer Teil des Berichts beschäftigt sich begreiflicherweise mit dem Aerztekonflikt. An einer Anzahl ehrengerichtlicher Urteile von Aerztekammern und an zahlreichen Dokumenten aus der Aerztebewegung wird aber der Nachweis geführt, daß es für die Kassen in der Tat unmöglich ist, allen Ansprüchen der Aerzte gerecht zu werden. Namentlich wird zahlenmäßig die gewaltige Belastung nachgewiesen, die den Kassen entsteht,

wenn sie die freie Arztwahl einführen.

Dann wird erwähnt, daß auf die Aerzte mit Nachdruck hingewirkt worden sei, damit sie eine Verpflichtung unterzeichnen, bei der Ein- und Durchführung der Reichsversicherungsordnung ihre Mitwirkung zu versagen und, wenn nötig, jede Tätigkeit bei den Krankenkassen einzustellen, so daß die Möglichkeit eines ärztlichen Generalstreiks von den Kassen als durchaus nicht ausgeschlossen angesehen wird. Anderseits gibt es auch im Lager der Aerzte Stimmen, die zur Verständigung raten. Der Bericht schildert dann das überaus wichtige Zusammenwirken mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit den Organisationen, die für staatliche Mutterschaftsversicherung und Kinderrente eintreten, sowie mit den Einrichtungen, die von immer mehr Gemeinden zur Einschränkung der Säuglingssterblichkeit, zum Schutze der Kinder gegen die Tuberkulose, zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung, zur Bekämpfung des Alkoholismus usw. getroffen worden sind. Ein Anhang des Berichts ist tabellarischen Darstellungen der Leistungen der Krankenkassen und der Bezüge und Urlaubsverhältnisse der Kassenangestellten gewidmet.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Als erster Redner sprach Dr. Hanauer (Frankfurt a. M.) über

Gewerbekrankheiten und Reichsversicherungsordnung.

Er führte aus, daß man dem Begriff Gewerbekrankheiten eine möglichst weite Fassung geben müsse. Auch die Tuberkulose muß z. B. dazu gerechnet werden, denn wenn sie auch durch schlechte Wohnungsverhältnisse entstehen könne, so sei das Gewerbe doch von hohem Einfluß auf das Entstehen dieser Volkskrankheit. Der Redner trat weiter dafür ein, daß zur richtigen Erkenntnis des Umfangs der Gewerbekrankheiten eine gründlichere Form der Krankenstatistik der Berufserkrankungen notwendig sei. Im übrigen betonte er, daß die Gewerbekrankheiten nicht unvermeidbar, sondern vermeidbar sind, wenn nur die richtigen Mittel ergriffen werden. Die Krankenkassen sollten sich nicht darauf beschränken, während der Krankheitsdauer Krankengeld zu geben, ihre vornehmste Aufgabe ist, Krankheiten durch sanitäre Maßnahmen zu verhüten. Diese Ausgaben sind außerordentlich produktiv, denn die Kassen sparen dadurch an Krankengeld und den andern Ausgaben für die Kranken. Auf

Viktoria-Theater.

Magdeburg, 19. August.

Dorf und Stadt. In Charlotte Birch-Pfeiffers rührsamem Schauspiel vom gemütlichen Naturkinde, das sich in die übertünchte Höflichkeit der Stadtleute nicht finden kann, spielte Erich Weingärtner den Maler Reinhard. Die Rolle erfordert kein lärmendes Auf und Nieder zwischen himmelhoch jauchzen und zum Tode betrübt sein, sondern ein stilles Kämpfen gegen die Ansprüche der Gesellschaft und mit dem eignen Herzen. Diesen wortarmen Kampf führte der Künstler in Miene und Gebärde vornehm und fein durch. In Ludovica Duverné hatte er ein prächtiges, herzig-liebes Lorle als Gegenpart. Minna Stickel hat ein resolutes Bärbele und Gertrud Janssen machte, wie Friedrich Lenar, aus ihrer Rolle, was eben zu machen war. Hans Eisolt spielte einen gütigen Fürsten, Otto Busch einen schneidigen Draufgänger. Karl Sternfels war ein zärtlicher Vater und Maximilian Heß ein guter Bursch.

Man klatschte dem Gast und Landsmann und auch dem Mimenvölkchen vom Viktoriatheater begeisterten Beifall und die Tränen flossen fast so reichlich wie der Regen, der eine melancholische Begleitmusik zu Lorles Leiden aufs Dach trommelte. Kein Wunder! Sind doch von den Frauen immer vier ebenso unverstandene, arme, edle, fehlerlose und ach so herzensgute Wesen wie Charlotte Birch-Pfeiffers Schwabenmädchen. Während der Mann ....

-r.

Städtisches Orchester.

Magdeburg, 13. August.

Konzert im Stadttheatergarten. Wie den Lesern der „Volksstimme" im feuilletonistischen Teile bekanntgegeben wurde, ist Jules Massenet am 13. d. M. in Paris gestorben. Eine aufmerksame Konzertleitung wird Veranlassung nehmen, das Register ihres Notenschatzes zu revidieren und eventuell ein Massenet-Konzert zu veranstalten oder wenigstens einen Teil eines Konzerts mit Kompositionen von Massenet auszufüllen. Wir hatten heute wirklich das Vergnügen, im letzten Teile des Programms eine Tarantelle dieses Komponisten anzutreffen. Aber ich befürchte, daß auch dies nur ein Zufall gewesen ist, obschon Massenet, wie die „Volksstimme" sehr richtig aus anderer Feder bemerkte, selbst von Wagner in seinem Fach „nicht ganz untergekriegt" worden sei, was für die musikalische Persönlichkeit dieses Komponisten von erheblicher Bedeutung ist. Leider hatte die Tarantella außerdem nicht den Vorzug vor dem großen Auditorium, das sich im Anfang des Konzerts angesammelt hatte, gespielt zu werden: denn das unruhige Gewitter machte einen frühen Strich durch das Programm. Aber der erste Teil ging ungefährdet vorüber. Das Programm machte etwas verzweifelte Sprünge. Von Richard Strauß, dem Berliner Generalmusikdirektor, irrte es zu Flotow, dem Schweriner Hoftheater-Intendanten, dann zu Moszkowski, dem erklärten Liebling des Dirigenten, zu Verdi, dem altstiligen Italiener, dem Neu-Franzosen Bizet, dem einst viel gefeierten Goldmark, dem kleinen Titanen Wagner usw. Man konnte mit diesem Vielerlei nicht recht in Geschmack kommen, dazu die oben berührten äußern Umstände. Im ganzen: Es schienen sich Aussichten zu eröffnen, daß die von uns früher schon kritisierten Zustände nicht geändert werden.

Grote.

Kleines Feuilleton.

Der „sechste Sinn" der Insekten. Der berühmte Naturforscher Henri Fabre veröffentlicht in der „Daily Mail" einen interessanten Aufsatz, der sich mit einem der Forschung bisher unbekannten Sinn der Insekten beschäftigt. Es gibt einen Wurm, den sogenannten Grauwurm, der die natürliche Nahrung gewisser Insekten bildet. Ohne ihn kann z. B. die Biene nicht leben. Keine sichtbaren Anzeichen verraten den Schlupfwinkel dieses Wurmes, der mehrere Zentimeter tief in der Erde im Dunkel lebt. Plötzlich sieht man, wie ein Insekt an einer bestimmten Stelle des Bodens zu graben beginnt. Bei größter Aufmerksamkeit und auch mit Hilfe der Lupe ist nichts erkennbar, was auf das Vorhandensein des Wurmes schließen läßt. Aber der Grauwurm ist da, tief in der Erde. Durch welchen Sinn hat das Insekt den im Unsichtbaren verborgenen Wurm wahrgenommen? Der Tastsinn, der in den Fühlern lokalisiert ist, kommt nicht in Frage, denn der Wurm ist mehrere Zentimeter tief im Boden. Bleibt also der Geruchsinn. Man weiß freilich, daß die Insekten oft einen außerordentlichen Geruchsinn entwickeln, aber man weiß nicht unumstritten, wo dieser Geruchsinn beim Insekt lokalisiert ist. Man vermutet: in den Fühlern; es bleibt hierbei aber schwer verständlich, wie diese hornartigen, Stück um Stück zusammengefügten Segmente die Funktion unsrer Nüstern erfüllen sollen. Aber selbst bei der Annahme einer solchen Möglichkeit ist die Sache noch nicht geklärt: der Geruchsinn kann nicht walten, wo kein Geruch vorhanden ist. Fabre hat nämlich den Grauwurm auf seinen Geruch hin untersucht und nicht die geringsten Spuren eines Geruchs feststellen können. Zudem liegen stark riechende Erdschichten zwischen dem grabenden Insekt und seinem Ziele. Bleibt also nur das Gehör, ein Sinn, über dessen Ausbildung bei den Insekten die Entomologie noch nicht genügend unterrichtet ist. Man nimmt an, daß der Gehörsinn ebenfalls in den Fühlern liegt, und es ist auch denkbar, daß diese zarten, stets vibrierenden Organe für Schallwellen eine feine Aufnahmefähigkeit besitzen. Aber welches Geräusch kann die Erdschichten durchdringen? Es müßte schon verhältnismäßig stark sein: in Wirklichkeit aber ist gar kein Geräusch vorhanden. Denn der Grauwurm ist ein Nachttier. Bei Tage schläft er, seine Nagewerkzeuge ruhen, ja er krümmt sich nicht einmal. Er liegt vollkommen bewegungslos wie tot. Das Gehörsorgan des Insektes kann also auch nicht in Betracht kommen. Was bleibt übrig? Man kann nur einen Sinn annehmen, den wir Menschen nicht kennen, nicht besitzen und uns daher nicht vorzustellen vermögen. „Wir sind nun einmal geneigt, alle Dinge von unserm Standpunkt aus zu betrachten, legen den Tieren unsre Fähigkeiten der Wahrnehmung bei und denken nie daran, daß sie andre Sinne haben können, die uns unvorstellbar sind und so fremd wie etwa der Farbensinn, wenn wir blind wären." Mit unsern Sinnen bleibt das Phänomen, daß die Biene den Grauwurm, diesen schlimmsten Feind der Gartenkultur, unfehlbar findet — auch dort, wo er weder gesehen, gehört noch gerochen werden kann —, ein Rätsel, das sich jedem Vergleich entzieht und uns zwingt, einzuräumen, daß die Tiere Wahrnehmungen machen können, die außerhalb des Bezirks unsrer fünf Sinne liegen. —

* **„Roter Schnee".** Eine interessante biologische Beobachtung läßt sich zurzeit, der „Neuen Zürcher Zeitung" zufolge, auf dem Silvrettagletscher machen. Hier tritt nämlich dieses Jahr die Erscheinung des sogenannten „Roten Schnees" besonders schön auf. Bis mehrere Meter lange und einige Dezimeter breite, blutrot gefärbte Streifen zeigen sich hauptsächlich in den durch die Schmelzwasserbächlein eingefressenen Furchen des Gletschers, schön namentlich auch da, wo der schwarze, schmierige Gletscherstaub sich findet. Die merkwürdige Erscheinung wird, wie man weiß, verursacht durch ein den Gletscher bewohnendes Lebewesen, eine Grünalge, deren grüner Farbstoff durch einen roten meist vollständig verdeckt ist. Die mikroskopische Untersuchung zeigt leicht die einzelnen, einzelligen Individuen, die mit starker Zellwand sich gegen die Unwirtlichkeit des Standortes schützen. Die Lebenstätigkeit der Pflanze spielt sich nur in der kurzen Zeit ab, wo die wärmenden Sonnenstrahlen den Gletscher zum Tauen bringen und den Algen Nahrungsaufnahme und Atmung im Schmelzwasser gestatten. In dieser Zeit vermehren sie sich auch durch Teilung; Nahrung findet die Pflanze im Schmelzwasser, das mineralische und organische Substanz ziemlich reichlich enthält. Letztere besteht besonders in Pollenkörnern von Tannen (dieses Jahr haben die Tannen ja vielerorts besonders reichlich geblüht), die hierher vom Winde vertragen werden und verwesen. Die Verbreitung der Alge geschieht durch den Wind. Der „rote Schnee" zeigt sich von Zeit zu Zeit auch im Norden sowie in den Gebirgen Asiens und Amerikas, zurzeit besonders reich aber in der Schweiz; man hat ihn im nördlichen Graubünden diesen Sommer schon auf verschiedenen Gletschern beobachtet, wenn auch nirgends so reich und schön wie im Silvrettagebiet. — Der wißbegierige Alpinist kann mit einem kleinen Gläschen durch oberflächliches Abschöpfen des Schnees die Alge leicht zur Untersuchung nach Hause bringen und im Schmelzwasser beobachten. Sie sitzt nur in der obersten Schneeschicht von einigen Zentimetern Tiefe. Die Pflanze ist ein interessantes Beispiel für die Ausbreitungskraft und Anpassungsfähigkeit des Lebens an außergewöhnliche Bedingungen. —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 194. Magdeburg, Mittwoch den 21. August 1912. 23. Jahrgang.

Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag in Chemnitz 1912.

Landtagswahlen.

Gänzlich neu gewählt wurden die Landtage von Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Elsaß-Lothringen, Schwarzburg-Rudolstadt, Bayern und Koburg-Gotha. Da der am 10. November 1911 gewählte Landtag für Schwarzburg-Rudolstadt am 4. März 1912 wieder aufgelöst wurde, so hatte dieses Ländchen zweimal Landtagswahlen, mit bestem Erfolg für die Partei.

Ferner fanden in Hessen, Lübeck und in Bremen, wo immer nur ein Teil der Abgeordneten ausscheidet, Neuwahlen statt. Außerdem waren in vielen Wahlkreisen, wo das Mandat durch Tod oder aus andern Gründen erledigt war, Neuwahlen. Sämtliche Neuwahlen lieferten Beweise für das Fortschreiten unsrer Partei. Den Siegeszug eröffnete das kleine Schaumburg-Lippe. Bei den Wahlen 1906 hatten unsre Genossen 967 Stimmen aufgebracht. 1911 stimmten 1630 Wähler für sozialdemokratische Kandidaten. Wir eroberten ein Mandat und brachten zwei Genossen zur Stichwahl. In den Stichwahlen stiegen unsre Stimmen noch, jedoch wurde kein weiteres Mandat erobert.

Am 29. September waren die Neuwahlen in Oldenburg. Dort wurde auf Grund eines neuen Wahlrechts gewählt. Nach diesem Gesetz ist in Oldenburg jeder Deutsche, welcher zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet und mindestens seit 3 Jahren seinen Wohnsitz im Großherzogtum hat, wahlberechtigt. Ueber 40 Jahre alte Wähler haben zwei Stimmen. Weil dieses Gesetz von dem früheren Gesetz wesentlich abweicht, sind die Stimmen mit den bei früheren Wahlen abgegebenen Stimmen nicht vergleichbar. Abgegeben wurden:

Für die Sozialdemokratie	48 788	Stimmen
„ die Fortschrittliche Volkspartei	40 485	„
„ die Nationalliberalen	26 813	„
„ das Zentrum	24 003	„
„ den Bund der Landwirte	11 279	„
Zusammen	151 368	Stimmen

Wir erhielten von je 100 abgegebenen Stimmen 32,23 Stimmen. Bemerkenswert ist, daß in einem Lande mit bedeutender Landwirtschaft die Agrarier eine so jämmerliche Niederlage erlitten. Zentrum und der Bund der Landwirte brachten es noch nicht auf 25 Prozent der Stimmen. Oldenburg hatte 1907 59 106 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 35 808, die Großvieh halten. Von der oldenburgischen Bevölkerung lebten 173 764, also 38,59 Prozent, von Landwirtschaft, somit ein erheblich größerer Teil wie in Preußen, wo nur 28,59 Prozent von Landwirtschaft leben.

In der Hauptwahl eroberten unsre Genossen 8 Mandate und in der Stichwahl noch 4 Mandate, so daß in dem aus 45 Abgeordneten bestehenden Landtag 12 Sozialdemokraten sitzen.

Zum erstenmal hatte auch Elsaß-Lothringen auf Grund seiner neuen Verfassung einen Landtag zu wählen. Bei den am 22. Oktober stattfindenden Hauptwahlen wurden Stimmen abgegeben:

Für Sozialdemokraten	70 274
„ Zentrum	117 442
„ Nationalbündler	1 170
„ Lothringischen Block	25 096
„ Unabhängige	11 693
„ Liberale	55 682
„ Demokraten	8 525
„ Wirtschaftliche Vereinigung	684
Zusammen	290 056

Bei der Reichstagswahl wurden 348 954 Stimmen abgegeben, wovon unsre Partei 110 675 erhielt. Die geringere Stimmenzahl bei der Landtagswahl zeigt, daß ein großer Teil der Reichstagswähler nicht das Landtagswahlrecht besitzt. Die Arbeiter werden am stärksten benachteiligt. Während unsre Genossen bei der Reichstagswahl von 100 Stimmen 31,7 erhielten, bekamen sie bei der Landtagswahl nur 24,2 vom Hundert. In der Hauptwahl wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. In den am 29. Oktober stattgefundenen Stichwahlen errangen unsre Genossen noch 6 Mandate, so daß in dem mit 60 Abgeordneten besetzten Landtag 11 Sozialdemokraten sitzen.

Hessen ist der Bundesstaat, in welchem die Regierung schon seit langer Zeit eingesehen hat, daß das alte Wahlrecht unhaltbar ist. Bereits dem 31. Landtag (1898—1902) ging eine Regierungsvorlage zu, welche die direkte Wahl, Sicherung des Wahlgeheimnisses sowie Vermehrung der städtischen Mandate von 10 auf 15 bringen sollte. Diese Vorlage wurde nicht Gesetz. So kamen im Laufe der Jahre vier Vorlagen an den Landtag. Aus der vierten Vorlage ist das gegenwärtig geltende Gesetz geschaffen worden. Nach diesem Wahlgesetz sind wahlberechtigt: alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen, seit einem Jahre die hessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer herangezogen sind. Jeder 50 Jahre alte Hesse erhält eine Zusatzstimme. Der Hesse aber, der zur Zeit der Wahl mit der Entrichtung der direkten Staats- oder Gemeindesteuer länger als 2 Monate im Rückstand ist, verliert das Wahlrecht. Armut bringt also einen Teil des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte.

Durch das Wahlgesetz wurde die Zahl der Landtagsmandate auf 50 auf 58 erhöht. Im verflossenen Landtag saßen 18 Nationalliberale, 12 Bauernbündler, 8 Zentrum, 5 Sozialdemokraten, 5 Freisinnige und 2 Fraktionslose. Von diesen schieden aus 8 Nationalliberale, 7 Bauernbündler, 5 Zentrumsanhänger, 3 Sozialdemokraten, 1 Freisinniger und 1 Fraktionsloser. Ferner mußten die acht neuen Mandate besetzt werden. Von den acht neuen Mandaten entfielen auf die Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms und Gießen je eins und drei auf die Landbezirke. Bei den am 3. und 17. November stattgefundenen Wahlen resp. Stichwahlen wurden 5 Sozialdemokraten gewählt. Der neue Landtag besteht demnach aus 16 Nationalliberalen, 16 Bauernbündlern, 9 Zentrum, 9 Fortschrittliche Volkspartei und 8 Sozialdemokraten.

Ein Landtag mit sozialdemokratischer Mehrheit wurde am 10. November im Schwarzburg-Rudolstadt gewählt. Der Landtag besteht aus 17 Abgeordneten. Unsre Genossen siegten in neun Kreisen. Hierbei wurden die Genossen Winter und Scholl doppelt gewählt. Sie lehnten die Mandate für Frankenhausen und Königsee-Stadt ab, wo dann am 16. Dezember Nachwahlen stattfanden. Bei diesen Nachwahlen siegten unsre Genossen mit 567 gegen 418 und 762 gegen 223 Stimmen. Der Landtag wurde am 4. März aufgelöst, und es fanden dann am 7. Juni Neuwahlen statt. Hierbei verloren unsre Genossen Stadtilm mit 734 gegen 735 gegnerische Stimmen, aber sie eroberten dafür Frankenhausen-Land, so daß der neue Landtag wieder aus neun Sozialdemokraten und acht Gegnern besteht. Die Rudolstädter werden sich schon an den sozialdemokratischen Landtag gewöhnen müssen, denn die Mehrheit des Volkes besteht aus Sozialdemokraten. Ununterbrochen ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gestiegen. Es erhielten bei den letzten fünf Landtagswahlen Stimmen:

	Sozialdemokraten	Gegner	Zusammen
1902	4048	3980	8028
1905	5747	5277	11024
1908	6482	6432	12914
1911	7914	5954	13868
1912	8285	6856	15141

Die Wahlbeteiligung ist erheblich gewachsen und bald auf dem Punkt angekommen, wo eine Steigerung nicht mehr möglich ist. In den 11 Jahren ist die Bevölkerung um 8,69 vom Hundert, aber die Wahlbeteiligung um 88,6 vom Hundert gestiegen. Die Stimmen für unsre Genossen stiegen um 104,88 Prozent, während die Gegner nur eine Steigerung von 72,26 Prozent aufzubringen vermochten.

Bei den am 17. November stattgefundenen Wahlen zur Bürgerschaft in Lübeck behaupteten unsre Genossen alle vier Mandate der zweiten Abteilung. Während unsre Gegner 746 bis 1344 Stimmen erhielten, brachten es die Gegner nur auf 265 bis 285 Stimmen. In der ersten Klasse, zu welcher alle Bürger gehören, die ein Einkommen von mehr als 2000 Mark versteuern, erhielten unsre Genossen 217 gegen 2200 Stimmen der Gegner. Insgesamt hatten unsre Genossen 4189 Stimmen, während die Gegner nur 3301 Stimmen aufbrachten. Unsre Genossen erhielten 4 Mandate der zweiten Klasse und die Gegner 32 Mandate der ersten Klasse.

Am 16. November fanden die Wahlmännerwahlen für die Landtagswahlen in Braunschweig statt. In der Stadt Braunschweig wurden für die Wahlmänner der dritten Klasse für Sozialdemokraten 4900 Stimmen und für Gegner 1600 abgegeben. 144 sozialdemokratische Wahlmänner wurden gewählt. Bei der Abgeordnetenwahl am 21. November kamen acht Genossen in Stichwahl, aber gewählt wurde keiner.

In der Woche vom 22. bis 29. November fand die halbschichtige Wahl zur Bürgerschaft in Bremen statt. Unsre Genossen hatten acht Mandate zu verteidigen. Diese Mandate wurden gehalten und zwei Genossen kamen in Stichwahl. Die Wahlen brachten einen Stimmenzuwachs für unsre Partei und einen Rückgang der Stimmen der Gegner. 1908 waren 5790 Stimmen für Sozialdemokraten und 9523 Stimmen für Gegner abgegeben. 1911 stieg die Stimmenzahl für unsre Genossen auf 6266, während die Stimmenzahl für die Gegner auf 8767 zurückging. Bei den Stichwahlen am 13. Dezember siegten die Gegner.

Am 14. November wurde der bayrische Landtag infolge eines Konflikts des Verkehrsministers von Frauendorfer mit dem Zentrum aufgelöst. Der Minister hatte während einer Rede eines Zentrumsabgeordneten den Saal verlassen. Dadurch fühlte sich das ganze Zentrum beleidigt und erklärte, mit diesem Minister nicht mehr verhandeln zu wollen. Die Parteien und Gruppen, die sich nicht unter die Gewalt des Zentrums beugen wollten, schlossen am 22. Dezember ein Wahlabkommen. An dem Wahlabkommen beteiligten sich die Sozialdemokraten, die Liberalen, der Bayrische Bauernbund und der Deutsche Bauernbund. Die große Mehrheit unsrer Genossen hielt das Abkommen für geboten, weil nach dem bayrischen Wahlgesetz die einfache Mehrheit für die Wahl genügt. Nur wenn kein Kandidat mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen hat, findet eine Stichwahl statt. In dem Aufruf unsrer bayrischen Genossen heißt es: „Der Zweck, das bayerische Volk dauernd von der Gewaltherrschaft der Zentrumsmehrheit zu erlösen, schließt in sich das ernste Streben nach einem gerechten Wahlgesetz. Das geltende Wahlgesetz mit seiner auf die Interessen der Zentrumspartei zugeschnittenen Wahlkreiseinteilung, mit seiner Ausschaltung der Stichwahlen hat sich als untauglich erwiesen, das freie politische Leben in Bayern zu fördern. Es zwingt die Parteien, die trotz ihres größern Anteils an den abgegebenen Stimmen in die Minorität gedrängt sind, schon im ersten Wahlgang zusammenzustehen, um das ihnen zugefügte Unrecht einigermaßen auszugleichen und eine Wahlreform im Sinne des Proporzes vorzubereiten.“ Das Abkommen wurde bei den am 7. Februar 1912 vollzogenen Wahlen auch gehalten, aber trotzdem gelang es nicht, die Zentrumsmehrheit zu brechen. Gewählt wurden 87 Zentrumsabgeordnete, 35 Liberale und Anhänger des Deutschen Bauernbundes, 30 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder des Bayerischen Bauernbundes und 7 Bund der Landwirte. Also das Zentrum allein ist mit seinen 87 Mandaten in dem aus 163 Abgeordneten bestehenden Landtag in der Mehrheit. Bei den meisten Fragen kann es auch noch auf die sieben Abgeordneten des Bundes der Landwirte rechnen. Unsre Genossen, die im

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu. Nachdruck verboten

(34. Fortsetzung.)

Es war am Sonnabend vor Karneval. Der Abend brach herein, Haltmann hatte seine Lampe angezündet und saß eifrig über seinen Arbeiten. Er hatte die Absicht, heute bis gegen Mitternacht tätig zu sein, um so viel vor sich zu bringen, daß die zwei Tage Urlaub, die er sich zu geben gedachte, von niemand nachteilig empfunden werden sollten. Liegenbleiben durfte nichts, lieber wollte er morgen mit einem spätern Zuge fahren und Marie davon telegraphisch benachrichtigen, als sich selbst den Vorwurf machen, daß irgendeine Arbeit nicht rechtzeitig fertig geworden sei.

Morgen!

Alle seine Nerven bebten, wenn er an dieses Morgen dachte. Wie Marie sich freuen würde! Seit vier Tagen hatte sie offenbar in der Erwartung des baldigen Wiedersehens nicht geschrieben; von jenen beiden Briefen, die ihm selbst das Herz schwer machten, wollte er ihr nichts sagen. Es handelte sich vielleicht nur um einen ohnmächtigen Rachestreichs Reisings.

Aber hin wollte er in die Residenz, trotz Ausweisung und polizeilicher Strafandrohung, schon um Reising aufzusuchen und ihn aufs neue zur Rede zu stellen oder ihn zur Anzeige zu bringen. Hin wollte er, und wenn sämtliche Staatsanwälte der Residenz ihm den Eintritt dorthin versperren würden! Ueber den Ausgang seiner Anschuldigung wegen des letzten, offenbar durch Reisings Denunziation zur Kenntnis der Polizei gekommenen Bannbruchs hatte er noch nichts erfahren; ein Strafmandat würde allerdings nicht auf sich warten lassen — aber was tat's? Dieses eine Mal noch wollte er in die Hauptstadt; nachher mußte er eben, um polizeilichen Scherereien aus dem Wege zu gehen, mit Marie einen andern Ort für ein Zusammentreffen verabreden.

Alle diese Gedanken zogen ihm durch den Sinn, während das Tippen der Schreibmaschine durch das Zimmer schallte. Freilich — in freudiger Stimmung war er nicht; dazu lasteten jene Briefe zu schwer auf ihm. Erst mußte er wissen, was es mit diesem neuen Bubenstreich für eine Bewandtnis hatte und ob Marie nichts geschehen war, dann erst konnte wieder neue Lebensfreude bei ihm einziehen.

Welch eine seelische Qual war doch dieses Leben! Ein Leben, in dem man trotz alles ehrlichen Vorwärtsstrebens in jedem Augenblick davon bedroht war, von irgendeinem Abgrunde, der sich plötzlich auftat, verschlungen zu werden! Ja wahrlich, es wäre schon besser da drüben in Amerika, wo sich keiner um den andern kümmert; wo einer allein und selbständig dasteht, ohne daß der Klatsch, die Schadenfreude und die Gemeinheit ihn besudeln. Ja, das war gewiß ein leuchtendes Ziel! —

Da fuhr er aus seinen Träumereien auf.

Ein leichter Schritt war hinter ihm laut geworden, und in demselben Augenblick, als er sich umwandte, um nach dem Ankömmling zu sehen, sagte eine Stimme:

„Guten Abend, lieber Freund! Da bin ich!“

Als habe ihn ein unerwarteter Schlag getroffen, so hastig sprang er empor.

„Marie!“

In der Tat, sie war es, die vor ihm stand und ihm schweigend die Hand hinstreckte.

Oder doch nicht?

Nein, um Gottes willen, nein! Das war sie nicht, das konnte sie nicht sein! Er riß den Schirm von der Lampe herunter, um sie im vollen Schein des Lichtes zu sehen. Und nun flogen seine Augen an ihr herauf und herunter — war sie das? —

Und wenn sie es nicht war, wer war dann diese hohe, schlanke Gestalt mit dem entgeisterten Gesicht, aus dem zwei große Augen todmüde in die Welt hinaussahen? Wer war diese hohe Frauengestalt, über der etwas Unnennbares lag — ein Etwas, das ihn an eine schöne Frauenstatue in einer Kunstausstellung erinnerte, durch die mitten hindurch ein tiefer Riß gegangen war?

„Marie!“ rief er wieder.

„Ja, ich bin's, mein Freund!“ entgegnete sie, und er erschrak, wie farblos ihr sonst so volles Organ klang.

„Wie kommen Sie hierher, Marie? Ist denn nicht Karneval? Wollten wir ihn nicht zusammen feiern? Oder bin ich inzwischen wahnsinnig geworden?“

„Fast könnte man es werden!“ sagte sie ruhig.

Und dann fuhr sie fort mit derselben tonlosen Stimme, aus der alles Leben gewichen schien:

„Lassen Sie mich setzen, Freund, und geben Sie mir ein Glas Wasser — ich bin todmüde —“

Er führte sie zum Sofa. Wie geistesabwesend ließ sie sich darauf nieder. Dann trank sie mit hastigen Zügen das Glas Wasser leer, das er ihr reichte.

„Ich danke Ihnen, lieber Freund!“

Er nahm ihr Hut, Jackett und Handschuhe ab, deren sie sich entledigt hatte.

„Was ist geschehen, Marie?“ fragte er atemlos.

„Kennen Sie Goethes Strophe:

Uebers Niederträchtige
Niemand sich beklage!
Es ist allein das Mächtige,
Was man auch sage!

Kennen Sie diese Strophe? Dann haben Sie die bündige Antwort auf Ihre Frage.“

„Sprechen Sie deutlicher, liebe, liebe Marie! Martern Sie mich nicht mit Unklarheiten!“

„War ich nicht deutlich genug? Nun gut, dann will ich ganz kurz und deutlich sein: Ich habe meine Stellung verloren und bin auf der Polizei als eine Dirne vernommen worden!“

„Marie! Das ist nicht möglich!“

Ein bitteres Lächeln spielte um die fest geschlossenen Lippen.

„Sie haben ja alle Unmöglichkeiten selbst durchgekostet. Ich sage Ihnen: es ist bei uns kein Ding unmöglich.“

Da schrie er laut auf:

„Ja, Sie haben recht! Ja ja ja, Sie haben recht!“

Und dann stürzte er zu ihren Füßen nieder, barg sein Haupt in ihren Schoß und weinte.

Sie ließ ihn gewähren und fuhr leicht mit ihrer Hand über sein wirres Haar.

Allmählich wurde er stiller. Er stöhnte nur noch leise, und endlich fragte er:

„Sprechen Sie mir von dem Dinge, das nicht unmöglich gewesen ist!“

„Unser Freund Reising hat diesmal seine Karten gut gemischt; er hat es verstanden, alle Trümpfe auf seine Seite zu bringen. Er hat an die Mütter von drei jungen Damen aus unserm Geschäft geschrieben, hat ihnen meine Vergangenheit geschildert, hat erklärt, daß ich — daß ich mit einem Zuchthäusler in intimen Beziehungen stünde, und dasselbe hat er der Polizeidirektion geschrieben mit dem Zusatz, daß dieser Zuchthäusler, der aus der Residenz ausgewiesen sei, mich trotzdem wiederholt besuche!“ Sie schwieg, und er fühlte ihre Wange sein Haupt berühren. Er erschrak, wie eiskalt diese Wange war.

„Sprechen Sie weiter, Marie!“ bat er. „Ich muß alles wissen, alles, alles, denn wir wollen alles zusammen tragen!“

(Fortsetzung folgt.)

alten Landtag 21 Mandate hatten, haben bei den Wahlen 9 Mandate gewonnen.

Neugewählt wurde auch der Landtag von **Koburg-Gotha**. In den vorherigen Landtagen hatten in dem aus 19 Abgeordneten bestehenden Landtag in Gotha unsre Genossen sieben Sitze und in dem aus elf Abgeordneten bestehenden Landtag in Koburg einen Sitz. Die Wahlen sind indirekt. Bei den Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen erlangten unsre Genossen in Gotha in neun Bezirken die Mehrheit und in Koburg kamen sie in zwei Bezirken in Stichwahl, wobei sie in einem Bezirk die Mehrheit erlangten. Bei der Abgeordnetenwahl wurden jedoch statt 12, nur 11 Stimmen für Genossen Körschner abgegeben. So entstand Stimmengleichheit. Durch Auslosung wurde der Gegner Gewinner des Mandats.

Von den einzelnen **Nachwahlen** sind hervorzuheben:

Die Nachwahl für den Landtag, die infolge des Todes des Genossen Borgmann in Berlin V stattzufinden hatte. Genosse Borgmann war mit 303 gegen 207 Wahlmännerstimmen gewählt. Bei den Ersatzwahlen für ausgeschiedene Wahlmänner eroberten unsre Genossen eine Anzahl weiterer Mandate. Am 21. November wurde Abg. Genosse Borchardt mit 314 gegen 166 Stimmen alsdann gewählt.

Bei einer Nachwahl in **Breslau**, wo bei den Hauptwahlen für Genossen Löbe 307 Wahlmännerstimmen abgegeben waren, haben unsre Genossen 63 Wahlmänner mehr erhalten. Genosse Löbe erhielt 370, der Liberale Ehlers 506 und der Kandidat der Konservativen und des Zentrums 780 Stimmen. Bei der Stichwahl stimmten unsre Genossen für Ehlers, der dann mit 872 gegen 778 Stimmen gewählt wurde.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 36 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, in Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Reuß ä. L. Die 224 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Bayern	30	Sachsen-Meiningen	9
Sachsen	26	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Baden	20	Hessen	8
Hamburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	16	Preußen	6
Württemberg	16	Reuß j. L.	5
Lübeck	12	Sachsen-Weimar	4
Oldenburg	12	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Gotha	9	Lippe	1

Gemeindevertretungen.

Die Gemeinde war früher der Ort, wo die Besitzenden ihre Sonder- und Klasseninteressen ungestört vertraten. Seit die Sozialdemokratie die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, ist es in vielen Orten anders geworden. In Gemeinde- und Stadtvertretungen werden nun auch die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Wahlkämpfe sind nicht mehr Streitereien um Personen, sondern politische Kämpfe geworden. Auch hier haben unsre Genossen manch bemerkenswerten Sieg errungen. Es ist aber unmöglich, die einzelnen Siege hier zu registrieren. Das Vordringen unsrer Partei auf diesem Gebiet erkennt man am besten, wenn wir die Zahlen von 3 Jahren untereinanderstellen. In folgender Stärke waren wir in den Gemeindeverwaltungen vertreten:

	In Stadtverordn.-Versammlungen		In Landgemeinden		Magistrat		Gemeindevorstand	
	Zahl der Städte	Vertreter	Zahl der Gemeinden	Vertreter	Zahl der Städte	Vertreter	Zahl der Gemeinden	Vertreter
1910	396	1813	2009	5720	41	114	51	82
1911	410	2015	2240	6646	31	95	83	154
1912	470	2531	2680	7593	50	104	157	204

Aus der Parteibewegung.

Sächsischer Landesparteitag.

Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie war sehr stark besucht. Den Bericht des Landesvorstandes, den wir im Auszug wiedergegeben haben, erstattet der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse **Sindermann**. Er bekämpft die Angriffe, die in Chemnitz und in Leipzig gegen die Tätigkeit des Landesvorstandes erhoben wurden. Daß die politischen Gegensätze in Sachsen immer mehr sich verschärfen, das beweisen die letzten Reichstagswahlen, die heftigere Kämpfe als je entfesselten und die enorme Kosten erfordert haben. — Trotzdem war die Partei in der Lage, dem Parteivorstand noch erhebliche Summen zu überweisen. Ueber die Hälfte der Arbeiterschaft in Sachsen ist gewerkschaftlich organisiert. Diese Macht erscheint den Unternehmern so gefahrdrohend, daß sie laut nach einem Zuchthausgesetz schreien. An der Spitze dieser Bestrebungen steht in Sachsen der **Hansabund**. Die Arbeiterschaft muß auf der ganzen Linie mobil gemacht werden, wenn die sich auftürmenden Gefahren überwunden werden sollen. Wie weit in Sachsen der Terrorismus der Gegner bereits getrieben wird, das haben letzthin die **bürgerlichen** Saalbesitzer Sachsens gezeigt, die die Flucht in die Oeffentlichkeit ergreifen mußten. Die nationale Arbeiterbewegung in Sachsen ist lediglich eine Mache der Unternehmer; mit den Unsummen, die dafür ausgegeben wurden, hätte manche Lohnbewegung vermieden werden können.

Der Landeskassierer **Braune** bespricht sodann den glänzenden Kassenabschluß der Partei und verknüpft damit die Mahnung, in der Opferwilligkeit nicht zu erlahmen, denn die bevorstehenden Kämpfe werden bedeutende finanzielle Anforderungen stellen. Der einzige Antrag, der der Landesversammlung vorliegt, in den Agitationskalender keine Inserate mehr aufzunehmen, wird vom Redner aus finanziellen Rücksichten bekämpft.

In der am Montag eröffneten Diskussion bemängelte Genosse **Noske**, daß die sächsische Parteipresse zwar dem Landesvorstand unterstellt ist, aber keinerlei Vertretungsrecht auf der Landeskonferenz hat. Redner ist mit dem **generellen Boykott** der gegnerischen Versammlungen nicht einverstanden. — **Seeger** (Leipzig) bestreitet, daß ein genereller Boykott besteht. In Sachsen liegen aber die Dinge so, daß die Gegner nur dann noch volle Versammlungen bekommen, wenn unsre Parteigenossen sie besuchen. Den Gegnern volle Versammlungen zu schaffen, kann nicht unsre Aufgabe sein. Die sächsischen Fortschrittler hätten in das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes einbezogen werden sollen, denn durch ihre Schuld ist der Reichsverbändler Liebert gewählt worden. — **Wendel** (Frankfurt) bekämpft unter teilweise lebhaftem Widerspruch des Parteitags den Nichtbesuch gegnerischer Versammlungen.

Lipinski (Leipzig) rechtfertigt den Versammlungsboykott mit dem Hinweis darauf, daß es ganz im Belieben des Vorsitzenden einer gegnerischen Versammlung liegt, ob er das Wort erteilen will oder nicht. Die Entscheidung über Besuch oder Nichtbesuch gegnerischer Versammlungen ist überdies völlig in die Hand der Leitung der einzelnen Kreise gestellt. — **Sindermann** (Dresden) polemisiert gegen Noske und Wendel, denn mit dem Versammlungsboykott hat die Partei die besten Erfahrungen gemacht. — Nach einem kurzen Schlußwort Sindermanns wurde der Antrag, dem Kalender keine Inserate mehr anzufügen, abgelehnt.

Den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, der auch gedruckt vorliegt, erstattet **Uhlig** (Zittau). Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion zwei Sitze im Präsidium hat, beruht nicht auf einer Abflauung der Klassengegensätze, sondern lediglich auf den unter den bürgerlichen Parteien vorhandenen Unstimmigkeiten. Der Referent gibt dann ein anschauliches Bild von der umfassenden Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Verhandlungen werden Dienstag zu Ende geführt. —

Der gothaische Landesparteitag wurde am Sonntag den 18. d. M. in Gotha abgehalten. Vertreten waren 46 Ortsvereine mit 113 Delegierten. Genosse **Wilhelm Bock** referierte zunächst über „Die Reorganisation der Partei“. Der Landesparteitag faßte nach eingehender Diskussion folgende Resolution: „Der Landesparteitag ist der Ansicht, daß die Schaffung eines Parteiausschusses in der vorgesehenen Form die bestehenden Mängel zu beseitigen nicht in der Lage ist, er hält es vielmehr für zweckmäßig, den Parteivorstand um neun unbesoldete Mitglieder zu verstärken oder eventuell die Rechte der Kontrollkommission zu erweitern. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, die die Beitragserhöhung für die nächste Zeit ablehnt.

Hierauf erstattete der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse **Hugo Zentgraf**, den Bericht über die Tätigkeit der Landesorganisation. Das Wachstum unsrer Parteiorganisationen läßt zu wünschen übrig, mit 11,6 Prozent ist nicht einmal der Reichsdurchschnitt erreicht, aber die Mitgliederzunahme von rund 2500 auf 2800 sei immerhin erfreulich, wenn man die schwierigen Verhältnisse berücksichtigt, die der Organisierung der armen stark hausindustriellen Bevölkerung entgegenstehen. Fünf neue Ortsvereine wurden gegründet, so daß deren Zahl jetzt 52 beträgt. Auch die Zahl der Abonnenten des „Volksblattes“ hat um 750 zugenommen. Der Geschäftsbericht der Druckerei berichtet über erfreuliche Fortschritte, sowohl die Einnahmen für Abonnements wie für Inserate sind erheblich gestiegen. Im Berichtsjahr fanden 302 öffentliche und 698 Mitgliederversammlungen statt. Hinzu kommen noch zirka 30 Lichtbildervorträge. 110 000 Broschüren und 410 000 Flugblätter gelangten zur Verbreitung. Große Anforderungen stellte der Reichstagswahlkampf, der eine Stimmenzunahme von 4000 brachte, so daß die gesamten Gegner um fast 3000 Stimmen überflügelt und ihnen im ersten Wahlgang das Mandat wieder abgenommen wurde. Den gleichen Erfolg brachten uns die Landtagswahlen. Nach einer lebhaften Diskussion, in der auch eine Anzahl Anträge der Ortsvereine ihre Erledigung fanden, und nachdem der bisherige Landesvorstand wiedergewählt worden, wurde der Parteitag geschlossen. —

Aus den Parteiorganisationen. Die **Bremer** Parteigenossen haben sich in vier Versammlungen mit der Tagesordnung des Chemnitzer Parteitags beschäftigt. Die letzte Versammlung am Dienstag stimmte folgenden Anträgen zu: 1. Der Parteitag erklärt, daß die Kontrolle der parteitaktischen Haltung der Parteiorgane und die Auswahl der Angestellten nur den von den Genossen des Verbreitungsbezirks gewählten Instanzen zusteht. 2. Der Parteitag beschließt, dem § 6 des Organisationsstatuts folgende Aenderung zu geben: Das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen läuft vom 1. April bis 31. März usw. Ferner nahm die Versammlung eine Resolution an, wonach der Chemnitzer Parteitag den von dem Leipziger und Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinboykott erneuert und erklärt, daß sich der Beschluß auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem diene. Der Schlußpassus dieser Resolution, der die Parteipresse verpflichten sollte, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen, wurde abgelehnt. Als Delegierte wurden die Genossen **Wellmann**, Dr. **Pannekoek**, **Radek**, **Voigt** und die Genossin **Simon** gewählt. — Die Generalversammlung des 14. württembergischen Kreisvereins (**Ulm-Heidenheim-Geislingen**) konnte einen überaus erfreulichen Jahresbericht entgegennehmen. Die Mitgliederzahl ist von 1160 im Vorjahr auf 1716 gestiegen; 1908 hatte der Kreis erst 676 Mitglieder. Es wurden im abgeschlossenen Geschäftsjahr in 14 Ortsvereinen 200 Mitgliederversammlungen, daneben 165 öffentliche Versammlungen abgehalten, 121 500 Flugblätter verbreitet und 1725 Broschüren abgesetzt. Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder stieg von 14 in 7 Orten auf 23 in 9 Orten. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse im Wahlkreis stieg infolge der Gründung der „Donau-Wacht“, die ihr Probejahr glänzend bestanden hat, um 2223. Die taktische Haltung der „Donau-Wacht“ wurde einmütig gebilligt. Zum Parteitag wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der die geplante Errichtung des Parteiausschusses begrüßt und die Hoffnung ausspricht, daß der Parteitag die gemachten Vorschläge zum Beschluß erhebt. Mit Bezug auf die Landesversammlung unterstützt der Kreisverein den Ulmer Antrag, der eine Erweiterung der Preßkommission der „Schwäbischen Tagwacht“ in der Weise verlangt, daß alle Wahlkreise, die den politischen Text der „Schwäbischen Tagwacht“ in ihre lokalen Blätter übernehmen, eine Vertretung bekommen. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 19. August.

Aufgebote: Schiffer Paul Brummunt hier mit Emma Siebach in Zerbst. Büfettier Anton Kaczmarak mit Gertrud Riemann. Eisendreher Wilhelm Hübotter mit Anna Brodthuhn. Dachdecker Friedrich Stein hier mit Frida Röder in Neundorf.

Eheschließungen: Kaufmann Otto Krieg mit Ottilie Wiebeck. Gefreiter Robert Angeli mit Anna Silberbach. Schneider Karl Dammaß mit Anna Schröder geb. Scharre. Konzertmeister Heinrich Bode mit Emma Kloos.

Geburten: Eduard, S. des Zigarrenmachers Eduard Hagel. Gertrud, T. des Arbeiters Otto Merkel. Otwin, S. des Maurermeisters Otto Hoppe. Rudolf, S. des Stadtbauverwalters Dietrich Meinen. Wilhelm, S. des Lehrers Louis Pätz. Ilse, T. des Eisenbahnarb. Karl Hans. Anna Elisabeth, T. des Kaufmanns Eduard Busse.

Todesfälle: Tischler Joseph Bollen, 75 J. 7 M. 7 T. Witwe Marie Müller geb. Müller, 67 J. 2 M. 7 T. Fuhrherr Franz Schäfer, 61 J. 9 M. 18 T. Oberpostschaffner a. D. Gustav Ziese, 60 J. 10 M. 12 T. Handelsmann Wilhelm Müller, 63 J. 8 M. 24 T. Martha geb. Seeliger, Ehefr. des Schneiders Gustav Hotopf, 34 J. 1 M. 13 T. Albert, S. des Formers Oskar Reinsdorf, 10 M. 22 T. Erich, S. des Arb. Otto Roelecke, 3 M. 22 T.

Sudenburg, 19. August.

Geburten: Otto, S. des Monteurs Otto Schalk. Wilhelm, S. des Malers Wilhelm Krebs. Liselotte, T. des Bureaudieners Hermann Meier.

Todesfälle: Gertrud, T. des Kutschers Michael Grzyb, 6 M. 3 T. Ehefr. des Materialwarenhändlers Wilhelm Rintzsch, Luise geb. Möglich, 45 J. 2 T. Zimmerer Karl Heinemann, 41 J. 10 T. Paul, S. des Kellners Wilhelm Lohmann, 5 J. 11 M. 10 T.

Buckau, 19. August.

Geburten: Paul, S. des Lokomotivhilfsheizers Paul Möhring. Helmut, S. des Eisenb.-Hilfsschaffners Robert Leppin.

Todesfälle: Ida geb. Ehrecke, Ehefrau des Gußputzers Andreas Giffhorn, 26 J. 5 M. 19 T.

Neustadt, 19. August.

Aufgebot: Schiffbauer Robert Noack in Berlin mit Helene Weidig hier.

Eheschließung: Eisenbahnschaffner Hermann Helmecke mit Wilhelmine Klopprogge.

Todesfälle: Invalide Buchdrucker Karl Dietzel, 84 J. 14 T. Präbendat Heinrich Hethke, 77 J. 1 M. 6 T.

Aschersleben.

Geburten: S. des Maschinentechnikers Alfried Tobitsch. S. des Malers Rudolf Germer. S. des Seilers Ernst Becker. S. des Formers Friedrich Holland. T. des Schlossers Franz Wollenzien.

Todesfälle: Ehefrau Minna Paulin geb. Vorrath, 56 J. 6 M. 18 T. Gertrud Nitzschke in Groß-Schierstedt, 18 J.

Persil das selbsttätige **Waschmittel**

gibt schöne fette Lauge, ist frei von minderwertigen Beimischungen, insbesondere von Chlor und sonstigen scharfen Stoffen, deshalb

garantiert unschädlich.

Billig im Gebrauch! Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Wegen Umzugs mehr. gute sauch. Sessen u. Bettstücke sof. b. z. verk. **Fürstenufer 20,** vorn 4 Tr. lks. Nähe Tauenzienstraße.

Nähmaschine für 20 Mk. zu verk. Wolfenbütteler Str. 50, H. r. 2 Tr.

Singer-Nähmaschine, tadellos gut nähend, 15 Mk. **Goeke, Goldschmiedebrücke 5, I.** 3156

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung

Wir empfehlen äußerst billig nach amtlichem Gewicht

Prima böhmische Stückkohlen Zentner **71** Pfennig frei Keller.

Bestellungen nehmen entgegen die Herren **Zerbe,** Neustädter Str. 32; **Wahrenburg,** Bismarckstr. 34; **Weber,** Kaiserstr. 58; **Willing,** Schöbbrücke 25; **Bremer,** Mittagstr. 5; **Kellner,** Charlottenstr. 17; **Seemann,** Steinberg 27; **Bucklow,** Sudenburg 24; **B. Brehmer,** Halberstädter Str. 127; **Walter,** Halberstädter Str. 111; **Müller,** Lodendorfer Str. 2; **A. Dräbel,** Körnerstraße 1; **Nanger,** Annastr. 22, Buckau. 3314

E. Klesper Nachf.

Schleiferei und Reparaturwerkstatt

Breiteweg 258, gegenüber dem Scharnhorstplatz

empfiehlt 3350

Rasierapparate doppelschn., m. 6 Kling., von **3 Mk.** an

Sicherheits-Rasiermesser von **2.50 Mk.** an

Rasiermesser Ia. Qualität, best. englischer Stahl

Haarschneidemaschinen 3, 5 u. 7 Millimeter schneidend von **3 Mk.** an

Plüschsofa 45 Mk., zurückgesetzt, **1 kl. Sofa u. 2 Fauteuils 65 Mk., Trumeauspiegel 26 Mk. Breiteweg 6, I.** 3133

Papier und Tüten in allen Sorten kauft man billigst bei **Ewald Noack, Magdeburg,** Tauenzienstr. 8. Fernspr. 1824.

Bettfedern Inlette, Teppiche wegen Aufgabe zu jedem annehmbaren Preise 3352 **Lier, Sudenburg.**

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?

Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit von **H. Beims.**

::: **Preis 25 Pfennig.** :::

Vorrätig in der

Buchhandlung Volksstimme

dem Gebiet der Krankheitsverhütung müssen Aerzte und Krankenkassen zusammen arbeiten. Der Arzt muß Richter und Führer sein und die Krankenkassen müssen sich dieser Führung im Interesse der Volksgesundheit anschließen. Wie auf diesem Gebiet ein harmonisches Zusammenarbeiten von Krankenkassen und Aerzten notwendig ist, so auch auf dem Gebiet der Krankenbehandlung. Zu wünschen ist, daß die Kassen immer mehr Aerzte finden mögen, die tüchtig und sozial geschult sind, um dieser Aufgabe zu genügen. Aber auch die Kassen müssen auf die Tätigkeit der Aerzte Rücksicht nehmen und den Aerzten geben, was der Aerzte ist. (Lebhafter Beifall.)

Nun kam das

Verhältnis der Krankenkassen zu den Aerzten

zur Sprache. Der Referent Karl Brachel (Köln) wandte sich gegen die einseitigen und überspannten Forderungen der Aerzteorganisationen, die mit gutem Recht von dem Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt worden sind. Der Berliner Führer des Leipziger Aerzteverbandes, Professor Dr. Lennhoff, hat auf der internationalen Konferenz für Sozialversicherung im Haag die Erklärung abgegeben, der Leipziger Verband werde aus der deutschen Krankenversicherung eine Farce machen, wenn seine Wünsche nicht durchgeführt würden. Diese Erklärung hat auf der internationalen Konferenz mit Recht die Entrüstung der Vertreter aller Kulturstaaten hervorgerufen. (Sehr richtig!) Das sächsische Ministerium hat bereits gegen die Vertragszentrale des Leipziger Verbandes Front gemacht, und der sächsische Minister des Innern hat ausdrücklich erklärt, daß er sich jede Einmischung unbefugter Dritter in die Verhältnisse zwischen Aerzten und Krankenkassen nicht gefallen lassen werde. Das müssen wir von den Regierungen aller Bundesstaaten verlangen. (Beifall.) Insbesondere von Preußen, wo die Aerztekammern sich in diese Verhältnisse einmischen. (Sehr richtig!) Wir wollen zugeben, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung für die Aerzte nicht ohne Bedeutung ist, aber wir müssen auch in Betracht ziehen, daß durch die Ausdehnung der Krankenversicherungen eine große Zahl von wirtschaftlich Schwachen in ärztliche Behandlung kommt, die sonst niemals einen Arzt in Anspruch nehmen würden. (Sehr richtig!) Ueberhaupt sind die Behauptungen der Aerzte außerordentlich stark übertrieben. Wenn wir wirklich für die besser bezahlten Mitglieder den Aerzten eine höhere Bezahlung gewähren wollten, könnten wir dies nur dadurch, daß wir, weil wir keine höhern Beiträge bekommen, die Gelder aus den Summen nehmen, die für die Aermsten zur Verfügung stehen. (Sehr richtig!) Die Aerzte haben alle Ursache, mit der Ausdehnung der Krankenversicherung zufrieden zu sein, die ihnen neue Scharen zuführt und die Honorierung sicherstellt. (Sehr richtig!) Die Aerzte drohen mit Generalstreik und suchen durch unwahre Behauptungen in der Oeffentlichkeit Stimmung für diesen Streik zu machen. Es wird gesagt, die Krankenkassen planten eine Aussperrung der Aerzte, eine Machtprobe. (Lautes Gelächter.) Wir haben niemals daran gedacht, angreifend gegen den Leipziger Verband vorzugehen. Ich erkläre im Namen aller deutschen Ortskrankenkassen:

> In Wahrung der uns anvertrauten öffentlich-rechtlichen Interessen sind wir lediglich bemüht, Mittel und Wege zu suchen, wodurch wir uns der Bedrohung und Bedrückung durch die Aerzteorganisation erwehren können. Bei all unsern Maßnahmen und Beschlüssen leiten uns weder Angriffsgelüste noch das uns so oft fälschlich nachgesagte Gefühl der Aerztefeindlichkeit, sondern lediglich das Interesse der Krankenversicherung.

(Stürmischer Beifall.)

In der Aerztefrage sind wir alle einig,

Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller politischen Richtungen. Es handelt sich nicht nur um die Frage des Aerztesystems, sondern für uns darum, ob wir den Aerzten gegenüber die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufrechterhalten oder dem Leipziger Verband das Verfügungsrecht über die deutsche Krankenversicherung einräumen wollen. Wir alle hoffen, daß die Mittel, die uns die Reichsversicherungsordnung an die Hand gibt, von uns nicht angewendet zu werden brauchen. Aber wenn wir zur Anwendung dieser Mittel übergehen müssen, werden wir alle einig sein. (Stürmischer Beifall.) Nach wie vor fordern wir, daß alle Fragen wirtschaftlicher Art dem Ehrengericht entzogen werden. Dafür hat sich als Staatssekretär auch der jetzige Reichskanzler ausgesprochen. Die ehrenwörtliche Bindung, die der Leipziger Verband zur Erzielung wirtschaftlicher Forderungen eingeführt hat, wird nur dazu benutzt, daß bei Streitigkeiten die Angelegenheiten vor den Ehrengerichtshof kommen, und der pflegt regelmäßig zu verurteilen. Dieser mißbräuchlichen Anwendung des Ehrenworts muß durch gesetzliche Bestimmungen entgegengetreten werden. (Lebhafter Beifall.) Es ist die Behauptung aufgestellt worden, daß wir gegen das Koalitionsrecht der Aerzte seien. Das ist nicht richtig. Wir sind nur gegen Auswüchse, die mit den Aufgaben der Krankenkassen nicht in Einklang zu bringen sein würden und die

bei keiner Arbeiterorganisation

zu finden sind. Wir können nicht einen Tarifvertrag abschließen, in dem einzig und allein, generell für ganz Deutschland, die freie Arztwahl im Sinne des Leipziger Verbandes enthalten ist. In dieser Frage herrscht bei uns unerschütterliche Uebereinstimmung. (Lebhafter Beifall.) Es wird dem Leipziger Verband nicht gelingen, zwischen die Vorstände und die dem Leipziger Verband nicht angehörenden Aerzte einen Keil zu treiben. Die Aerzte müssen zugeben, daß ihre Bezüge aus der deutschen Krankenversicherung nicht nur absolut, sondern auch relativ gestiegen sind: von 4 Millionen Mark oder 3,13 Mark pro Kassenmitglied im Jahre 1885 auf etwa 16,5 Millionen oder 5,85 Mark pro Kassenmitglied im Jahre 1910. (Hört, hört!) Wir bedauern diese Steigerung nicht, aber niemand von uns kann verlangen, daß wir die wirtschaftlichen Existenzfragen des Aerztestandes in den Vordergrund unsrer Aufgaben stellen. Das würde dem Zweck und Wesen der deutschen Krankenversicherung widersprechen. Die Krankenkassen sind geschaffen zur

Erhaltung der Erwerbsfähigkeit

der arbeitenden Klasse. In diesem Rahmen müssen auch die Aerzte mit uns zusammen arbeiten. Der heutige Zustand kann unmöglich auf die Dauer bestehen bleiben, wenn nicht die Krankenversicherung Gefahr laufen soll, ihrem eigentlichen Zweck entzogen zu werden. Wir sind zu weitestem Entgegenkommen bereit, aber es fehlt auf der andern Seite an solchen friedlichen Elementen. Wir müssen daher heute von Regierung und Reichstag verlangen, daß den Kassen Gelegenheit gegeben wird, der Selbsthilfe des Leipziger Verbandes den Selbstschutz der Kassen entgegenzustellen. Die öffentlich-rechtlichen Interessen der Volkswohlfahrt und Volksgesundheitspflege sind höher zu bewerten als einige überspannte Forderungen einzelner Berufsstände. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte sprach Rendant Müller (Magdeburg) für die freie Arztwahl und warnte davor, den Aerzten das Koalitionsrecht einzuschränken. Der Redner bricht seine Ausführungen plötzlich ohne ersichtlichen Grund ab.

Landtagsabgeordneter Fräßdorf (Dresden) bedauert dies, denn der Redner habe sicherlich noch manches gegen den Hauptverband bzw. seine Leitung auf dem Herzen. Ein Kassenrendant wie Müller (Magdeburg), der jahrelang mit uns gekämpft hat, hat eine Broschüre geschrieben, die der Leipziger Verband heute hier an der Tür verteilen ließ. Wenn einer unsrer Mitkämpfer nach langen Jahren zu unsern Gegnern übergeht, so richtet sich das von selbst. (Sehr wahr!) Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege waren, als wir die Verwirklichung der Forderungen des Leipziger Verbandes verhinderten. Es gibt niemand, der uns das Weiterbestehen der Krankenkassen bei Erfüllung jener Forderungen garantieren könnte. Das kann kein Reichskanzler und kein Staatssekretär. Wir sind gern bereit, mit der freien Arztwahl einen Versuch zu machen, aber nicht, sie generell einzuführen, denn sonst würden wir die Kassen dem Leipziger Verband willenlos preisgeben. Die Aerzte, die jetzt für die Kassen nötig sind, müssen wir schützen und schirmen, sie dürfen wir unter keinen Umständen verlassen. (Stürmischer Beifall.)

Fräßdorf teilt dann noch mit, daß der Vorsitzende des Leipziger Verbandes gegen ihn wegen seiner Zeugenaussage in einem aus Anlaß der Kassenstreitigkeiten geführten Prozeß

eine Meineidsanzeige

erstattet habe. (Andauernde Entrüstungskundgebungen.) Ein solches Vorgehen, setzt Fräßdorf hinzu, richtet sich von selbst. (Stürmischer Beifall.) Trotz alledem, sage ich, wollen wir mit den Aerzten zusammen arbeiten, soweit es die Interessen der Krankenkassen zulassen. Die Reichsversicherungsordnung gibt uns neue Mittel in die Hand. Wir wollen hoffen, daß wir sie gegen die Aerzte nicht anzuwenden brauchen. Wenn wir sie anwenden müssen, wollen wir mit der Aufsichtsbehörde konform gehen, und darum empfehle ich allen Kassen, mit den Versicherungsämtern Fühlung zu halten. Diese müssen überzeugt sein, daß wir nur das tun, was im Interesse der Krankenversicherung liegt. (Lebhafter Beifall.) Es kann sein, daß sich einzelne Kassen dem Leipziger Verband fügen müssen und dann Aerzte oktroyiert bekommen, die sie nicht brauchen können. Durch die Organisation der Versicherten muß dann dafür gesorgt werden, daß die Zahl der in Anspruch genommenen Aerzte auf das richtige Maß beschränkt werde. (Beifall.) Ich brauche wohl nicht deutlicher zu werden. (Heiterkeit.) Wir haben uns schon viel zu sehr daran gewöhnt, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es ist kein Kunststück, die Inanspruchnahme der Aerzte um 25 Prozent einzuschränken, und dann wird sich schon von selbst die Reaktion ergeben. (Zustimmung.)

Gräf (Frankfurt a. M.): Wenn die Behörden im Kampfe zwischen den Aerzten und Krankenkassen objektiv geblieben wären, wäre manches Unheil verhütet worden, aber wenn es nach der Regierung gegangen wäre, dann hätten dem Leipziger Verband alle Konzessionen gemacht werden müssen. (Sehr richtig!) Wenn auch der Tarifvertrag noch in weiter Ferne liegt, kann eine vernünftige Aussprache zwischen den Vertretern beider Gruppen nichts schaden. Die Aerzte sollen sich bei den Kassen bedanken, daß Schundhonorare nicht mehr bestehen. Die Ortskrankenkassen zahlen bessere Honorare als die Betriebs- und Gemeindekrankenkassen. Die Dämpfung der ärztlichen Versorgung — das Wort dämpfen ist ja modern geworden! (Heiterkeit) — muß mit Vorsicht geschehen. Lieber sollten wir den Arzneihunger eindämmen als den Arzthunger. Heute schon wird der Arzt oft viel zu spät gerufen.

Justizrat Dr. Mayer (Frankenthal) wendet sich in einer Erklärung gegen die Rede Müllers. Wir haben niemals den Aerzten das Koalitionsrecht verkümmern wollen, wogegen wir uns wenden, ist nur der Koalitionszwang, den der Leipziger Verband auf die Gesamtheit der deutschen Aerzte übertragen will, diesen Koalitionszwang, den man bei den Arbeitern Terrorismus nennt, bekämpfen wir.

Damit schließt die Debatte. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Apotheker Skaller (Charlottenburg) spricht über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern und führt aus, daß die Krankenkassen gegen den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Apotheker nichts einzuwenden haben, das sei ihr gutes Recht. Aber wenn gesetzliche Standesorganisationen dazu übergehen, ihre wirtschaftliche Macht zuungunsten der Massen der Bevölkerung auszunutzen, so müssen wir das unter allen Umständen bekämpfen. (Zustimmung.)

Am Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt. —

Kleine Chronik.

Der Messerstecher von Nauen.

Die Nachforschungen der Behörden nach dem geheimnisvollen Messerstecher im Nauener Vorortzug haben ein positives Resultat noch nicht gezeitigt. Der geisteskranke Bauarbeiter Harnau, der der Tat verdächtig wird, konnte noch nicht ermittelt werden. Die unabhängig von dieser Spur nachgeprüften Anzeigen ließen einen Mann stark verdächtig erscheinen, der einen Tag vor der Bluttat im Nauener Krankenhaus um Aufnahme gebeten hatte mit der Begründung, er stehe unter einem Zwange, dem er nicht zu widerstehen vermöge und der ihn zur Begehung eines Verbrechens treibe. Der offenbar Geisteskranke wurde einer Anstalt überwiesen, aber am Freitag, dem Tage des Verbrechens, wieder entlassen. Er kommt jedoch als Täter nicht in Frage, und wurde inzwischen in der Person des 40 Jahre alten Sattlergehilfen Schonert ermittelt. Ebenso erwies sich der von mehreren Seiten auf den 16jährigen Sohn eines in Schwanebeck wohnenden Landwirts fallende Verdacht als unzutreffend. Dieser Junge ist kürzlich von seinen Eltern, braven, alten Leuten, aus dem Hause gewiesen worden, nachdem er ihnen lange Zeit schweren Kummer bereitet hat und alle Besserungsversuche erfolglos geblieben waren. Auch nachdem die Eltern von Spandau nach Schwanebeck gezogen waren, um den Jungen aus seiner schlechten Umgebung zu entfernen, änderte er seinen schlechten Lebenswandel nicht. Außer diesen Anzeigen lief noch eine außerordentlich große Anzahl weiterer ein, deren Nachprüfung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Befinden der im Nauener Krankenhaus untergebrachten drei Verletzten ist bisher noch immer unverändert. Eine richterliche Vernehmung der drei Opfer des Verbrechens konnte bisher jedoch noch nicht erfolgen. —

Panik unter Wallfahrern.

Im Wallfahrtsort Maria-Eich bei München, der sein 200jähriges Jubiläum feiert, verursachten Taschendiebe unter der 15 000 Personen zählenden Menge der Wallfahrer eine große Panik, indem sie plötzlich an verschiedenen Stellen „Auto, Auto!“ riefen. In dem furchtbaren Gedränge erlitten fünf Personen Nervenchoks und 40 Personen wurden bewußtlos, während die Diebe eine Menge Uhren, Ketten und Geldbörsen erbeuteten. Eine Frau wurde von religiösem Wahnsinn befallen; sie eilte auf die Bahnstation, um sich vom Zuge überfahren zu lassen, wurde aber noch rechtzeitg von den Gleisen fortgerissen und in die psychiatrische Klinik nach München gebracht. —

Frauenmord in Paris.

Ein gräßliches Verbrechen ist in dem Viertel von Menilmontant verübt worden. Montag gegen 5 Uhr morgens bemerkte der Portier des Hauses, daß in dem Erdgeschoß ein starker Brand wütete. Er alarmierte sofort die Feuerwehr und man drang in die Wohnung des Mechanikers Mongeot ein. Mongeot flüchtete beim Eindringen der Feuerwehr in den Keller. Als man seine Wohnung öffnete, sah man in einem Bette die verbrannte Leiche einer jungen Frau liegen. Die Polizei und die Feuerwehr machten sich sofort an die Verfolgung Mongeots. Als man in den Keller eindringen wollte, empfingen Revolverschüsse die Beamten. Diese mußten zurückweichen und holten Matratzen und Gewehre. Als man nach einer Weile wieder in den Keller drang, war alles still. Mongeot hatte sich an einem Haken an der Wand erhängt und war bereits tot. Die Untersuchung ergab, daß der 60jährige Mongeot die junge Frau in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in seine Wohnung geschleppt hatte, um sich an ihr zu vergehen, und als die Frau sich wehrte, sie erdrosselte. Von Sonnabend nacht bis Sonntag morgen hatte der Täter die Leiche in seiner Wohnung. Morgens scheint er den Entschluß gefaßt zu haben, das Haus in Brand zu stecken und auf diese Weise jede Spur zu verwischen. Das Feuer nahm große Dimensionen an und erst nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es, der Flammen Herr zu werden. —

Mit Mann und Maus.

Die norwegische Bark „Inga“ ist mit ihrer gesamten Besatzung in Stärke von 19 Personen untergegangen. Unter den Toten befinden sich auch der Kapitän und seine beiden erwachsenen Söhne. Das Schiff war von dem norwegischen Hafen Mandal nach Südamerika unterwegs und hatte Stückwaren geladen. —

Fernflug Paris—Berlin.

Der Versuch des französischen Fliegers Brindejonc, die Strecke Paris—Berlin im Aeroplan zurückzulegen, ist von dem französischen Flieger Audemars mit glücklichem Erfolg wiederholt worden. Allerdings ist es ihm nicht gelungen, die in der Luftlinie etwa 850 Kilometer lange Strecke an einem Tage zurückzulegen, wie er sich das gleich seinem Vorgänger vorgenommen hatte. Immerhin ist die Leistung Audemars' auch so eine höchst respektable gewesen.

Audemars war am Sonntag früh gestartet und erreichte nach zweimaliger Zwischenlandung gegen Mittag den Flugplatz Wanne bei Bochum. Von dort wollte er noch am Nachmittag den Weiterflug nach Berlin-Johannisthal antreten, wurde daran jedoch durch das schlechte Wetter, strömenden Regen und starken Wind gehindert.

Trotz starkem Nebel stieg er am Montag früh kurz vor 8 Uhr wieder auf, um gegen 9½ Uhr in Hannover einzutreffen. Nachdem er dort seinen Oelvorrat erneuert hatte, startete er gegen ½2 Uhr von neuem. Um 6 Uhr 25 Minuten nahm er in Döberitz eine Zwischenlandung vor, um dann die letzte Etappe seines Fluges anzutreten. Um 6 Uhr 50 Minuten landete er glatt auf dem Flugplatz Johannisthal.

Audemar hat damit an jedem der beiden Tage eine Strecke von 425 Kilometern in der Luftlinie zurückgelegt. Da er sich auf seiner ersten Etappe verschiedentlich verflogen hatte, dürfte jedoch die von ihm zurückgelegte Strecke an den beiden Tagen wohl nicht unter 1000 Kilometer betragen haben. Die treffliche Leistung wird auch dadurch nicht vermindert, sondern eher erhöht, daß Audemars bei der Zurücklegung dieser Strecke sechs oder sieben Zwischenlandungen vornehmen mußte, die ohne den geringsten Zwischenfall verliefen. Auch diese Leistung beweist wiederum die ganze hervorragende Qualität der französischen Flieger.

Audemars, der früher Radrenner war, ist Chefpilot der Blériot-Werke und benutzte bei seinem Fluge einen Blériot-Eindecker.

Audemars äußerte sich über seinen wohlgelungenen Flug: „Die beiden Flugtage, die ich hinter mir habe, gehören zu den schwersten meiner ganzen Laufbahn als Flieger. Schon hinter Paris hatte ich mit so starkem Nebel zu kämpfen, daß ich mehr als einmal niedergehen und den Flug aufgeben wollte. Später wurde es klarer, doch nahm, je mehr ich mich der Grenze näherte, der Wind an Heftigkeit zu, und mein kleiner Blériot wurde oft so heftig von den Böen gepackt und geschüttelt, daß meine Höhenlage ständig um 100 bis 150 Meter schwankte. Die Orientierung wurde hinter der Grenze für mich sehr schwierig. Ich hatte mir zwei Karten in Rollenform zurechtgeschnitten, von denen die erste bis Essen, die zweite bis Berlin reichte. Infolge der hohen Schnelligkeit meines Eindeckers, mit dem ich 120 bis 130 Kilometer Geschwindigkeit erzielte, konnte ich mich nicht genügend orientieren, und so mußte ich große Strecken nur nach dem Kompaß fliegen. Besondres Lob verdient jedoch mein Motor, der während der ganzen Fahrt nicht ein einziges Mal versagt hat.“

Der Mann mit zwei Frauen.

Ein früherer englischer Infanterie-Offizier, Hauptmann Murray, der mit seinen beiden Kindern und zwei Dienstboten in einem kleinen Häuschen am Strande von Eastbourne, dem fashionablen Seebadeort, wohnte, erschoß Montag morgen seine noch schlafenden Kinder, dann setzte er das Haus in Brand und jagte sich selber eine Kugel aus einem Winchester-Karabiner durch den Kopf. Die hellen Flammen schlugen bereits aus dem Hause, als die Nachbarn die Feuersbrunst bemerkten. Jede Hilfe war zu spät, das Haus brannte bis auf die Grundmauern nieder. In den Trümmern wurden fünf Leichen gefunden, die Hauptmann Murrays, seiner beiden Kinder und zweier andrer Personen. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Hauptmann Murray unter dem Namen „Mackie“ die Villa in Eastbourne gemietet hatte. Er hatte vor seiner Hochzeit mit der Schwester seiner Frau ein Liebesverhältnis, aus dem ein Kind hervorgegangen. Als er die Schwester seiner Geliebten heiratete, war er noch Hauptmann. Er unterhielt für beide Frauen getrennte Wohnungen. In einem hinterlassenen Schreiben erklärt Murray, daß er ruiniert sei und aus Verzweiflung mit seiner Familie aus dem Leben scheide. —

Ein japanisches Heiratsgesuch.

Im Gegensatz zu der nüchternen Prosa, in der unsre Heiratsgesuche gemeinhin abgefaßt sind, befleißigen sich die jungen Mädchen in Japan, wenn sie auf dem auch dort nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Zeitungsinserats einen Gatten suchen, einer Anmut der Sprache und einer Poesie des Ausdrucks, die überaus reizvoll wirken. Das erhellt aus der nachstehenden Annonce, die kürzlich in einer großen Zeitung Tokios erschien: „Ich bin ein junges, sehr hübsches Mädchen, meine Haare zeigen die Wellenlinie der Wolken, mein Teint hat den Glanz und die Samtweiche der Blume, mein Gesicht ist beweglich wie das Blatt der Trauerweide, meine braunen Augen gleichen den beiden Sicheln des zunehmenden Mondes, ich habe genug an Geld und Gut, um mit meinem Gatten glücklich und Hand in Hand durchs Leben zu gehen und mich mit ihm bei Tag und Nacht des Anblicks der Blumen zu erfreuen. Wenn diese Anzeige einem jungen, intelligenten, liebenswürdigen Manne von schöner Figur zu Gesicht kommt, so diene ihm die Nachricht, daß ich mich mit ihm vereinen und mit ihm dereinst in einem Grabe von rotem Marmor ruhen will.“ —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	16. August	— 0,05	17. August	— 0,04	—	0,01
Laun	„	+ 0,01	„	— 0,06	0,07	—
Budweis	„	+ 0,42	„	+ 0,25	0,17	—
Prag	„	+ 1,10	„	—	—	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	18. August	+ 1,05	19. August	+ 1,05	—	—
Weißenfels Untp.	„	— 0,38	„	— 0,28	—	0,10
Trotha	„	+ 1,32	„	+ 1,32	—	—
Alsleben	„	+ 0,80	„	+ 0,82	—	0,02
Bernburg	„	+ 0,50	„	+ 0,42	0,08	—
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,46	„	+ 1,39	0,07	—
Kalbe Unterpegel	„	+ 0,04	„	— 0,02	0,06	—
Grizehne	„	+ 0,10	„	+ 0,12	—	0,02
Mulde.						
Dessau, Muldenbr.	18. August	+ 0,42	19. August	+ 0,35	0,07	—
Elbe.						
Pardubitz	16. August	— 0,30	17. August	— 0,45	0,15	—
Brandeis	„	+ 0,11	„	+ 0,10	0,01	—
Melnik	„	+ 0,95	„	+ 0,83	0,12	—
Leitmeritz	„	+ 0,47	„	+ 0,28	0,19	—
Aussig	18. „	+ 0,73	19. „	+ 0,51	0,22	—
Dresden	„	— 0,74	„	— 0,86	0,12	—
Torgau	„	+ 1,46	„	+ 1,34	0,12	—
Wittenberg	„	+ 2,26	„	+ 2,34	—	0,08
Roßlau	„	+ 1,53	„	+ 1,70	—	0,17
Barby	„	+ 1,60	„	+ 1,63	—	0,03
Schönebeck	„	—	„	+ 1,49	—	—
Magdeburg	19. „	+ 1,29	20. „	+ 1,40	—	0,11
Tangermünde	18. „	+ 2,05	19. „	+ 1,99	0,06	—
Wittenberge	„	+ 1,68	„	+ 1,56	0,12	—
Dömitz	„	+ 1,30	„	+ 1,23	0,07	—
Boizenburg	„	—	„	—	—	—
Hohnstorf	„	—	„	+ 1,20	—	—
Lauenburg	„	+ 1,27	„	+ 1,19	0,08	—

* Aussig, 20. August. Pegelstand + 0,46 Meter. Vom Oberlauf werden 42 Zentimeter Fall gemeldet. Magdeb. Ztg.

Bestbewährte gesunde und magendarmkranke
Kinder-nahrung KuteKe -Krankenkost
Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.
202

Die neuesten Moden

Neue Herbststoffe.

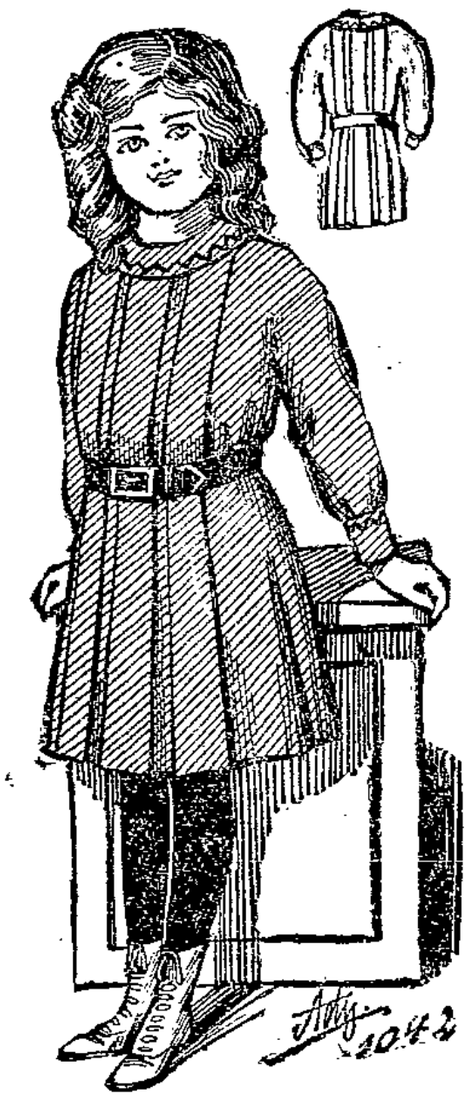
Den ersten sicheren Anhalt für die Herbstmode bieten die neuen Stoffe. In Anlehnung an die für den Sommer neu in den Handel gebrachten rauhen Stoffe aus Baumwolle haben die Stoffabrikanten auch den Charakter der Herbst- und Winterstoffe auf dieser Basis aufgebaut. Mit dem Unterschied natürlich, daß diese neuen Gewebe aus wollenem Material bestehen und in ihrem Ausdruck besser mit der kalten Jahreszeit übereinstimmen als die Frottéstoffe mit dem Sommer. Ein neuer Stoff mit dem Namen Dublin scheint ganz besonders als wärmender Schutz gegen Frost und Kälte gedacht zu sein. Er ist lockig wie Krimmer und könnte auch als Ersatz für Pelz zur Verwendung kommen. Vorläufig interessiert er uns nur als Neuheit, da er für die erste Herbstgarderobe nicht in Betracht kommt. Hingegen haben die neuen Diagonal- und Ripsstoffe für Herbstkostüme und Mäntel gleich mit der Sympathie des kaufenden Publikums zu rechnen. Auf den an Möbelbezüge aus der Biedermeierzeit erinnernden Wollrips hat man die Changeanteffekte übertragen, die an den sommerlichen Tafteten ihren siegreichen Einzug begannen und, wie es scheint, auch im Winter noch das Auge mit ihrem wechselnden Farbenspiel fesseln sollen. Auch verschiedene Diagonalstoffe treten sowohl einfarbig als auch in Changeantwirkung auf. Die Beständigkeit der klassisch gewordenen Cheviots und anderer für den allgemeinen Gebrauch in Frage kommenden praktischen Herbststoffe wird auch in der kommenden Saison fortdauern und neben den Neuerscheinungen gleichberechtigt im Modewerte bleiben. So auch die einseitigen reversiblen, d. h. mit abstechender Kehrseite versehenen, Flauschstoffe, die man noch immer gern für Mäntel und Kostüme verarbeitet. Man hat auf diesem Gebiete neue Variationen geschaffen, unter denen ein gerippter Flauschstoff vielversprechend hervortritt. Von den seidenen Stoffen scheint dem Moiree eine Vorzugsrolle zugedacht zu sein. Brochierte Seidenstoffe und Samte mit gepreßten Mustern werden für elegante Abendmäntel viel verarbeitet werden.

Margarete.

1218.
Bluse aus weißem Baumwollvoile mit Stickereikragen und schmalen Spitzenzwischensätzen für junge Damen.

1219.
Weiße Batistbluse mit gesteppten Fältchen und Stickereizwischensätzen für junge Damen.

1227.
Praktisches Schulkleid aus schottischem Cheviot für Mädchen von 10—12 Jahren.



1042.
Praktisches Schulkleid aus marineblauem Cheviot für Mädchen von 9—11 Jahren.

Das Auffrischen älteren Materials zur Garnierung der Hüte. Ehe Seidenzeug, Samt, Band oder Garniturmittel, wie Federn und Blumen, die von getragenen Hüten am Ende der Saison abgetrennt worden sind, zur Aufbewahrung an einen motten- und staubsicheren Ort gelegt werden, wird sie jede umsichtige Hausfrau abbürsten, wenn es nötig ist, auch reinigen und glätten. Dennoch ist es nötig, diese Prozedur vor der Verwendung der betreffenden Gegenstände wieder vorzunehmen. Da Seide möglichst wenig mit dem heißen Bügeleisen gedrückt werden soll, empfiehlt es sich, mit der Seide über das Bügeleisen zu fahren, statt umgekehrt. Eine zweckmäßige Vorrichtung hierzu schafft man sich, indem man eine ziemlich starke Holzkiste dreieckig aussägt und die Oberseite der Fläche mit dünnem Zink- oder Eisenblech beschlagen läßt. Das Eisen wird dann je nach Bedarf aufgestellt. Auf das Eisen legt man ein Stück reines weißes Leinen, um das aufzubügelnde Material vor dem Versengen zu schützen. Bei Seide und Band nimmt man einen sauberen Baumwollbausch und streicht damit die Falten möglichst glatt aus, indem man mit der linken Hand das Material über das Eisen hinwegführt. Samt wird in derselben Weise über feuchtem Leinen gebügelt, wobei man ihn mit der Rückseite nach unten hält. Ist Samt sehr schadhaft und unansehnlich geworden, so kann man ihn durch gewöhnliches, schnelles Ueberbügeln auf der Oberseite dem Striche nach in Spiegelsamt umwandeln. Bei diesem Verfahren darf man das Eisen nicht absetzen, sondern muß gleich mit einem Strich von einem Ende bis zum anderen fahren. Jedes Absetzen erzeugt streifige Stellen. Man kann sehr gedrückten und beschädigten Samt auch in einer chemischen Wasch- und Färbeanstalt aufführen und pressen lassen, wodurch er annähernd das Aussehen des modernen brochierten Samts bekommt. Seidentüll und Chiffon bringt man möglichst nah an das mit Stoff bedeckte Eisen heran, ohne sie jedoch in direkte Berührung zu bringen. Es gibt darin indessen Qualitäten, die ein richtiges Bügeln und sogar vorangegangenes Waschen ganz gut vertragen. Wenn man an einem Probeteil einen beginnenden Versuch gemacht hat, achte man darauf, die feinen Stoffe nicht durch Reiben und Ziehen zu beschädigen und aus der Fadenlage zu bringen. Baumwolltülle und Spitzen aller Art können in einer milden Seifenlauge in lauwarmem Wasser gewaschen werden. Sie sehen wieder wie neu aus, wenn man sie in nassem Zustande auf ein mit einem sauberen Tuche bedecktes Bügelbrett spannt und so trocknen läßt. Je sorgfältiger das Aufspannen vorgenommen wird, desto besser sehen die Spitzen, wenn sie trocken sind, aus. Man versehe sich zu dieser Arbeit mit einer Menge neuer Stahlstecknadeln, die nicht rosten, und stecke jede Zacke und jeden Bogen einzeln auf dem Plättbrett fest, indem man zugleich das ganze Muster in seine richtige Lage bringt und bei durchbrochenen Stellen auch deren Außenränder befestigt. (Bei solcher Behandlung kann man auch die kostbaren irischen Kragen und Besätze ruhig im Hause waschen.) Da augenblicklich sehr viel weiße Spitze zur Garnitur der Hüte und anderem verwendet wird, so ist nur in manchen Fällen ein vorheriges Spülen in Teewasser oder anderem gelblichen Färbstoff erforderlich. Das Stärken der Spitzen ist indessen bei der jetzigen Vorliebe für weiches Material ganz überflüssig. — Straußfedern, die durch Regen usw. gelitten haben, können in sachkundiger Hand ebenfalls wieder zu Ansehen kommen. Sie werden gereinigt, aufgefärbt, oder frisch gekräuselt. Man kann auch aus mehreren schadhaften Federn eine Pleureuse knüpfen lassen, solange die Mode dieser jetzt schon alltäglich gewordenen „übernatürlichen" Straußfedern noch anhält. Die im vorigen Winter viel getragenen Pelzgarnituren an den Hüten kann man durch Fortschneiden der beschädigten Stellen mit Hinzunahme des entsprechenden neuen Materials leicht selbst wieder in Stand setzen. Pelz wird bekanntlich mit dem Messer auf der linken, also der unbehaarten Seite geschnitten, wodurch das Zerschneiden der Haare vermieden und eine übersichtliche Linie eingehalten wird. Ist eine schwierige Reparatur erforderlich, so übergibt man sie lieber dem Fachmann.

1235. Praktische Wirtschaftsschürze aus gestreiftem Kattun mit Blendenbesatz.

1246. Wirtschaftsschürze aus naturfarbenem Leinen u. rotem Schweizerkattun mit weißen Zackenlitzen.

Die abgebildeten Modelle.

1218 und 1219. **Zwei Waschblusen für junge Damen.** An der ersten Bluse sind schmale Valenciennes zwischensätze von Säumchengruppen ausgehend schräg, und vorn auch an den Säumchen entlang laufend, eingesetzt. Schulterkragen aus Stickereistoff mit vorn herabhängendem Teil, ringsum von schmalem Stoffplissee umrandet. Halblange eingesetzte Aermel mit Aufschlägen. Rückenschluß. — Die mit viereckigem Halsausschnitt gearbeitete Batistbluse ist zu beiden Seiten des glatten Mittelteils, der vorn von Stickereizwischensätzen durchbrochen ist, in schmale Fältchen abgesteppt. Matrosenkragen und Aufschläge der eingesetzten halblangen Aermel mit Plisseeumrandung. Rückenschluß.

1235 u. 1236. **Zwei praktische Wirtschaftsschürzen für Damen.** Zu der blau-weiß gestreiften Kattunschürze ist etwas glatt-blauer Kattun und ein Stückchen bedruckte Bordüre erforderlich. Die schmalen blauen Blenden begleiten die Blenden aus dem Schürzenstoff. Beide werden schräg geschnitten. Großer Latz mit Achselbändern, die hinten kreuzweise an den Gürtel angeknöpft werden. — Sehr hübsch wirkt die Schürze aus Rohleinen mit rotem Schweizerkattun. Dem mit Achselbändern versehenen Latz ist unten ein spitzer Teil aus rotem Stoff, den eine rote, mit weißer Zackenlitze besetzte Blende einrahmt, eingesetzt. Ebensolche Blenden ziehen sich vorn über die Schürze bis zu dem breiten Ansatz aus rotem Stoff herab.

1227. **Schulkleid aus schottischem Stoff.** Die lange Bluse schließt vorn seitlich mit Druckknöpfen. Darüber Knopfbesatz. Entsprechend hat auch der Rock seitlichen Schluß. Seinen Ansatz an die Bluse deckt der rote Lackgürtel. Tief eingesetzte Aermel. Gestickter Kragen nebst Manschetten aus Waschpikee.

1042. **Marineblaues Schulkleid für Mädchen von 9—11 Jahren.** Je drei Quetschfalten ziehen sich vorn und im Rücken über Bluse und Rock. Runde Stoffpasse mit schwarzem Litzenbesatz. Rückenschluß. Ledergürtel.